

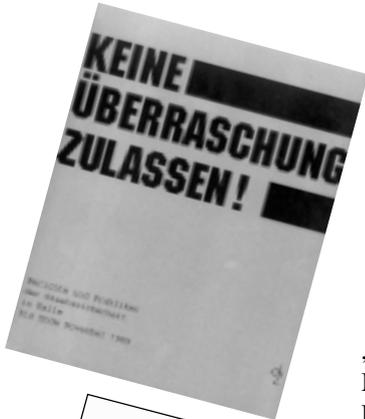
Ökologische Arbeitsgruppe Halle e. V. (ÖAG)

Wasser auf die Mühlen

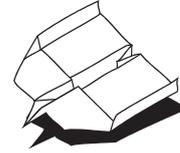


Die Saaleaktionen 1989 zwischen
Wahlfälschung und
Montagsdemos in Halle – und
wie die Stasi nur noch
hinterherlief

druck-zuck Halle 2000



Publikationen zum Thema Stasi und Halle



druck-zuck GmbH
Seebener Straße 4
06114 Halle (Saale)
Tel. (03 45) 5 22 50 45
Fax (03 45) 5 22 50 72

„Keine Überraschung zulassen!“ – aus den Akten, die das MfS gegen das Neue Forum in Halle angelegt hatte, mit Erinnerungen eines Betroffenen und vom halleschen Bürgerkomitee bei der Auflösung der Staatssicherheit Dezember 1989 sowie Originalabbildungen der Bürgerproteste 1989 und aus dem aufgelösten Stasi-Hauptquartier (1990, 2. Aufl. 1991).

„Bevor wir unsere Akten sehen“ (1992) mit Beiträgen und Reflexionen vor der endlich möglichen Akteneinsicht.

„Zur Aktenlage“ (1992) führt die Auseinandersetzung mit dem Thema

„Stasi“ *nach* Akteneinsicht fort und vertieft sie. Es geht nicht nur um die MfS-Logistik, sondern um das Leben in der DDR, wie Staat und Partei versuchten, es im Griff zu behalten. Anhand konkreter Vorgänge werden Mechanismen staatlicher Machtausübung in der DDR vorgeführt, um Grenzen zwischen aktiver Mitwirkung im System und Ertragen desselben zu verstehen. Es geht um Opportunismus, der in jedem System Verantwortung an den „Apparat“ delegiert, und um eigenverantwortliches Handeln.

Eigenverantwortliches Handeln und Zivilcourage ist das Hauptthema der Broschüre von 1999 „Das Phantom“. Die Asphaltierung des Hauptweges durch das Landschaftsschutzgebiet Dölauer Heide Anfang 1988 wurde zum Auslöser eines Proteststurmes in der Bevölkerung – ein lehrreiches Beispiel zur Bürgerbewegung in der alten DDR.

„Wasser auf die Mühlen“ ist eine Konsequenz daraus.



Der DDR-Obrigkeit war die Umweltbelastung durch Industrie und Landwirtschaft sehr wohl bewußt – aber als geheime Verschlüßsache! Jede unabhängige Äußerung zum Thema Umweltschutz wurde deshalb als politischer Angriff auf die „staatliche Ordnung“ gewertet – die allergischen Überreaktionen der Sicherheitsorgane beweisen das. Öffentliche Mahnungen wie zum Weltumweltag oder zum Laternenfest in Halle 1989 waren Stiche ins Wespennest.

Fallbeispiele aus diesem bewegten Jahr zeigen das in frappierender Weise – gleichzeitig aber, wie Umweltgruppen in der ganzen DDR immer geschickter die Grenzen des Machbaren gegen die Ordnungshüter testeten und in der Öffentlichkeit Resonanz fanden. Verhindern konnte das MfS schon lange nichts mehr, erst recht nicht den rasanten Zusammenbruch des SED-Systems. Die friedliche Revolution begann nicht erst im Oktober 1989, sie bekam lange davor immer mehr Wasser auf ihre Mühlen.



Ökologische Arbeitsgruppe Halle e. V. (ÖAG)

Wasser auf die Mühlen

**Die Saaleaktionen 1989 zwischen
Wahlfälschung und Montagsdemos
in Halle – und wie die Stasi nur noch
hinterherlief**

Berichtet von Wieland Berg

Mit 47 Abbildungen und 18 Dokumenten als Faksimile

Herausgegeben von der Ökologischen Arbeitsgruppe
beim Ev. Kirchenkreis Halle e. V.

druck-zuck Halle 2000

Die Publikation beruht auf dem Forschungsprojekt „Saaleaktionen der Ökologischen Arbeitsgruppe Halle (ÖAG) 1989 und die Reaktionen des MfS“, gefördert durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei
Der Deutschen Bibliothek erhältlich

Impressum

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

© 2000 Ökologische Arbeitsgruppe beim Ev. Kirchenkreis Halle e. V.
Nach den Erinnerungen Beteiligter und den Recherchen der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Außenstelle Halle

Das Urheberrecht für die Fotografien Abb. 1–45 vertritt die Ökologische Arbeitsgruppe Halle e. V.

Printed in Germany
Gesamtherstellung: druck-zuck GmbH Halle, Seebener Str. 4, 06114 Halle

ISBN 3-928466-26-7

1989

„Der Protest gegen die Wahlfälschung im Mai, der Weltumwelttag oder das Laternenfest – immer hatten sie uns ja im Visier, aber abschrecken konnte das keinen mehr.“

(Aus: Keine Überraschung zulassen!
Berichte und Praktiken der Staatssicherheit
in Halle bis Ende November 1989, S. 25)

„Gefühle lassen sich nicht archivieren.“
(Stefan Wolle 1998, S. 14)

Man kann aber davon berichten.
Auch von Ängsten und Hoffnungen.

Inhalt

Kalter Kaffee	5
Wie war das vor zehn Jahren	7
Zuführung	12
Das Protokoll	12
Antrag auf Akteneinsicht sinnlos?	18
Das Jahr 1989 aus der Froschperspektive	20
Blattwerk	21
<i>Blattwerk-Krise der ÖAG Anfang 1989</i>	22
„der finger an der Hand“ (Gedicht von Peter Winzer)	26
Wahlfälschung 7. Mai 1989	27
Umweltgruppen und andere regimekritische Kreise in der DDR	31
Weltumwelttag 5. Juni 1989	49
Wie ein paar Leute die Staatsmacht an der Nase herumführten	49
<i>(F)Akten und Hintergründe</i>	49
Die Ermittlungen der Stasi („Untersuchungsorgan des MfS“)	66
<i>Zuführungen</i>	66
<i>Verhöre (genannt „Befragungen“) – Protokolle und Erinnerungen</i>	69
Zeitgefühl	88
Laternenfest 26. August 1989	96
Umweltschutz – kein Thema beim Laternenfest 1988	96
Erstaunliche Wirkungen kleiner Nadelstiche	100
„Zerronnen ist die Angst“	118
Über Offenheit und Versteckspiel in der Opposition	118
Montagsdemos und Mahnwache	120
Epilog	126
Dank	186
Literaturverzeichnis	128

Kalter Kaffee

Heute, Sommer 1999,

trifft man bei jedem Spaziergang auch Petrijünger am Saaleufer, einzeln oder in Grüppchen mit ein paar Bier im nachmittäglichen Sonnenschein, die Ruten gesetzt, die Schwimmer gelassen im Auge. „Beißen sie?“ „Abwarten.“ Früher hätte man gelächelt, allein der Gestank bis weit über die Uferzone hinaus wäre bei längerem Aufenthalt ungemütlich in die Nase gestiegen.

„Was geht denn so an den Haken?“ Nach einem mißtrauischen Blick, ob eine so dämliche Frage überhaupt noch eine Antwort verdient, einem tiefen Zug aus der Pfeife, schweifendem Meditieren über die ausgelegten Angeln und das ruhig dahinfließende Wasser bis hinunter zum Wehr, scheint sich das nichtsnutzige Zuschauen doch noch zu lohnen: „Was es eben in einem ganz normalen Fluß so gibt, Karpfen, Zander, Hecht, wenn du Glück hast, auch was Selteneres, Aland, Hasel, Quappe ... Aber davon verstehen Sie wohl nicht so viel?“ „Nicht gerade“, kommt kleinlaut die Antwort und in der Hoffnung, die schwierige Unterhaltung trotzdem nicht gleich wieder versiegen zu lassen, die Gegenfrage: „Aber als ganz normalen Fluß kann man die Saale doch nicht bezeichnen, oder?“ „Was erwarten *Sie* denn? Mindestens 30 Fischarten gibt es hier schon wieder. Und neulich hat einer bei Rattmannsdorf einen 26 Kilo-Karpfen aus der Saale gezogen.“ „26 Kilo??“ „Oder Pfund; ist auch genug.“ „Wirklich?“ „Stand in der Zeitung. Sogar geknipst. – Und essen kann man sie auch, wenn du das noch wissen willst.“

Genüßlich schmaucht er an der Pfeife und wendet sich dem Wasser zu. Ich bin wieder Luft für ihn. Folge teilnehmend seinen Blicken und warte auf den richtigen Augenblick für meine eigentliche Frage, in der Hoffnung, daß bis dahin noch nichts angebissen hat: „Was würden Sie eigentlich dazu sagen, wenn hier ein paar Umweltschützer ein Schauangeln veranstalteten?“ „Wie denn?“ „Na ja, die könnten zum Beispiel improvisierte

Angeln ins Wasser halten und demonstrativ Blechbüchsen, alte Stiefel und Müll rausziehen. Wie vor zehn Jahren schon mal.“ „Was soll denn das?“ „Es fließt doch immer noch viel Abwasser in die Saale. Habe gelesen, daß der Fluß nach wie vor als kritisch belastet eingestuft ist.“ „Früher war das eine echte Sauerei. Oder 1990 beim großen Fischesterben, als die hallesche Brauerei 3000 Liter versautes Bier klammheimlich in die Saale gekippt hat, da hätten Umweltfreaks noch eine Schau angeln können. Aber heute – ist doch alter Kaffee.“*

In diesem alten Kaffee ist schon viel herumgerührt worden, mit oder ohne Anlaß. Seit dem Zusammenbruch der DDR ist eine Menge Wasser die Flüsse hinuntergeflossen. Und Tinte aus den Federn. In zeitungüblicher Knappheit bleiben Motivationen und Befindlichkeiten auf der Strecke. Nach zehn Jahren ist der Kaffee außerdem ziemlich kalt. Wie heiß es aber für ansonsten ganz normale Bürger im Sommer 1989 herging, bereits vor den dramatischen Fernsehbildern aus der Prager Botschaft und den Flüchtlingsströmen über Ungarn, führt ein Blick zurück schnell vor Augen. Nicht nur die damaligen Angler, die provozierend „nicht mehr im Trüben fischen“ wollten – wer wollte das schon, aber die haben es eben der Polizei an der Giebichensteinbrücke unter die Augen gehalten –, auch alle heutigen friedlichen Angler und Geangelten der friedlichen Revolution mögen sich noch einmal die Augen reiben, wie schwer es war und gar gefährlich, auch nur ein bißchen Zivilcourage aufzubringen. Nicht zu vergessen die Angst, die dabei oft mit im Nacken saß.

* Dieser kurze Disput basiert im wesentlichen auf Zeitungsmeldungen (Hallesches TB 23., 25. u. 27./28. 10. 90, MZ 2. 10. 99) und einer Studie vom Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt, s. Literaturverzeichnis.

Abb. 1– 6 (S. 7–10): Umwelttag (5. Juni) 1989 am Saaleufer, neben der Giebichensteinbrücke unterhalb der „Bergschenke“ – Schauangeln an der Saale, etwas demonstrativ, aber ohne viel Hoffnung auf Resonanz, ein schöner Nachmittag im Freien mit Kindern und einem aufgespannten Bettuch („Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen / Weltumwelttag 1989“), dazu ein niedliches Poster („Frisch Fisch auf jeden Tisch“, Abb. 4). Auch den wenigen vorüberschippenden Kanuten wäre die Versammlung heute kaum eines Aufhebens wert gewesen (Abb. 5, aufgenommen vom gegenüberliegenden Ufer) – damals aber einmalig! Einer der Initiatoren, mit richtiger Angel, weil er auch einen Angelschein besaß, hatte sich immerhin ein paar einschlägige Zeitungsausschnitte an die Latzhose geheftet (Abb. 6).

Wie war das

vor zehn Jahren,

wenn ein junger Mensch nach einem harmlosen Sommerpicknick, von der Ökologischen Arbeitsgruppe (ÖAG) als „Schauangeln“ veranstaltet, an einem der nächsten Tage zum Verhör gebracht wurde, nur weil da neben allerlei lustigem Gefrotzel unter ein paar Handvoll mehr oder weniger Bekannten auch ein Bettuch mit der Aufschrift „Wir wollen nicht mehr im TRÜBEN fischen / Weltumwelttag 1989“ in den ansonsten ziemlich menschenleeren Nachmittag gehalten wurde?



Abb. 1

„[...] alles scheint mir so lang her und ich war erstaunt, daß es '89 gewesen sein soll ...“, schreibt eine Zeitzeugin heute, als sie daran erinnert wird. „Trotzdem kann ich mich recht gut erinnern, wie sie mich am Mittwoch früh – wie sagst Du? ‚zugeführt‘ haben, ich war eigentlich rein zufällig zu



Abb. 2



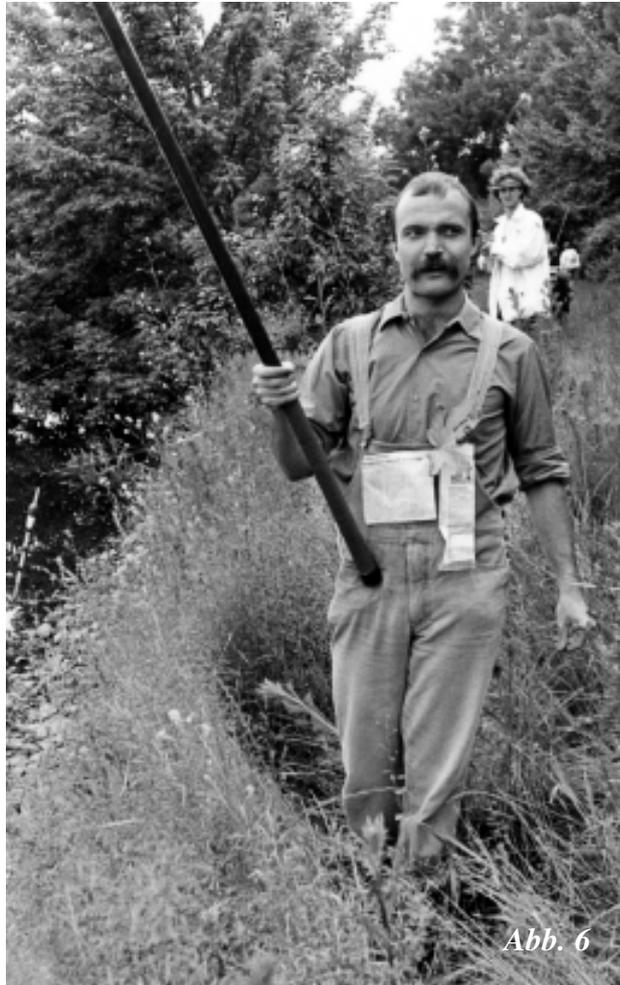
Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5



Die friedlichen Angler, soweit auf den Bildern erkannt (jeweils v. l. n. r.): (Abb. 1) Bettina Rähler, Frank Eigenfeld, Christoph Hahn, Thomas Schrader, Bert Rähler (? , von hinten), n. n., Matthias Augustin, Karsten Waschitschka; (Abb. 2) Matthias Waschitschka und dieselben wie vorher; (Abb. 3) Matthias Waschitschka, Ludwig Kinzel, n. n.; (Abb. 4) Bettina Rähler, Frank Eigenfeld; (Abb. 6) Matthias Waschitschka, Christoph Hahn.

Hause bei meinen Eltern, Ludwig [der Bruder] obwohl auch dabei gewesen, vielleicht auch, weil erst 17, sollte zu Hause bleiben, so auch meine Mutter, die unbedingt mitfahren wollte und dann den ganzen Vormittag auf dem Hallmarkt auf mich gewartet hat. Ich erinnere mich, wie mir immer wieder Fotos vorgelegt wurden (– übrigens auch Frühstück, ich frage mich noch heute, wie ich dort frühstücken konnte, aber wahrscheinlich war mir alles recht, um noch nicht ‚dranzukommen‘ –) und ich sollte sagen, woher, seit wann ich diejenigen kenne, ob sie dabei waren, wer mich eingeladen hat ...

Jedenfalls habe ich erst später von der gesamten Aktion, dem Plakat [gemeint ist das zweite an der Mansfelder Brücke] usw. erfahren und war plötzlich erschrocken, denn ich hatte schon während des ganzen ‚Verhørs‘ immer den Eindruck gehabt, ich verstehe nicht recht, was die ‚wirklich‘ von mir wollen. (Ich meine nicht, daß ich das bis heute verstanden habe, aber ich wußte nicht, worauf die Fragen hinauslaufen sollten.)

[...] bei mir hatte das kaum noch Folgen, ich war dort in der Theologie schon auf ‚Wartegleis‘, die notwendige Reife zum Studieren war mir nicht wegen meiner eigenen Aktivitäten, sondern um meiner Mutter willen schon abgesprochen worden. Ich hab damals bloß festgestellt, wie unbewußt ich das alles mitgemacht habe und wie wenig ich mir in so einer Situation zu helfen wußte. Ich meine, es war immer schon genug, ‚das Kind von‘ zu sein, ich hab mir kaum Gedanken gemacht, und dies war meine einzige sog. Zuführung. [...]

(Johanna Kinzel, Brief v. 18. 8. 1999, mit freundlicher Erlaubnis der Verf.n.)

Die 19jährige Johanna war vom damaligen Regime bereits aus jeder normalen Berufslaufbahn geschubst worden – nur weil ihre Mutter, Luise Kinzel, bei den ‚Frauen für den Frieden‘ und im ‚Arbeitskreis Halle‘ (AKH) in der katholischen Gemeinde Gütchenstraße aktiv und der Stasi längst ein Dorn im Auge war.

Zuführung

Die Stasi hat dieses „Schauangeln“ jedenfalls ernster genommen als die meisten der Beteiligten. Was wir heute in ihren Akten finden, könnte einen unbescholtenen Menschen das Gruseln lehren.

Nach nebenstehendem Deckblatt folgt ein sechseinhalbseitiges „Befragungprotokoll“, auf das sich die Erinnerung von Johanna Kinzel bezieht. Das Verhör dauerte mehr als dreieinhalb Stunden („Beginn der Befragung: 8.15“, „Ende der Befragung: 11.50“, steht im Protokoll).

Das Protokoll

„Mitteilung: Sie werden am heutigen Tag von einem Mitarbeiter des Untersuchungsorgans des MfS auf der Grundlage des § 20(2) VPG [Volkspolizeigesetz] zur Klärung eines Sachverhaltes gemäß § 12(2) VPG befragt. Gegen diese Maßnahme steht Ihnen das Beschwerderecht zu. Haben Sie die Mitteilung verstanden?

Antwort: Ich habe die Mitteilung verstanden und keine weiteren Fragen dazu.

Frage: Sie wurden am 5. 6. 1989 von der DVP [Deutsche Volkspolizei] nach 17.00 Uhr festgestellt, als Sie mit weiteren Personen ein demonstratives Angeln am westlichen Saaleufer, in der Nähe der Kröllwitzbrücke, abhielten und dabei ein Spruchband mit der Aufschrift: „Wir wollen nicht mehr ihm Trüben fischen! Weltumwelttag 1989“ benutzten. Welcher Personenkreis beteiligte sich neben Ihnen noch an dem sogenannten Angeln?

Antwort: Meiner Einschätzung nach waren ungefähr 20 Personen, davon aber ca. 5 Kinder, an der Saale beteiligt gewesen. Von den Teilnehmern sind mir aber nur meine Freunde, Christoph Hahn, wh. [...] und mein Bruder, Ludwig Kinzel [...] namentlich bekannt. Die anderen Teilnehmer kenne ich nur vom Sehen aus Cafés oder von irgendwelchen Fetten. Diesbezüglich fallen mir gerade mal deren Vor- oder Spitznamen ein. Zwei von den Teilnehmern hießen mit Vornamen Matthias und einer mit Spitznamen „Baumi“. Die Leute müßten ihnen aber alle

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit -Untersuchungsabteilung-	Halle, 2.6.1988
	Beginn der Befragung: 8.15 Uhr
	Ende der Befragung: 11.50 Uhr
	Gefertigt: _____ Exemplare
	• Ausfertigung
	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; display: inline-block;"> BStU 000050 </div>
	<u>BEFRAGUNGSPROTOKOLL</u>
der/des	
Familienname	<u>KINZEL</u> Vorname <u>Johanna</u>
Geburtsname	
PKZ/geb. am/in	<u>260570515343</u> in <u>Halle</u>
Hauptwohnung	<u>4101 Brückstraße Am Weingarten 5</u>
Nebenwohnung bzw. letzter Aufenthalt	<u>Wohnung</u>
Schulbildung	<u>12. Klasse EOS</u> Beruf <u>ohne</u>
Tätigkeit	<u>Geländeaufrikt</u>
Arbeitsstelle	<u>Sektion Theologie Universität Halle</u>
Familienstand	<u>ledig</u> Kinder <u>zwei</u>
Parteilzugehörig- keit/Massenorg.	<u>FDJ seit 1984 FDGB seit 1988</u> <u>BSF seit 1984</u>
Staatsangehörigkeit	<u>DDR</u>
Wehrdienst	<u>ausfällt</u>
Vorstrafen	<u>nach eigenen Angaben nicht</u> <u>verurteilt</u>
ausgewiesen durch	<u>PA d. DDR Nr. 7 1858059</u>
Bei Jugendlichen Angaben zu d.Eltern	<u>ausgestellt am 11.7.1988 in Halle</u>
	<u>Johanna Kinzel</u> Unterschrift des Befragten

S. 12-17 (Abschrift bzw. Faks.), Quelle: BStU, Außenstelle Halle. MfS Halle, Abt. IX, Sachakten Nr. 589, Bl. 50-57 [Bl. 50, 51 u. 57 (Ausschnitt) faksimiliert]

Mitteilung: Sie werden am heutigen
Tag von einem Mitarbeiter des Verwaltungsorgans
des VHS auf der Grundlage des § 20(2) SGB zur
Klärung eines Sachverhaltes gemäß § 12(2) SGB
befragt. Gegen diese Befragung steht Ihnen das
Beschwerderecht zu.



Haben Sie die Mitteilung verstanden?

Antwort: Ich habe die Mitteilung
verstanden und habe weitere Fragen dazu.

Frage: Sie wurden am 5.6.1989
von der DVV nach 17.00 Uhr festgehalten, als
Sie mit weiteren Personen in demonstratives
Angehen am Nationalen Saal ^{in der Nähe der}
Kollwitzbrücke, abhielten und dabei ein
Sprachband mit der Aufschrift:

"Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen!"

Weltumwelttag 1989

benutzten. Welcher Personkreis beteiligt ist
neben Ihnen noch an dem vorgenannten Angehen?

Antwort: Meiner Einschätzung nach
waren ungefähr 20 Personen, davon aber ca.
5 Kinder, an der Sache beteiligt gewesen.

Von dem Teil nehmen mich nur aber mit
meiner Freundin, Christofke Hahn

als: Halle-Kollwitz

Kirchberg, 1

und mein Bruder, Ludwig Künzel
gleiche Adresse wie ich

Johannes Künzel

bekannt sein, da die VP bei der Kontrolle alle ihre Personalausweise eingesammelt hat und deren Namen notierte. Mein Freund und mein Bruder hatten keine Personalausweise dabei. Deshalb habe ich ihre Namen auf einen Zettel schreiben müssen und dem Polizisten ausgehändigt. Von den Kindern wurden die Namen nicht notiert.

Frage: Was war der Ausgangspunkt für dieses Zusammentreffen?

Antwort: Anlaß für das Zusammentreffen war der Weltumwelttag am 5. 6. 1989. Ich persönlich wurde in der Woche zuvor im Cafe „Sasse“ von meinem Bekannten Matthias, welcher in der Leopoldina tätig ist, bezüglich des Umwelttages angesprochen.

Dieser teilte mir mit, daß am Montag, dem 5. 6. 89, 17.00 Uhr zum Umwelttag unterhalb der „Bergschenke“ am Saaleufer geangelt werden soll. Ohne eine Zusage bezüglich meiner Beteiligung gegeben zu haben, nahm ich die Information von Matthias lediglich zur Kenntnis. Mehr hat er mir an diesem Tag auch nicht mitgeteilt. Ich habe meinem Freund die Information dann mitgeteilt und am Sonntag, d. 4. 6. 89, haben wir beide den Entschluß gefaßt, uns daran zu beteiligen. Mein Bruder kam erst spät am 5. 6. 89 zufällig dazu, als mein Freund und ich gerade losgehen wollten. Er hat sich ebenfalls spontan daran beteiligt. Erwähnen muß ich an dieser Stelle noch, daß ich am 5. 6. 89 gegen Mittag im Café „Sasse“ erneut mit Matthias zusammengetroffen bin und ihn dabei gefragt habe, ob es heute 17.00 Uhr dabei bleibt. Er bejahte dies und sagte noch zu mir, daß eine Angel, aber ohne Haken, mitzubringen ist, damit wir wegen des Nichtbesitzes einer Angelgenehmigung keinen Ärger bekommen.

Frage: Welche Vorbereitungsmaßnahmen wurden für dieses Zusammentreffen getätigt?*

* Wir wissen ja schon viel über die menschenignorierende, um nicht zu sagen menschenverachtende, amtsnotorisch dümmliche Stasi- und Beamtensprache; in solchen Dokumenten finden wir sie auf Schritt und Tritt, und wenn selbst die „Delinquenten“ darin so oder ähnlich wiedergegeben werden, ist das nicht ihre wörtliche Rede, sondern die Handschrift des Stasi-Protokollanten, der nicht besser konnte, und wer, der je ein solches Protokoll unterschreiben mußte, hätte versucht, an der Wortwahl herumzukritikeln; er oder sie, jeder war froh, wenigstens nichts inhaltlich Schlimmes preisgeben zu müssen und hat selbstverständlich auch solche schwachsinnigen Formulierungen mit unterschrieben.

Antwort: Mein Freund und ich haben lediglich eine alte Angel mit Schnur, aber ohne Haken mitgenommen. Diese stammt von ihm und er hatte sie bei sich zu Hause stehen. Was die anderen Teilnehmer in Vorbereitung der Zusammenkunft unternommen haben, wurde mir nicht bekannt.

Von dem Spruchband habe ich erstmals am Saaleufer erfahren, als wir gegen 17.10 Uhr am vereinbarten Ort eintrafen. Ich habe nicht gewußt, daß solch ein Spruchband zur Anwendung kommen sollte. Zum Zeitpunkt unseres Eintreffens waren der Matthias und ungefähr sechs weitere Teilnehmer bereits anwesend und das Spruchband war schon in Richtung der Kröllwitzbrücke aufgebaut. Nach uns trafen dann noch weitere 3 oder 4 Leute, ich glaube mit Fahrrädern, ein. Kurze Zeit später kam dann auch gleich die VP [Volkspolizei].

Frage: Wer war der Organisator dieses Zusammentreffens?

Antwort: Dies ist mir nicht bekannt geworden. Ich wußte auch nicht, wieviel Leute über diese Aktion informiert worden sind und von wem das Spruchband angefertigt wurde. Spezielle Aufgaben wurden für die Durchführung unseres Angelns in der Saale nicht verteilt, als daß wir lediglich die Angel in das Wasser zu halten hatten. Meine persönliche Zielstellung war damit auch erfüllt, da mir das bloße Reinhalten einer Angel in die verschmutzte Saale wirkungsvoll genug erschien.

Frage: Welche Absprachen gab es hinsichtlich einer zu erwartenden Konfrontation mit der DVP?

Antwort: Diesbezüglich gab es unter den Teilnehmern keinerlei Absprachen, zumindest hat mit mir darüber niemand gesprochen. Ich persönlich war zwar nicht überrascht, als die VP kam, aber so richtig über diese Frage habe ich mir vorher keine Gedanken gemacht.

Frage: Wer waren die Hersteller des mitgeführten Spruchbandes?

Antwort: Das kann ich nicht sagen. Es stand wie gesagt schon zum Zeitpunkt unseres Eintreffens da und im Nachhinein hat sich mir gegenüber niemand als Hersteller des Spruchbandes zu erkennen gegeben.

Frage: Welche Zielstellung sollte mit dieser demonstrativen Handlung verfolgt werden?

Antwort: Dies sollte eine Veranschaulichung und Aufmerksammachung zum Weltumwelttag sein, da wir Menschen die Pflicht haben, die Umwelt zu schützen. Eine politische Konfrontation wollten wir nicht er-

Antrag auf Akteneinsicht sinnlos?

Dieses Protokoll und weitere jener „Zuführungen“ in der Folge des denkwürdigen Umwelttages 1989 galten bislang als vernichtet oder aus unerfindlichen Gründen als nicht mehr existent, weil sie bei Anträgen auf Akteneinsicht einiger Betroffener in den letzten Jahren niemals auftauchten – obwohl sich die Beteiligten an die Ausfertigung gut erinnerten. Das berührt ein Dilemma, das viele Bürger betrifft, die in den DDR-Jahren Repression, Bespitzelung usw. hautnah erlebten, aber dennoch bei Anträgen auf Akteneinsicht beim „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“, kurz BStU oder (nicht nur im Volksmund) „Gauck-Behörde“, die scheinbar lakonische Auskunft erhielten, daß zu ihrer Person gegenwärtig keine Unterlagen aufzufinden seien, der Antrag aber in ein paar Jahren wiederholt werden könne. Viele glauben da an Vernichtung, manche vielleicht sogar an Willkür oder Oberflächlichkeit der Behörde, und halten eine erneute Antragstellung von vornherein für zwecklos. Ursache ist aber, wie hier, eine andere. Das MfS hat auch dann nicht immer „personenbezogene“ Akten angelegt, wenn es die Vorgänge sehr ernst genommen und verfolgt hat. Aber nur *personenbezogene Akten* konnten nach 1990 von den Mitarbeitern des Bundesbeauftragten bzw. den Außenstellen per Name und Karteikarte sicher identifiziert und der Überprüfung bzw. Akteneinsicht zugänglich gemacht werden. Anderes – und für die Betroffenen nicht eben unwichtiges – Material wie diese Vernehmungsprotokolle und die dazugehörigen Auswertungen des „Untersuchungsorgans des MfS“ (Abt. IX) blieben in sogenannten Sachakten gebündelt, und die Namen der Betroffenen tauchten gar nicht in den Personenkarteien auf, waren also nach 1989 überhaupt nicht auffindbar. Diese Sachakten wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der „Gauck-Behörde“ nicht etwa ignoriert, sondern neben den primären Aufgaben – Überprüfung für öffentliche und nichtöffentliche Stellen, Bearbeitung und Betreuung von Anträgen auf Akteneinsicht in personenbezogene Unterlagen sowie für Bildung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit – in allen Außenstellen Stück für Stück erschlossen und über eigene Karteien zugänglich gemacht. Die Behörde konnte 1999

immerhin zur „Erschließung von Unterlagen“ konstatieren: „Im Berichtszeitraum konnte die Grobsichtung der bisher unerschlossenen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes im wesentlichen abgeschlossen werden.“ (BStU, Vierter Tätigkeitsbericht 1999, S. 45) Während frühere Publikationen zur Ökologischen Arbeitsgruppe Halle sich nur auf das von der Stasi selbst dieser „feindlich-negativen Gruppierung“ zugeordnete Material – den OV „Heide“ und einige „Operative Personenkontrollen“ (OPK) oder auch parallele, personenbezogene „Operative Vorgänge“ (OV) – stützen konnten (vgl. Kuhn 1996, Berg 1999), ist das hier vorzulegende Material erst seit August 1999 und nach einem neuerlichen Antrag auf Akteneinsicht durch Wolfgang Schuster bekannt bzw. zugänglich, weil die „Grobsichtung“ seitens der Behörde den Zusammenhang mit der ÖAG festgehalten hat.* Bevor diese Unterlagen in ihren wesentlichen Inhalten vorgestellt und die wirklichen Hintergründe preisgegeben werden, die die Stasi seinerzeit erst im Nachhinein begriff, sei die Erinnerung an das ereignissträchtige Jahr kurz aufgefrischt, auch wenn das heute nur noch „kalter Kaffee“ ist.

* Die immense Menge von Unterlagen der zahlreichen Abteilungen des MfS, „die vorwiegend ungeordnet und oft ohne erkennbare Zusammenhänge aus den Arbeitszimmern des Staatssicherheitsdienstes in die Archive des BStU gelangten“ (BStU, Vierter Tätigkeitsbericht 1999, S. 44), macht verständlich, daß die akribische Arbeit, sie mit „grober Inhaltsangabe“ zu versehen (denn dazu muß jedes Blatt vieler Hunderter laufender Meter sachkundig gelesen werden!), noch längst nicht dazu ausreichte, auch alle Personennamen der Betroffenen zu erfassen. Es empfehlen sich deshalb außer der Beantragung erneuter personenbezogener Akteneinsicht unter Hinweis auf mögliche Sachbezüge auch Forschungsanträge einschlägiger Gruppierungen, wie es hier zum Thema „Saaleaktionen“ der ÖAG geschah, um – bei Vorliegen der Einwilligung der Betroffenen – auch diese Akten zugänglich zu machen.

Es sei hier ausdrücklich allen in den Dokumenten und Ausführungen genannten Personen für die Einwilligung zur Veröffentlichung gedankt, besonders aber den Mitarbeitern der Außenstelle Halle des BStU für die intensive und umsichtige Recherche in den infrage kommenden Sachakten, namentlich Herrn Jung, der den Forschungsantrag der ÖAG, unterstützt und gefördert durch Frau Edda Ahrberg, LStU Sachsen-Anhalt, bearbeitete und umsichtig betreute.

Das Jahr 1989 aus der Froschperspektive

Schon am vorstehend wiedergegebenen Befragungsprotokoll sieht man – und weiß es sowieso –, Sympathisanten, Freunde, Bekannte und auch die Mitglieder der ÖAG waren ganz durchschnittliche Bürger der DDR. Sie hatten jedenfalls keinen Einblick in die Chefetagen der Staatsbürokratie und nicht mehr Wissen über deren Politik als jeder andere Mensch auf der Straße, der die ideologischen Verheißungen der „sozialistischen Demokratie“ als Potemkinsche Dörfer zu durchschauen gelernt hatte. Wie darüber hinaus das historische Jahr in Erinnerung geblieben ist, sei hier vor aller Akteneinsicht grob skizziert. So ein Rückblick würde bei jedem anders ausfallen, je nachdem, wovon er persönlich betroffen oder woran er selber beteiligt war.* In jedem Falle handelt es sich um das Gegenteil der Vogelperspektive diverser namhafter Memoirenschreiber, die im vergangenen Jahrzehnt „Innenansichten der Macht“ preisgaben – oder es jedenfalls suggerierten. Es ist die gewöhnliche Froschperspektive, der nur der enge Radius eigenen Erlebens zur Verfügung steht, allerdings auch mit einem Vorteil: von allen anderen Absichten befreit, ehrlich sein zu können.

Als Stichpunkte für das Jahr 1989 fallen mir als schlicht Beteiligten ein: Die Krise in der Blattwerk-Redaktion im Januar 1989, die durch besondere Reaktionen statt zur Aufgabe des Blattwerks zu einem beherzten Neuanfang führte. Die Kommunalwahl im Mai und die erstaunlichen Anfänge ganz normaler Bürger, sich gegen die Wahlfälschungen zu wehren. Die Belebung der Städtepartnerschaft Halle-Karlsruhe „von unten“ mit dem Höhepunkt einer Ausstellung dazu in der Georgengemeinde. Die Saalectionen zum Umwelttag im Juni. Die Polizeiaktionen gegen das Leipziger Straßenmusikfestival am 10. Juni und das Trauma, das die „Chinesische Lösung“ auf dem Tiennamenplatz in Peking im Juli auch bei uns hinterlassen hat. Die Teilnahme am Kirchentag in Leipzig mit dem ungenehmigten Vertrieb der aktuellen Blattwerk-Nummer. Die verblüffende Wirkung der Bootsaktion beim Laternenfest im August (auch wenn sie aus

* Vgl. z. B. Frank Eigenfeld u. André Gursky in „Ereignisse im Herbst 1989 in Halle (Saale)“, Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle 1999, und die dort S. 16 angegebene Literatur

heutiger Sicht zum Lachen reizen müßte). Die ständigen Diskussionen um Ausreisewillige, vor allem: ob sie in oppositionellen Gruppen wie „Frauen für den Frieden“, „Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung“, bei den „Nachtgebeten“ oder in der ÖAG mitmachen dürfen oder nicht. Schließlich das geschickte Aufrütteln aus der Hallenser Lethargie angesichts der Montagsdemonstrationen andernorts, besonders in Leipzig. Mit dem Vorsatz, daß gegen den „Demonstrationstourismus“ nach Leipzig endlich auch mal Hallenser in ihrer eigenen Stadt auf die Beine gebracht werden müßten, erfanden Matthias Waschitschka und Roberto Ender eines Nachmittags im Café Sasse ein „Gerücht“ und streuten es sogleich fleißig aus, unter der Hand, gewissermaßen, als hätten sie es selbst nur gerüch-teweise gehört: „Montag, 9. Oktober, 17 Uhr vor der Marktkirche“. Das verfehlte seine Wirkung tatsächlich nicht. Wenn es auch erst ein beschei-dener Anfang von Montagsdemos in Halle war, überstürzten sich die Ere-ignisse wie im ganzen DDR-Land: Mahnwache in der Georgengemeinde ab 10. Oktober, die als brandaktuelle Idee, von Bettina Rähmer anlässlich ihrer fast zeitgleichen heißen Erlebnisse in Berlin nach Halle gebracht, auch hier zündete. Erste Bürgerversammlung in der Pauluskirche (15. Okto-ber) und öffentliche Diskussion im Volkspark (26. Oktober) neben den rasant anschwellenden wöchentlichen Montagsdemos, die einmal nur wegen Nebel daran gehindert wurde (vielleicht war auch Angst dabei?), zur Stasi-Bezirksverwaltung am Gimritzer Damm gelenkt zu werden, die überwältigende Demonstration am 4. November in Berlin (per Fernse-hen) und Maueröffnung, schließlich die nach außen hin wenig spektakulär gewordene „Besetzung“ der halleschen Stasizentrale durch einige Beherzte (5. Dezember). Und nicht zu vergessen die Aktion der „Spaßguerilla“ am Fahnenmonument Silvester 1989 zum Aufrütteln aus allzu weihnachtlicher Zufriedenheit mit dem bis dahin Erreichten.

Blattwerk

Alle diese, persönlich mitunter recht aufregenden Ereignisse waren beglei-tet und dokumentiert von dem seit Jahren ohne staatliche Genehmigung ver-breiteten unabhängigen Informationsblatt, dem von ÖAG-Mitgliedern her-ausgegebenen „Blattwerk“. Aus anderen Städten wußte die Gruppe be-

reits, wie so etwas gemacht wird, wie die Druckgenehmigungspraxis der DDR zu unterwandern ist und eine größere Öffentlichkeit erreicht werden kann. Redaktion wie ÖAG hatten sich unter den Schutz des weiten Mantels der Kirche begeben, sprich: dem Evangelischen Kirchenkreis Halle anvertraut, und Superintendent Buchenau hielt seine Hand darüber. Nach über einjähriger Pause erschien im Januar 1988 wieder eine Nummer vom „Blattwerk“ – mit gleich zu Beginn mindestens 45 Abonnenten, deren Zahl rasch zunahm; Auflage 100 bei Ausgabe 3/88, 1000 bei Sonderausgabe 4/88 zum Kirchentag in Halle, nicht zu vergessen die Auslage seit Juni 1988 in der Umweltbibliothek der ÖAG in der Georgengemeinde. Die Redaktion widerstand der „operativen Einflußnahme“ des MfS, hielt trotz Konfiszierung einer Nummer im November 1988 während der ganzen bewegten Zeit durch und gab noch im Jahre 1990 (unter fliegendem Wechsel des Namens in „DAS ANDERE BLATT“) sieben Ausgaben heraus, bevor sie nach den Wahlen im März 1990 beruhigt die Hände in den Schoß legte, weil endlich auch professionelle Zeitungen soweit waren, die Wirklichkeit nicht mehr im Einheitsbrei anzubieten. Die folgenden Auszüge vertiefen die Erinnerungen aus der Froschperspektive und machen deutlich, daß die Lektüre des „Blattwerks“ auch heute noch interessant ist.*

Blattwerk-Krise in der ÖAG Anfang 1989

Blattwerk 5/88 sollte im November erscheinen.

„[...] Diese Papiere wurden mit Zustimmung der Leitung des Kirchenkreises Halle/S. beim Kirchenkreis vervielfältigt. Am 10. 11. 1988 wurde dieses Material gegen 11 Uhr von Angehörigen der DVP vor dem Kreiskirchenamt in der Mittelstraße ‚sichergestellt‘, als es von einem Mitglied des Gemeindekirchenrates der Georgengemeinde Halle/S. in das Georgengemeindehaus transportiert werden sollte. Mehrere kirchliche Mitarbei-

* Originale sind im Verein „Zeit-Geschichte(n) e. V.“ Halle gesammelt, zugänglich durch Abschrift und Vervielfältigung per Diskette im Auftrag der ÖAG; Nr. 1/1988 bis 7/1990 (22. März 1990) auf Veranlassung der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR für Sachsen-Anhalt, Frau Edda Ahrberg in Magdeburg, kopiert und einigen Institutionen zur Aufbewahrung übergeben, u. a. der Außenstelle Halle des BStU und der ULB Halle.

ter waren Augenzeugen dieser Polizeiaktion. [...] Bei einem ersten Gesprächsversuch mit der Abt. Inneres des Rates der Stadt Halle/S. wurde den Beauftragten der ÖAG mitgeteilt, daß der Rat der Stadt nicht bereit sei, mit Vertretern der ökologischen Arbeitsgruppe zu sprechen, da wir grundsätzlich nicht als Gesprächspartner akzeptiert werden.

Gleichzeitig hatten sich Mitglieder der ÖAG telegrafisch zum Sprechtag beim Staatssekretariat für Kirchenfragen in Berlin zu einem diesbezüglichen Gespräch angemeldet.

Die Delegation der ÖAG wurde noch kurz vor der Abfahrt darüber informiert, daß durch den Rat der Stadt Halle/S. mitgeteilt worden ist, die Vertreter der ÖAG werden in Berlin nicht empfangen.

Trotz dieser Nachricht wurde die Entscheidung der ÖAG nicht geändert. Man wollte zumindest eine Begründung für die Gesprächsablehnung erhalten.

In Berlin wurde die Delegation der ÖAG ohne Behinderung von Mitarbeitern des Staatssekretariats empfangen.

Nach einer gegenseitigen Vorstellung berichteten die Vertreter der ÖAG ausführlich über den Vorgang der Sicherstellung und Verwahrung der Informationspapiere. [...]

Auf Nachfrage wurde [...] versichert, daß das Staatssekretariat für Kirchenfragen erst durch das Telegramm der ÖAG von dem Vorgang in Halle/S. in Kenntnis gesetzt wurde. Eine Information nach Halle/S. erfolgte nicht. Die Vertreter des Staatssekretariates betonten, daß es unser Recht als Bürger der DDR ist, an Sprechtagen im Staatssekretariat vorzusprechen. Im Falle einer Verhinderung hätten sie die ÖAG in Halle/S. direkt informiert. [...]"

(Blattwerk 6/88, S. 4, 5)

Sofortige Überprüfung des Vorgangs und Information über das Ergebnis wurde vom Staatssekretariat zugesagt. Festzuhalten ist der erfolglose Versuch der halleschen Obrigkeit, staatsbürgerlich garantierte Rechte autoritativ zu blockieren. Die Berliner konnten es sich allerdings leisten, diesbezüglich „in einer ruhigen und sachlichen Atmosphäre“ Entgegenkommen zu zeigen, wohl nach dem Motto „divide et impera“. Auf eine echte Reaktion konnten die halleschen Aktiven lange warten. Das konfiszierte Blattwerk wurde nie wieder herausgegeben. Nur Henry Schramm hat noch eins.

Im Dezember 1989 schrieb die Blattwerk-Redaktion „In eigener Sache“: „In den letzten Wochen, als die BDVP [Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei] bereitwillig früher beschlagnahmtes Material wieder herausrückte (Transparente usw.), haben sie auf unsere Nachfrage hin offenbar gesucht, aber der Leiter der Bezirksbehörde konnte nur noch das eine Exemplar zurückgeben, das in seinen Akten gelandet war.“ (Blattwerk Nr. 6/1989 v. 18. Dez., S.[10]) – Diese Mitteilung hatte der Redakteur nach heutigem Bekunden nur vom Hörensagen; in Wirklichkeit hat er die zurückgegebene Nummer nie gesehen. Wer von den damals noch im Namen der ÖAG und der Blattwerkredaktion Sprechenden zur Bezirksbehörde ging, ist nicht ganz klar. Vielleicht meldet er sich noch.

Diese Beschlagnahmung war allen Beteiligten ein Alarmsignal. Vielleicht erwartete die Stasi, daß die Drohung einschüchterte. Das Gegenteil war der Fall. Bis dahin lief alles in freimütiger Offenheit; Pläne und Unternehmungen wurden frei diskutiert und alle, die bereit dazu waren, konnten mitmachen. Ab sofort wurden sensible Aktionen wie Vervielfältigung und das mühsame Zusammenlegen und Klammern der Hefte unter Ausschluß einer größeren Öffentlichkeit durchgeführt, im Stasi-Jargon: konspirativ. Zur Ironie dieser winzigen Weltgeschichte gehört, daß dennoch immer ein IM direkt und aktiv beteiligt war. Henry Schramm, bis dahin Kopf und anerkanntermaßen der Initiator des „Blattwerks“ (samt einiger anderer Verdienste um die Umweltbewegung in der damaligen DDR), lag lange vor diesem Engagement an der Leine der „Firma“. Zur Ironie mit tieferer Bedeutung gehört auch, daß Henry es sicherlich „nicht aufgeben wollte, die Zeitung zu machen“, wie er heute sagt (Kuhn 1999, S. 37), und sie lieber im Konflikt mit der Stasi heimlich mit druckte, es höchstens hinterher gestand (wenn das aus dem Interview dieses Jahres 1999 richtig verstanden ist). Jedenfalls erreichte die folgende Nummer (6/88) wieder ihre Leser samt „Information zur Sicherstellung und Verwahrung von kirchlichen, ökologisch orientierten Informationspapieren durch die Staatsorgane in Halle/Saale“, woraus oben zitiert ist. Im übrigen wäre kaum jemand auf die Idee gekommen, ausgerechnet Henry als Spitzel zu verdächtigen.

Ob dieses Doppelspiel überhaupt Wirkungen hatte, außer für ihn selbst? Schwer zu sagen. Und wenn, dann nur in der Weise, daß er den heißeren Aktionen des Jahres 1989, z. B. Umwelttag, fernerstand, sprich: in die Vorbereitungen gar nicht eingeweiht war. Das hatte gewiß nichts mit Verdächtigungen bezüglich Stasi zu tun. Eher mit der „Chemie“, mit den persönlichen Verhältnissen zum „härteren“ oder einfach konsequenteren Kern

der Truppe. Der „Chefmacker“ Henry kam – wie in den heutigen Interviews – manchem damals schon zu sehr durch, auch wenn ironischerweise niemand damit rechnete, daß er es nach beiden Seiten sein wollte, der Umwelt zuliebe bei der ÖAG *und* bei der Stasi.

Wie ein IM im Zentrum einer „feindlich-negativen Gruppierung“ wirksam werden sollte, ist durch einen Treffbericht von Ende 1988 (Berg 1999, S. 46f., 171–174) und die Erinnerungen einiger Beteiligten belegt. Spätestens im Januar 1989 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb des Blattwerk-Redaktionskreises, als sich die Gruppe eine Nacht lang fast zerstritten hätte und Henry Schramm, Sprecher der ÖAG und Initiator des „Blattwerks“ – die Streitenden waren inzwischen vor seiner Haustür angekommen – damit drohte, alles hinzuschmeißen. Klar gesagt: Die Gruppe war zerstritten und das bereits am 9. Dezember 1988 formulierte Ziel der Stasi, „bei Zusammenkünften betr. ‚Blattwerk‘ [...] Einstellung anstreben“, fast erreicht, wenn nicht ein paar Hartgesottene schließlich von derartiger Basisdemokratie die Nase voll gehabt und die Redaktion im engsten Kreis allein übernommen hätten.*

Statt die ermüdenden Diskussionen und Gespräche um die IM-Problematik – so wenig wirkliche Gespräche es gab – hier fortzusetzen, folgt auf der nächsten Seite ein Text von 1984 zum Zeichen, daß es nicht erst dieser Diskussionen bedurfte, um die Problematik zu begreifen.

* Diese aus der Erinnerung (von W. Berg, der es seinerzeit taurisch von Daniel Cyranka und Matthias Waschitschka erfuhr) gegriffene Schilderung wurde auch von Henry Schramm nach der Veröffentlichung (Berg 1999, S. 46) gegenüber einigen Beteiligten nicht bestritten. Christoph Kuhn forderte ihn in einem Gespräch ausdrücklich zu einer Gegendarstellung auf. Antwort: „Ich weiß es nicht mehr genau, was damals zu dem Streit führte. Ich wollte dann eigentlich mit dem ‚Blattwerk‘ nichts mehr zu tun haben, wollte es aufgeben, weil es nicht mehr meinen Intentionen entsprach ... Es gab ein ziemlich heftiges Gespräch bei mir vor der Haustür; den Inhalt krieg ich nicht mehr zusammen ...“ Chr. Kuhn: „Da war ich dabei. Wir haben, glaube ich, versucht dich zu bewegen, nicht auszusteigen ...“ (Kuhn 1999, S. 41f.). – Die Datierung „spätestens Januar 1989“ ist ungewiß, es kann gut auch im Dezember 1988 gewesen sein; o. g. Ohren- und Augenzeugen erinnern sich jedenfalls, sofort nach dem Eklat einer Meinung gewesen zu sein: Das „Blattwerk“ geht auch ohne Henry; und zwar erst recht. Vielleicht wieder einmal ein Selbsttor der Stasi.

der finger an der hand

wer branntwein nachmacht oder verfälscht
oder nachgemachten oder verfälschten
sich verschafft, sitzt aufm arsch
nicht auf der halben backe
ziemlich lange ein. wer bekennt
es nie wieder zu tun
offenbart sich hergebrachter weise
hergebrachten kreisen, hat wieder alle
chancen offen, kriegt was gezeigt
klammert hoffnung dran, korrruption ein
und steigt, steigt, steigt.
bis sich auf in ab verwandelt
denn da war nur ein finger, ein kleiner
finger von der hand, die zu nehmen nicht lohnt.

P. Winzer 87

„der finger an der hand“ (Peter Winzer 1984 [im faksimilierten Druck irrt. „87“]), aus: „So waren Kinder im Park ...“ Gedichte von P. Winzer. [1984–1990, 60 S. unpag., m. 30 Illustr. von K. L., Selbstverlag 1990]. Die Broschüre ist beim Verf. erhältlich. Texte daraus wurden bei einer Lesung, veranstaltet vom Neuen Forum „10 Jahre Mauerfall“, Oktober 1999, im Café Nöö, vorgestellt und fanden verdiente Aufmerksamkeit.

Wahlfälschung 7. Mai 1989

„Am 10. 3. 89 hat die Ökologische Arbeitsgruppe über die bevorstehenden Wahlen diskutiert. [...] Neu ist bei dieser Wahl 1989, daß auch andere Organisationen und Vereinigungen wie die Kammer der Technik [usw.] Mitglieder aus ihren Reihen als Kandidaten vorschlagen konnten.

Es war nicht ausdrücklich ausgeschlossen, daß auch andere Vereinigungen – wie z. B. unsere Ökologische Arbeitsgruppe – Kandidaten hätten vorschlagen können. [Die Ironie wird hier stillschweigend unter der Hand weitergereicht.] [...] Die Kandidaten müssen sich im März in öffentlichen Wahlversammlungen vorstellen. [...] Verbreitete Praxis in diesem Jahr in Halle ist, daß die Bekanntgabe dieser öffentlichen Wahlversammlungen kurzfristig in der Presse – oft am selben Tag – oder nur 2–3 Tage vorher durch 1–2 Aushänge in den Wahlkreisen erfolgt, bestimmte Bürger aber darüber hinaus schriftlich eingeladen werden. [Es folgen akribische Instruktionen zum Wahlgesetz, weil es wichtig sei,] daß die Kandidaten, die man für geeignet hält, auf den oberen zwei Dritteln des Wahlvorschlages zu stehen kommen. [...]

[„Kannbestimmungen“ zum Wahlgeheimnis werden notiert; und:] Es findet sich im Wahlgesetz keine Aussage, wie das Wahlgeheimnis bei offener Stimmabgabe gewährleistet wird. [...] Jeder Wähler kann dann auf dem Stimmzettel Veränderungen vornehmen (§35(5)WG) und dabei auch die Wahlkabine benutzen. Die Stimmabgabe erfolgt durch Einwerfen der Stimmzettel in die Wahlurne (§35 Abs. (6) WG) und nicht etwa durch die Ausgabe der Stimmzettel. Man kann über seine Teilnahme an der Stimmabgabe also auch dann noch entscheiden, wenn der Stimmzettel ausgegeben oder noch nicht eingeworfen wurde. [!]

Die Auszählung der Stimmen erfolgt am Wahltag nach 18 Uhr und ist öffentlich (§37 Abs. 1(1) WG).

Der vom Rat der Stadt in jedem Wahlkreis gebildete Wahlvorstand zählt aus und entscheidet über die Gültigkeit der Stimmen [...] Da im Wahlgesetz nicht festgelegt ist, welche Veränderungen auf dem Stimmzettel zu einer Ablehnung der Kandidaten oder zu einer ungültigen Stimme führen, kann man nur im Wahllokal bei der Auszählung der Stimmen über die Handhabung Gewißheit erhalten.“

[Nach der Erörterung, welche Veränderungen auf dem Stimmzettel was bewirken könnten, folgt ein guter Vergleich mit der Wahlordnung zu den Gemeindegemeinderäten (in der vermutlich richtigen Annahme, daß diese dem Normalbürger ebenso wenig bekannt sind, aber die Unterschiede im Detail bewußt werden)]

(Blattwerk 1/89, S. 10–11)

Bitte schön, so detailliert muß heute nicht mehr auf Wahlen vorbereitet werden. Die ÖAG hat sich wirklich Mühe gegeben. Es findet sich nicht etwa ein Aufruf zum Wahlboykott, sondern eine gute Analyse des damaligen Wahlgesetzes. „Ich habe das Wahlgesetz dutzende Male gelesen, ja studiert“, erinnert sich Wolfgang Kupke. „Dabei bin ich darauf gekommen, worin die Tricks liegen nach Ulbrichts Devise: ‚Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen die Macht behalten‘.“ Es steht hier auch nicht ausdrücklich ein Aufruf, die Auszählungen zu kontrollieren, nur die Andeutung, daß dies möglich ist. Die Tatsache wurde aber innerhalb der ÖAG besprochen und zahlreiche Mitglieder verteilten sich auf verschiedene Wahllokale, um sich – wie in anderen Städten der DDR auch (vgl. Wollé 1998, S. 306–308) – Gewißheit zu verschaffen und durch Summierung ihrer Beobachtung für die ganze Stadt nachzuweisen, daß die anderntags veröffentlichten „offiziellen“ Wahlergebnisse signifikant höher lagen als die am Wahlabend registrierten – was Wahlbeteiligung und Ja-Stimmen betrifft.

Zum Ergebnis solcher Aktivitäten vergleiche man die Dokumentation für Leipzig (Hollitzer 1999, S. 34), dort lagen „sowohl die Wahlbeteiligung (um ca. 7 Prozent) als auch die abgegebenen Ja-Stimmen (um ca. 5 Prozent) niedriger als das offizielle Wahlergebnis“. „Erstmals war es gelungen, der DDR-Führung Wahlbetrug nachzuweisen“ – und das gilt für Leipzig, Halle und die gesamte DDR; welche erstaunlich synchrone Motivation an und für sich spontaner örtlicher Aktivitäten, denn eine zentrale Anleitung dazu gab es nicht! „Trotzdem liefen in der Folgezeit alle Einsprüche gegen die Wahl und Strafanzeigen gegen die Verantwortlichen ins Leere. Erst im Juni 1990 wurde der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister, Bernd Seidel, wegen Wahlfälschung zu acht Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt.“ (Anderorts geschah entsprechendes noch später, s. u.)

Hatten in Halle gleichartige Strafanzeigen wenigstens ähnliche Wirkungen? Immerhin konnten die Aktiven am 18. Dezember 1989 melden: „Großer Zwischenerfolg: Halle endlich mal Vorreiter! Ermittlungen zum Verdacht der Wahlfälschungen“. Immerhin war „das Untersuchungsorgan [Bezirksstaatsanwalt Dr. Unger bzw. Staatsanwalt Hornickel] auf derselben Verdachts-ebene angelangt, auf der wir schon im Mai waren. Eine entscheidende Hilfe für uns wie für die Staatsanwaltschaft war, daß Menschen ihre Angst verloren haben und wir nun schriftliche Aussagen über die ungeheuerlichen Vorgänge der Wahldaten-Weitervermittlung [...] vorliegen haben. [...]“ Zitiert wird die Aussage einer Mitarbeiterin der Sparkasse, die als Wahlhelferin alles miterlebt hatte, und weinend berichtete, wie sie fassungslos die Fälschung bemerkt hatte, und endlich ihre Angst, darüber vor anderen zu sprechen, überwand. Das Blattwerk berichtet:

„... 67 Stimmen gegen den Wahlvorschlag hatte ich jeweils auf dem Vordruck einzutragen nach telefonischer Rücksprache mit den 3 Wahlbüros. Wieder striktes Verbot der Weitergabe, eine Einsammlung der Vordrucke. Ungeduldig rief schon eine Frau von der zentralen Rechengruppe an, wo blieben die Wahlergebnisse. Nach ca. 15 min. dann die pendelnde Person mit den geänderten Wahlergebnissen. Und hier erschien mir der Betrug offensichtlich. Aus 67 Stimmen gegen den Wahlvorschlag wurden 37 gemacht. An dieser Stelle weigerte ich mich, das gefälschte Wahlergebnis an die zentrale Rechengruppe weiterzugeben ...‘ Trotz der Vernichtung der Wahlunterlagen – nach belegbarer Anweisung! – wird weiter ermittelt. Immer mehr verdichtet sich die Vermutung, daß die Vorgänge, die jetzt untersucht werden, sehr gut organisiert waren.“

(Blattwerk 6/89, S. 4)

Viel Material wurde gesammelt, nicht nur von der endlich aktivierten Staatsanwaltschaft. „Die Gesamtmanipulation mit den Gegenstimmen bewegt sich um 5 – 10 %, was ziemlich genau mit unseren Beobachtungen und Hochrechnungen schon im Mai übereinstimmt. [...] Die Generalstaatsanwaltschaft in Berlin ist über alles informiert und kommt am Freitag, 19. 1. 90, nach Halle. [...] Der nächste Bericht könnte schon eine Gerichtsreportage sein.“

(Das andere Blatt Nr. 2, 22. 1. 1990, S. 8)

Er war es nicht. „Im Wahlfall Halle wurde am 12. 3. [1990] das Ermittlungsverfahren gegen 7 Personen abgeschlossen [...] Die Staatsanwaltschaft wird bis spätestens Anfang April über die drei formal-juristisch möglichen Varianten entscheiden [...]“

(Das andere Blatt Nr. 7, 22. 3. 1990, S. 2)

Wie in Leipzig und wahrscheinlich in der ganzen DDR löste sich der Traum dennoch fast in Luft auf, nur etwas später (1992): 8 Monate auf Bewährung und 5000 DM für den ehemaligen halleschen Oberbürgermeister Manfred Nitzer, je 6 Monate auf Bewährung und 4000 DM für seine früheren Stadtbezirksbürgermeister Arthur Wilhelm, Gerhard Noack und Hans Kurzweg. In Dresden wurde der beliebte Ex-OB Wolfgang Berghofer immerhin zu einem Jahr auf Bewährung und 36000 DM Geldstrafe verknackt.

Heidi Bohley erinnert sich heute an den halleschen Prozeß, der wie in Dresden erst 1992 stattfand: „Die eigentlich Verantwortlichen traten auch auf, allerdings nicht als Angeklagte. Die Vorgabe seitens der SED hieß ‚Das beste Wahlergebnis aller Zeiten‘, ausgegeben von den Parteivorgesetzten Hans Joachim Böhme und Karl Heinz Falkenstein, die als Zeugen vernommen wurden. In Erinnerung bleiben den erstaunten Zuschauern vor allem die vertauschten Rollen von Anklage und Verteidigung: Alle wußten, daß die Zeugen und ihre Auftraggeber in der Parteispitze genauso auf die Anklagebank gehörten. Richter und Staatsanwälte aus dem Westen kennen sich in den Weisungsstrukturen nicht aus und können die Auswirkungen von ‚Parteidisziplin‘ kaum ermessen. Da aber kennen sich die Verteidiger – allesamt ehemalige SED-Mitglieder – bestens aus. Und so ist es mucksmäuschenstill, als Rechtsanwalt Günter Albrecht (alias IMS Rolf) den Zeugen Falkenstein dazu bringen will, die Dinge beim Namen zu nennen: ‚Wollt ihr wirklich, daß es an den Kleinen unten hängen bleibt?‘ Genossen unter sich, fast glaubt man, es könne sich vielleicht doch noch so etwas wie Anstand und Ehrgefühl zeigen, aber der Zeuge Falkenstein schweigt ... – Der Zeuge Böhme, vor kurzem noch einer der mächtigsten Männer im Lande, steht devot buckelnd in der Tür, ein bebrilltes Männchen, das den kleinen Honecker-Hut aufgeregt in den Händen dreht: ‚Ich sollte mich hier melden, Herr Richter!‘ – ‚Wie ist der Name?‘ – ‚Böhme, Hans Joachim‘ – ‚Ja, warten sie draußen.‘ Abgang – der Kaiser ist nackt! – endlich für alle sichtbar!

Aber irgendwer hatte vorher schon weiter gedacht und ließ bereits im November 1989 einen Novellierungsvorschlag für § 204 StGB veröffentlichen: „Wer Wahlergebnisse vorfertigt oder verfälscht oder vorgefertigte oder verfälschte in Umlauf bringt, wird mit einer AUSREISEQUOTE nicht unter 50 000, mit einer BOTSCHAFTSBESETZUNG nicht unter 3 Monaten und einer Protestdemo nicht unter 10 000 Teilnehmern bestraft. StGBRK“

(Blattwerk 4/89, S. 1)

Umweltgruppen und andere regimekritische Kreise in der DDR

waren lange vor diesen landesweiten – aber keineswegs koordinierten! – Aktionen bei den Kommunalwahlen Mai 1989 zum Intimfeind der Stasi avanciert, was auch das MfS mit erhöhter Aufmerksamkeit registrierte, besonders jenen Gruppen gegenüber, die sich durch vielfältige Informationsblätter breitere Resonanz verschafften, auch wenn diese immer noch „nur für den innerkirchlichen Gebrauch“ deklariert waren. Versuche landesweiter Überblicke dazu gaben Mielke-Schreiben an die Leiter der Dienstseinheiten in den Bezirksverwaltungen des MfS, z. B. vom 23. 5. 1989 als „Vertrauliche Verschlusssache“. Darin

„wurden Informationen für die Partei- und Staatsführung über
– beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen und
– die Herstellung und Verbreitung nicht genehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören erarbeitet [...]“*

Die zunehmende Hilflosigkeit der Stasi gegenüber diesen „personellen Zusammenschlüssen“ wird in dem anschließenden Dokument deutlich.** Auf 18 Schreibmaschinenseiten und 26 Seiten Anlage mit genauer Auflistung aller bekannten Gruppierungen und ihren „nicht genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“, nach Bezirken und Städten aufgeschlüsselt, kommt das MfS zu dem Ergebnis, daß gegenwärtig „in der DDR ca. 160

* BStU, Büro der Leitung, MfS – BdL/Dok. 8931 (MfS-Nr. 38/89, 23. Ausf., Bl. 1–3)

** Info 150/89: Information über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte in personellen Zusammenschlüssen. BStU, MfS – BdL/Dok. 8932. Der Inhalt deckt sich mit einer entsprechenden Bilanz ein Jahr zuvor (1. 6. 1988). Das tatsächliche Potential der oppositionellen Gruppen war weitaus größer (1988 vertrat „Frieden konkret“ bereits 250 Gruppen der ganzen DDR), vgl. Neubert (1997), Kap. 92: „Wachsende Potentiale“ (S. 704 bis 720). Hier genügt die Stasi-Sicht, um das „operative Interesse“ des MfS und seine Grenzen zu skizzieren.

derartige Zusammenschlüsse“ existierten, „über die Hälfte [...] vor dem Jahre 1985 gebildet“ (S. 3). Das Gesamtpotential wird mit ca. 2500 Personen eingeschätzt (ohne „Sympathisanten oder politisch Irregeleitete, die im Ergebnis gezielter Einwirkungen vorgenannter Kräfte – u. a. Erzeugung von sogen. Solidarisierungseffekten – häufig in deren öffentlichkeitswirksame Aktivitäten einbezogen werden und damit das Potential und die Wirksamkeit solcher Zusammenschlüsse beträchtlich vergrößern“) (S. 4), denen etwa 600 Personen „Führungsgremien“ zuzuordnen sind. „Gezielt werden Tests zur Ausweitung des Handlungsraumes und der ‚Belastbarkeit‘ des Staates vorgenommen [...]“ (S. 12), und bereits eingangs ist dort festgestellt:

„Im Ergebnis staatlicher und gesellschaftlicher Anstrengungen ist es bisher nicht gelungen, ihre Gesamtzahl zu verringern. Aufgelösten personellen Zusammenschlüssen steht eine gleichgroße Anzahl neugebildeter gegenüber [...]“ (S. 3)

Dennoch – oder erst recht – werden auf vier Seiten noch einmal Maßnahmen dagegen rekapituliert und den Bezirksverwaltungen des MfS dringend ans Herz gelegt (S. 14–17). Ironischerweise ist bei der

„Schaffung eines ‚positiven Übergewichts‘ bei Veranstaltungen“ (S. 15)

dieses „positive Übergewicht“ bereits vom MfS-Autor selbst in Anführungszeichen gesetzt, eine Freudsche Leistung, die man nicht einmal als Fehlleistung verunglimpfen möchte.

Als „schärfste“ dieser Maßnahmen, die hier nicht im einzelnen aufgeführt werden müssen,^{*} erscheint bei aller Hilflosigkeit noch, daß

„vorgenannte personelle Zusammenschlüsse, die innerhalb der evangelischen Landeskirche wirken, im aktuellen Sprachgebrauch und Umgang konsequent als ‚kirchliche Gruppen‘ bezeichnet und behandelt werden“ sollten! (S. 18)

Eine anschließende MfS-interne Information faßt die Stasi-Erkenntnisse über „Herstellung und Verbreitung nichtgenehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters“ zusammen.^{**}

* Das Dokument ist vollständig wiedergegeben in Mitter/Wolle 1990, S. 46–71.

** Info 168/89. BStU, MfS – BdL/Dok. 8933 (12 Bl., 4 Bl. Anl.)

„Seit dem Jahre 1986 ist eine Forcierung dieser Aktivitäten feststellbar.“ (S. 1)

„Nach dem MfS vorliegenden Hinweisen werden gegenwärtig ca. 25 solcher beachtenswerter Informationsblätter hergestellt, davon über die Hälfte erst seit dem Jahre 1988.“ (S. 3)

Auch diese Aufstellung ist im Vergleich zur Realität mager,^{*} allerdings ist auch hier das „operative Interesse“ des MfS zu berücksichtigen, also was die Stasi für „beachtenswert“ hielt, darunter sieben Titel aus Berlin, fünf aus dem Bezirk Leipzig, für den Bezirk Halle das „Blattwerk“, das „Informationsblatt Nachtgebete“, „Die Pusteblume“ (Wittenberg) und den „Brief aus der Haltestelle“ (vormals „Der Straßenfeger“) vom Friedens- und Umweltkreis Quedlinburg, aus den Bezirken Dresden und Karl-Marx-Stadt drei bzw. zwei Titel.

Für ganz besonders beachtenswert hielt das MfS die zunehmende Aufmerksamkeit, die diese „sogenannten Informationsblätter“ oder „sogenannten Untergrundzeitungen in der DDR“ in westlichen Medien fanden; man lese dazu die folgende aus dem Berliner Hauptquartier des MfS, dem „Büro der Leitung“ (BdL) faksimilierte Seite.

Die in den Bezirksverwaltungen des MfS erarbeiteten Informationen gerieten in Berlin zu beachtlichem Umfang: „Auskünfte zu staatlich nicht genehmigten Druck- u. Vervielfältigungserzeugnissen“ (52 Schreibmaschinenseiten) und zu „Personenzusammenschlüssen“ (über 300 Seiten) dokumentieren alles „flächendeckend“ nach einheitlichem Schema, vor allem aber den Aufwand für die Überwachungsmanie. Die Ausschnitte für Halle auf den folgenden Seiten sind nicht in den bisher ausgewerteten Operativen Vorgängen gespeichert und deshalb erst jetzt aus den erschlossenen Sachakten zugänglich. Diese Zusammenfassungen resultieren aus vielen Metern personenbezogener Akten und zeigen in bürokratischer Schlichtheit das Gefahrenpotential, wie es der DDR-Staat in der Umweltbewegung und anderen Gruppen erblickte.

* Vgl. Neubert 1997, Kap. 95: „Samisdat“ (S. 752–768) mit einer Liste von 135 Titeln 1969 bis 1990

000000

6

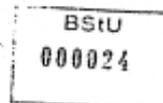
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Durch dieses Vorgehen potenziert sich die Leserschaft gemessen am Umfang der tatsächlichen Auflagenhöhe. Das finanzielle Entgelt für sogenannte Informationsblätter ist unterschiedlich; so werden z. B. je Exemplar verlangt für "Arche" - 5 Mark, "Aufrisse" - 10 Mark und "Friedrichsfelder Feuermelder" - 1,50 Mark, während für "Friedensnetz" eine "Jahresspende" von 10 Mark vorgegeben ist.

Nach vorliegenden Hinweisen wird eine Reihe sogenannter Informationsblätter regelmäßig über bestehende Verbindungskanäle Personen in der BRD und Westberlin zugespielt. Zu diesen ständigen Empfängern zählen die bekannten Feinde [REDACTED] und [REDACTED] sowie der seit geraumer Zeit in Westberlin wohnhafte Dr. [REDACTED], vormals Mitglied des "Grün-Ökologischen Netzwerkes Arche". Diese Personen sorgen für eine entsprechende Auswertung der in den "Informationsblättern" enthaltenen Informationen in der Presse und elektronischen Medien (u. a. Sendereihen "KONTRASTE" und "WÄNTZLICHEN D" des BRD-Fernsehens sowie "Glasnost" des Westberliner Privatsenders "RADIO 100" und Tageszeitung "taz/Westberlin), wodurch, in Abhängigkeit von den Empfangsmöglichkeiten der elektronischen Medien, der Rezipientenkreis solcher Druckerzeugnisse/Informationen bezogen auf die DDR, weiter vergrößert wird.

Neben der Wiedergabe und Auswertung von Informationen aus solchen Druckerzeugnissen personeller Zusammenschlüsse in der DDR befassen sich Einrichtungen und Medien des westlichen Auslandes zunehmend mit den sogenannten Untergrundzeitungen in der DDR. So publizierten u. a. das "Deutschlandarchiv - Zeitschrift für Fragen der DDR- und der Deutschlandpolitik" Nr. 11/88 die Analyse "Unbotmäßiges von -Grenzfall- bis -Wendezeit-", die Tageszeitung "DIE WELT" vom 17. September 1988 den Artikel "Bückware des Geistes aus dunklen Hinterzimmern - Politik und Hoffnung: Die Untergrund-Zeitungen in der DDR, die "Neue Zürcher Zeitung" vom 27. April 1988 den Beitrag "Die inoffizielle Presse in der DDR" sowie der RIAS am 9. April 1989 einen umfangreichen Beitrag des ehemaligen DDR-Bürgers Rüdiger ROSENTHAL unter Einbeziehung von HIRSCH über "Unabhängige Publikationen bzw. Samisdat-Literatur" in der DDR.

MfS-Info 168/89, Auszug bzgl. Resonanz „sogenannter“ Informationsblätter bzw. Untergrundzeitungen der DDR in Westmedien, Quelle: BStU, MfS – BdL/Dok. 8933, Bl. 6



"Blattwerk"

Herausgeber: "Ökologische Arbeitsgruppe des Kirchenkreises Halle"
Redaktionsgruppe: 6 Personen

Vermerk: "nur zum innerkirchlichen Gebrauch"

Erscheinungsjahr/-periodizität: seit Dezember 1984, unregelmäßig

Auflagenhöhe: 100 - 150 Exemplare
Sonderausgabe anlässlich des Kirchentages in Halle 1988 - 1 000 Exemplare

Verkaufspreis:

Technische Mittel der Herstellung/Vervielfältigung: maschinenschriftlich, Wachstafelverfahren

Unterstützung:

Aktive Förderung der Herausgabe durch kirchenleitende Kräfte des evangelischen Kirchenkreises Halle, insbesondere durch den Superintendenten BUCHENAU und Pfarrer HAHNEWINKEL
Zurverfügungstellung der Vervielfältigungstechnik des Kreiskirchenamtes Halle bzw. der evangelischen Paulusgemeinde

Wesentlicher Inhalt:

Während in den bis 1985 erschienenen Ausgaben überwiegend Beiträge zur Umweltschutzproblematik (Daten, Meinungen, Eingaben, Aufrufe) veröffentlicht wurden, kam es in den Veröffentlichungen seit 1985 zur Abhandlung von Themen, die darüber hinaus reichen, z.B.: Abdruck von Artikeln westlicher Massenmedien zum Verhältnis Staat - Kirche in der DDR - verbunden mit der Forderung nach staatlich unabhängigen Öko- und Friedensgruppen, Abhandlung der Berliner Ereignisse im Zusammenhang mit der Aktion "Störenfried", Informationen über Eingaben von Bürgern und Reaktionen der staatlichen Stellen usw.

„Auskünfte zu staatlich nicht genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“ (etwa Mai 1989, hier betr. Blattwerk), Quelle: BStU, MfS - BdL/Dok. 8934, Bl. 25f.

BSU

000025

2

Vertrieb:

Verkauf bei Zusammenkünften der Ökologischen Arbeitsgruppe,
republikweiter Vertrieb nach entsprechender Anfrage bei dem
als Kontaktadresse fungierenden [REDACTED] Halle.

Durchgeführte Maßnahmen:

Durch die Hauptabteilung IX wurde im Dezember 1988 zur Aus-
gabe 5/88 eine rechtliche Einschätzung erarbeitet. Hieraus
geht hervor, daß die Schrift in ihrer Gesamtheit aufgrund
des abgedruckten, von Pfarrer [REDACTED] verfaßten "Thesen-
papiers", welches verbale Angriffe auf wesentliche Bereiche der
gesellschaftlichen Entwicklung der DDR darstellt, geeignet
ist, die staatliche und gesellschaftliche Ordnung der DDR
verächtlich zu machen und objektiv die Fortbestandsanforderungen
einer Schrift im Sinne des § 220 Abs. 2 StGB erfüllt.

Nach regelmäßigen Ansprüchen durch staatliche Vertreter
mit Sup. BUCHENAU und Pfarrer HAHNEWINKEL, Androhung von Ordnungs-
strafverfahren, erfolgte im November 1988 die Sicherstellung
einer geplanten Auflage durch die DVP.

Daraufhin beschloß die Ökologische Arbeitsgruppe, ein neues
Material zu erarbeiten und zur Verteilung zu bringen. Um eine
weitere Sicherstellung zu verhindern, soll die Auslieferung
zukünftig stufenweise vorgenommen werden.

Um hier nicht den Verdacht zu wecken, die ÖAG hielte sich und das
„Blattwerk“ für den Nabel der Welt, folgt der Anschaulichkeit wegen aus
demselben Material der Stasi beispielsweise die Charakteristik über das
„Informationsblatt Nachtgebete“. Die gelegentlichen Schwärzungen in die-
sen Dokumenten beruhen nicht auf Willkür, aber es gelang nicht in jedem
Falle rechtzeitig zur Veröffentlichung die schriftliche Einwilligung der be-
troffenen Personen einzuholen. Die Behörde des Bundesbeauftragten darf
aber nach dem Stasi-Unterlagengesetz (StUG) die Namen von Dritten in
herausgegebenen Kopien nur ungeschwärzt lassen, wenn für den betref-
fenden Antrag jeweils wieder diese Einwilligung schriftlich vorgelegt wer-
den kann.

Viele Mitglieder der ÖAG haben deshalb in den letzten Jahren bereits mehrfach das betr.
Formular ausgefüllt. Es sei hier nochmals ausdrücklich gedacht, daß die meisten, die zu
erreichen waren, es auch diesmal wieder taten. Die nicht Erreichten haben bitte Nachsicht.

000025

"Informationsblatt Nachtgebete"

Herausgeber: "Vorbereitungskreis Nachtgebete"

Der Vorbereitungskreis setzt sich aus Vertretern verschiedener Gruppierungen der Stadt Halle, vorwiegend Übersiedlungersuchenden, zusammen, die seit Januar 1988 in verschiedenen Kirchgemeinden der Stadt Halle sogenannte Nachtgebete durchführen.

Der Vorbereitungskreis steht unter der Leitung des operativ bekannten Exponenten PUT

Dr. EIGENFELD, Frank
Halle
kirchlicher Angestellter (Hausmeister).

Neben EIGENFELD sind die Personen


hauptsächlich an der Herausgabe beteiligt (sogenanntes Redaktionskollegium)

Vermerk: "Zum innerkirchlichen Dienstgebrauch"

Erscheinungs-
jahr-/perio-
dizität:

Seit Oktober 1988 Herausgabe von 3 Informationsblättern in Vorbereitung der jeweils am ersten Freitag im Monat stattfindenden Nachtgebete; erstmalig erschienen zum "Nachtgebet" am 7. 10. 1988

Auflagen-
höhe:

200 Exemplare je Ausgabe

Verkaufs-
preis:

keine Hinweise, wahrscheinlich kostenlose Verteilung

technische Mittel der
Herstellung/Vervielfältigung:

Wachmetrizenverfahren

„Auskünfte zu staatlich nicht genehmigten Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“ (betr. Informationsblatt Nachtgebete), Quelle: BStU, MfS – BdL/Dok. 8934, Bl. 26–28

Unterstützung:

Zur Herstellung nutzte der E. bisher immer Vervielfältigungstechnik des Kreiskirchenamtes Halle. Die Herausgabe wird durch kirchenleitende Amtsträger des Kreiskirchenamtes toleriert. Durch Superintendent BUCHENAU wird geduldet, daß das sogenannte Informationsblatt als innerkirchlich deklariert herausgegeben wird bzw. er setzt sich im Rahmen staatlicherseits geführter Belehrungen für eine weitere Herausgabe ein.

wesentlicher Inhalt:

Es werden Themen behandelt, die sich provokativ mit der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR auseinandersetzen. Das Informationsblatt spiegelt die "Arbeit" des "Vorbereitungskreises" der "Nachtgebete" wider und geht gleichzeitig auf die Thematik der einzelnen Veranstaltungen ein. Dabei werden Angriffe auf die Staatspolitik in Kirchenfragen, Umweltschutzpolitik, des Bildungswesen und die sozialistische Demokratie, einschließlich der Wahlgesetzgebung und der Informationspolitik vorgetragen.

Vortrieb:

Durch den "Vorbereitungskreis Nachtgebete" werden vor und während der "Nachtgebete" Exemplare unter den Anwesenden verteilt (persönliche Weitergabe). Entsprechend eines von EIGENFELD festgelegten Verteilerschlüssels erfolgt die Verteilung.

- für die Teilnehmer des "Nachtgebetes" - 100 Exemplare
- zur Verteilung unter den Exponenten des politischen Untergrundes der Stadt Halle - 50 Exemplare
- zur Verteilung innerhalb der DDR durch EIGENFELD.

Zur Art und Weise liegen keine Angaben vor.

durchgeführte Maßnahmen:

- Durch staatliche Organe (Stellvertreter für Inneres des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Halle, Stellvertretender Oberbürgermeister für Inneres der Stadt Halle, amtierender Stadtrat für Kultur der Stadt Halle, Arbeitsbereichsleiter für Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Halle und Teilnahme des Leiters des Sekretariats des Staatssekretärs für Kirchenfragen) erfolgten wiederholt Gespräche und Belehrungen mit den jeweilig zuständigen kirchlichen Amtsträgern der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Oberkirchenrat SENS/Magdeburg, Oberkirchenrat MÖLLER/Magdeburg, Probet ABEL/Halle, Superintendent BUCHENAU/Halle, Pfarrer HANEWINCKEL/Halle sowie mit dem Dr. EIGENFELD, in denen sie nachdrücklich auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen hingewiesen wurden.

BSU

000628

3

- Belehrung des Superintendenten BUCHENAU durch den Staatsanwalt der Stadt Halle am 25. 11. 1988
- Belehrung des Dr. EIGENFELD durch die Abt. IX der BV Halle am 1. 12. 1988
- Einleitung eines Ordnungstrafverfahrens zu Dr. EIGENFELD am 14. 12. 1988 gem. § 4 Abs. 2 der Anordnung über das Genehmigungsverfahren zur Herstellung von Druck- und Vervielfältigungsarzneugnissen vom 20. 7. 1959 durch die Abt. Kultur des Rates der Stadt Halle
- Zuführung und Befragung des Dr. EIGENFELD und des an der Herstellung beteiligten Dr. [REDACTED] /Halle am 5. 1. 1989 durch die BV Halle, Abt. IX auf der Grundlage des VI-Gesetzes und Belehrung über die Ungesetzlichkeit der Herstellung sowie Sicherstellung der zur Herausgabe vorgesehenen [REDACTED] §. 4
- auspolitisch-operativen Gründen realisierte Versiedlungen (zur Verunsicherung/Zersetzung des [REDACTED] vorrangig aus Antragstellern auf ständige Ausreise [REDACTED] [REDACTED] Vorbereitungskreises).

KOPIE BSU

Bezirk Halle

1. Arbeitskreis "Frieden" der ESG Naumburg
2. Gesprächskreis "Junge Erwachsene" Wittenberg
3. "Friedensarbeitskreis" Merseburg

4. "Ökologische Arbeitsgruppe" des Kirchenkreises Halle
5. "Umwelt-Kreis" Weißenfels
6. Arbeitskreis "Ökologie" der ESG Naumburg
7. "Gruppe für Natur und Umwelt" Bitterfeld

8. "Friedens- und Umweltkreis" Quedlinburg

9. Vorbereitungskreis Nachtgebete Halle

10. Arbeitskreis "Christliche Frauen für den Frieden" Halle

11. Arbeitskreis "Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung" Halle

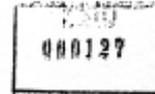
12. Basisgemeinde "Kirche von unten" Halle

KOPIE BSTU

Kopie BSTU
AR 6

„Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ (etwa Mai 1989, hier betr. Gruppen im Bezirk Halle), Quelle: BStU, MfS – BdL/Dok. 8935, T. I, Bl. 126f.

13. AKSK - Regionalgruppe Anhalt
14. AKSK - Regionalgruppe Zeitz
15. AKSK - Regionalgruppe Naumburg
16. AKSK - Regionalgruppe Weißenfels



17. "Montagskreis" Halle
18. "Freitagerrunde" Halle
19. "Gemeinde am Donnerstag" Weißenfels

Koordinierende und überörtliche Zusammenschlüsse

- Kirchliches Forschungsbüro Wittenberg (KFHW)

KOPIE BSTU

Dieser Übersicht – so erstellt für alle Bezirke in der DDR! – folgen die detaillierten Charakteristiken der aufgezählten Gruppen, wie auf den nächsten Seiten für die Ökologische Arbeitsgruppe wiedergegeben. Der Umfang der Broschüre läßt es nicht zu, hier weiter auszuholen. Aber um wenigstens einen ungefähren Eindruck von der Art des Gesamtmaterials zu vermitteln, in dem sogar Lesekreise bei Ute Lohse oder Bärbel Wege, hier als „Montagskreis“ bzw. „Freitagerrunde“, zu den negativ-feindlichen Personenzusammenschlüssen geschlagen werden, lassen wir deren Charakteristiken als Ausrisse folgen.

000134

"Ökologische Arbeitsgruppe" des Kirchenkreises Halle (ÖAG)

Die aus ca. 30 Mitgliedern bestehende "Ökologische Arbeitsgruppe" wurde im Oktober 1983 mit Zustimmung der Kirchenleitung gebildet und offiziell an den Kirchenkreis Halle angegliedert. Gegenwärtig strukturiert sich die "ÖAG" in die fünf Arbeitsgruppen "Blattwerk/Öffentlichkeitsarbeit", "Umweltbibliothek", "Stadtökologie", "Theorie und Ethik" und "Arbeitseinsätze". Auf der Grundlage eines 1984 herausgegebenen "Selbstverständigungspapiers" verfolgen die Organisatoren der ÖAG die Zielstellung, unter Berufung auf ökologische Probleme ein staatlich unabhängige, kirchlich orientierte Umweltschutzbewegung zu schaffen und mit einem geeigneten Potential in Opposition zu den staatlich und gesellschaftlich organisierten Umweltschutz stehenden Kräften zielgerichtet auf "Umweltschutzfördernde Maßnahmen" staatlicherseits einwirken zu nehmen.

Innerhalb der ÖAG existiert ein autonomer Teil, vertreten insbesondere durch AUGUSTIN, WASCHBISCHKA, REUTER und BAÜMGARTEN, der eine unabhängige Arbeitsweise ohne Einfluß der Kirchenleitung fordert und die ÖAG dahingehend zu beeinflussen versucht, über den kirchlichen Charakter und ökologisches Anliegen hinausgehende Probleme zu behandeln.

Neben den 14tägigen Zusammenkünften mit einem wechselnden Teilnehmerkreis bis zu 60 Personen bilden neben Diskussionen mit Angriffen gegen die Umwelt-, Ökologie- und Wirtschaftspolitik von Partei und Regierung die Organisierung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Handlungen, wie "Umweltwanderungen", Beteiligung an "Friedensdekaden" und Treffen kirchlicher Umweltgruppen, Eingabenaktionen und insbesondere die Eröffnung und Tätigkeit der "Umweltbibliothek" sowie die Herausgabe nichtlizenzierter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse Schwerpunkte der feindlich-negativen Aktivitäten. Von der ÖAG, die intensive Beziehungen zum "Netzwerk Arche" Berlin und zum Kirchlichen Forschungshelm Wittenberg unterhält,

„Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ (etwa Mai 1989, hier betr. ÖAG), Quelle: BStU, MfS – BdL/Dok. 8935, T. I, Bl. 134-136

bestehen durch die Organisatoren [REDACTED] und KUHN aktive postalische und zum Teil persönliche Verbindungen in das NSA, namentlich zum "Greenpeace"-Mitglied [REDACTED] (NL) sowie zu Vertretern der GRÖNEN der BRD, die vorwiegend zum Informationsaustausch genutzt werden.

Hauptaktivitäten

- Durchführung einer provokatorischen Wanderung durch die Dörlauer Heide und Erarbeitung einer von 100 Personen unterzeichneten Eingabe gegen Asphaltierungsarbeiten in der Heide an den Präsidenten der Volkskammer im Januar 1988
- Popularisierung des feindlich-negativen Papiers "Teilhabe statt Ausgrenzung" des [REDACTED], [REDACTED] während einer Veranstaltung der UAG im Mai 1988
- Durchführung eines demonstrativen Fahrradcorsoes "Aktion Mobil ohne Auto" durch die Dörlauer Heide im Juni 1988
- Herausgabe des nichtlizenzierten Druckerzeugnisses "Blattwerk" zum Kirchentag in Halle im Juni 1988 in einer Auflagehöhe von 1000 Exemplaren (wurden durch die DVP eingezogen)
- Eröffnung der "Umweltbibliothek" in der St. Georgengemeinde Halle durch die UAG im November 1988
- Beschluß zur Herausgabe eines neuen Informationspapiers anstelle der vom Stadtrat für Kultur untersagten Herausgabe des Druckerzeugnisses "Blattwerk" im November 1988
- Versendung eines von 256 Personen unterzeichneten Vorschlagskataloge der UAG mit Angriffen auf die staatliche Umweltpolitik an den Rat der Stadt Halle im Dezember 1988
- Beteiligung an "Solidaritätsaktionen" für inhaftierte feindliche Kräfte in der CSSR durch Unterzeichnung des Entwurfs zu einem "Aufruf zu einem DDR-weiten Aktionstag am 19. 3. 1989"

<u>Organisatoren</u>	
██████████, ██████████ (40) Halle ██████████	KUPPKE, Wolfgang (49) Halle Diplom-Ingenieur
SCHUSTER, Wolfgang (31) Halle Stationstechniker	KUHN, Christoph (37) Halle Augenoptiker/MLU Halle
HOFFMANN, Volker (36) Halle Diplom-Biochemiker	ENDER, Roberto (32) Halle Hausmeister/Paulusgemeinde Halle
WEILAND, Matthias (32) Halle Diplom-Geograf	
<u>Aktive Mitglieder</u>	
ROSENBAUM, Gabriele (37) Halle Tätigkeit nichtbekannt	██████████, ██████████ (35) Halle
SELL, Heike (27) Halle Bauzeichner	AUGUSTIN, Matthias (28) Halle Betriebschlosser/MLU Halle
WASCHITSCHKA, Matthias (24) Halle Bibliotheksfacharbeiter	REUTER, Carsten
BAUMGARTEN, Andreas	

S. 45: „Auskünfte zu Personenzusammenschlüssen“ (betr. „Montagskreis“, „Freitagsrunde“), Quelle: BStU, MfS – BdL/Dok. 8935, T. I, Bl. 157f. (nebenstehende Faksimiles).

Die hauptsächlich Beteiligten dieser regelmäßigen Treffen zu Hause bei Ute Lohse bzw. Bärbel Wege sind seit Jahrzehnten miteinander vertraut; die „Freitagsrunde“ hat ihre Wurzeln im wöchentlichen Lesekreis bei Peter Bohley (vgl. „Zur Aktenlage“, Berg/Cyranka 1992)

"Montagskreis" Halle

Der aus 10 bis 15 Angehörigen der medizinischen und künstlerischen Intelligenz bestehende "Montagskreis" bildete sich ca. Mitte der 80er Jahre heraus, führte anfangs unregelmäßige und in der Folgezeit dann bis Oktober 1988 kontinuierliche Zusammenkünfte durch. Im Rahmen des "Montagskreises" wurde in der DDR nicht verlegte sowie DDR-Literatur mit gesellschaftskritischem Interpretationsgehalt gelesen, diskutiert und ein teilweiser Informationsaustausch über Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte vorgenommen. Geführte Auseinandersetzungen und gezielte Einflußnahme gesellschaftlicher Kräfte innerhalb des Verbandes bildender Künstler wirkten sich destabilisierend auf die Lesekreisaktivität aus und führte 1987/88 zu einem Interessensabgleich des Lesekreis-Teilnehmer und im Oktober 1988 wurde durch die LOHSE die Lesekreisaktivität vorläufig eingestellt.

"Freitagsrunde" Halle

Bei der "Freitagsrunde" handelt es sich ursprünglich um einen durch Peter BOHLEY organisierten Zusammenschluß von feindlich-negativen Personen der politischen Untergrundtätigkeit, der sich nach der Übersiedlung des BOHLEY in die BRD zu einem weniger relevanten Zusammenschluß wandelte. Einmal wöchentlich werden sogenannte Lesabende durchgeführt, an denen bis zu 12 Personen, die Angehörige der medizinischen und künstlerischen Intelligenz sind, teilnehmen. Teilnehmer der "Freitagsrunde" sind Mitglieder des Ärztekreis-Gruppens "Christliche Mediziner in sozialer Verantwortung" Halle. Ein Zusammenwirken mit feindlich-negativen Kräften des sozialistischen und nichtsozialistischen Auslandes ist nicht vorhanden. Es bestehen aber seitens der Mitglieder, die im Ärztekreis integriert sind, Kontakte zu feindlich-negativen Kräften im nichtsozialistischen Ausland und innerhalb der DDR. Die Aktivitäten der "Freitagsrunde" beschränken sich gegenwärtig auf die Zuführung von teilweise operativ-relevanten Erscheinungen getretener Personen im Rahmen von Lesungen und Diskussionsrunden, ohne derzeit erkennbar Zielvorgabe. Operativ-bedeutsame Aktivitäten gingen bisher von der "Freitagsrunde" nicht aus.

Im Vergleich für die gesamte DDR sind in diesen Gesamtbilanzen des MfS aus ihrem Berliner „Büro der Leitung“ (vgl. S. 32f.) Auflagenhöhe (bis zu 2000, „Arche Nova“, Berlin) und Umfang (bis zu 100 S., „Aufrisse“, Berlin) der erfaßten Untergrundzeitschriften festgehalten, die Aufmerksamkeit, die sie in westlichen Medien fanden und daß „seit Mitte des Jahres 1988 zur Herstellung der ‚Umweltblätter‘ (Berlin) Computertechnik eingesetzt“ wurde. Von der Abonnentenkartei des Kirchlichen Forschungsheimes Wittenberg war der Stasi bekannt, daß sie 1200 Adressen umfaßte.* Das „Blattwerk“ lag da im guten Mittelfeld (vgl. S. 22).

Im guten Mittelfeld lag auch der Erfindungsreichtum der Mitglieder der ÖAG in Bezug auf öffentlichkeitswirksame Aktionen, denn – wie bereits zur Kommunalwahl im Mai – wurden *überall in der DDR* geeignete Anlässe wie der internationale Umwelttag usw. wirksam gestaltet, d. h. mehr oder weniger provokativ genutzt, um Proteste zu artikulieren. Die flächendeckende Spontaneität war signifikant wirksamer als die sogenannte flächendeckende Überwachung durch die Stasi, und das ist mit Sicherheit einer der Gründe dafür, daß dieser Apparat bei aller Aufgeblätheit das Aufbegehren nicht mehr in den Griff bekommen konnte – vor allem, weil Stasi-Denken mit landesweiter Spontaneität nicht vereinbar war. Der Mielke-Apparat suchte nach Klassenkampfmentalität der 30er Jahre Köpfe einer „Bewegung“, die er rollen lassen konnte, und scheiterte nicht zuletzt daran, daß nur in den wenigsten Fällen „Rädelsführer“ auszumachen waren bzw. daß die Ideen wie Pilze aus dem Boden schossen.

In Leipzig wurde für den 4. Juni 1989 anläßlich des Umwelttages am folgenden Montag ein „Pleißepilgerweg“ geplant, der „beispielhaft auf die Umweltsituation in der Stadt aufmerksam machen“ sollte, aber gleichzeitig „die politische Botschaft“ trug, „daß die Probleme des real existierenden Sozialismus nicht weiter unter Verschuß gehalten werden können“.** „Wenige Tage vor dem 4. Juni wurde er von den staatlichen Stellen mit der Begründung verboten, daß die Veranstalter die Teilnehmerzahl nicht genau vorherbestimmen könnten und da schon im Vorfeld zum Pilgerweg

* Info 168/89. BStU, MfS – BdL/Dok. 8933, S. 4ff.

** Hollitzer 1999, S. 35

eingeladen worden war.“ Der Vorbereitungskreis hatte eben versucht, „den Pilgerweg als kirchliche Veranstaltung“ anzumelden. Trotzdem fanden die Gottesdienste statt und die Sicherheitskräfte schlugen kräftig zu, insgesamt 83 Personen wurden „zugeführt“, die meisten, als sie „den verbotenen Weg entlang der Pleiße gehen wollten“.

Die Hallenser, die am Weltumweltag auch etwas machen wollten, dürften von diesen Vorgängen in Leipzig wenig mitbekommen haben. Sie hatten mit ihrem eigenen Kram zu tun. Das war aufwendig genug. Eine offizielle Anmeldung kam für sie sowieso nicht in Betracht.

In historischen Werken über jene Zeit wird derartiges bestenfalls gestreift,* weil es darin ums Ganze geht. Und das ist wichtig genug. Aber das Ganze bestand, wie immer, aus winzigen konkreten Teilen. Und sobald man darauf zu sprechen kommt, also auf Menschen, haben alle eigene Vorstellungen, die sich nicht allein in „Politische Differenzen in der Opposition“ klassifizieren lassen – das natürlich auch** –, sondern die von ganz individuellen Befindlichkeiten geprägt sind zwischen Hoffen und Befürchten, Vorsicht und Abenteuerlust, etwas tun wollen und auch Angst vor den Folgen. Die einen gaben sich lieber besonnen, andere gern als Draufgänger. Von den unterschiedlich starken Neigungen, am eigenen Profil zu arbeiten, ganz abgesehen.

Auch heute noch besteht Wolfgang Kupke darauf, daß es ihm nicht um eine Provokation ging, als er Monate vorher in einer Versammlung der Ökologischen Arbeitsgruppe den Gedanken äußerte, am Weltumweltag eine Angelaktion zu veranstalten. Das sollte strikt im legalen Rahmen ablaufen. Bei einigen der Mitstreiter fiel diese Idee auf doppelten Boden. Es reifte in ein paar Köpfen der Plan, den Staat vorzuführen und die Stasi auszutricksen.

* Vgl. „Strukturen und Aktionen“, Neubert 1997, S. 746–748

** Vgl. dazu Neubert 1997, Kap. 93: „Orientierungen, Fraktionen und Differenzierungskämpfe“ (S. 720ff.)

Wolfgang Kupkes eigener Bericht dazu (von 1999):

„Ich habe immer versucht, mit legalen Mitteln auf Mißstände in der DDR hinzuweisen und Veränderungen zu erreichen. Eine Überwindung des gesellschaftlichen Systems schien mir unmöglich. Angesichts rumänischer Verhältnisse, wo große Armut unter dem kommunistischen Führer Ceaucescu herrschte, dachte ich, daß wir erst alle noch ‚Gras fressen würden‘, ehe das SED-System in der DDR zusammenbrechen würde. Und so weit war es ja, wie es schien, noch lange nicht.

Illegale Mittel hätten mit Sicherheit zur Verhaftung geführt, in günstigen Fällen zu schneller Ausweisung aus der DDR.

Ich vertraute auch in – aus heutiger Sicht naiver Weise – auf die von der evangelischen Kirchenleitung verfolgte Linie ‚Vertrauen wagen‘. Das war auch das Motto des evangelischen Kirchentages in Eisleben im Lutherjahr 1983. Eine sich öffnende Faust streckte sich auf dem Kirchentagsplakat symbolisch dem Gegener (SED) entgegen.

Deshalb sann ich stets auf Ideen, im Rahmen der Gesetze vorzugehen. Als der Umwelttag 1989 heranrückte, waren wieder solche Ideen gefragt.

Ich weiß nicht mehr, wie ich auf die Idee kam, in der Saale demonstrativ zu angeln, aber die Idee wurde sofort aufgegriffen. In der schmutzigen und chemisch verseuchten Saale angelte ja niemand. Angeln am Saaleufer würde sofort auffallen.

Während mir schon etwas mulmig wurde vor den nicht genau vorher-sagbaren Folgen, ging Watschel mit anderen an die Durchführung des Plans. Um der Polizei keinen Vorwand wegen Angelns ohne Angelschein zu geben, hatte ich erkundet, wo es diese Scheine gibt und die ‚Angler‘ gebeten, sich einen zu besorgen. An diese Absicherungstaktik haben sich die jugendlichen Angler aber nicht gehalten. [...]“

Weltumwelttag 5. Juni 1989

Wie ein paar Leute die Staatsmacht an der Nase herumführten

(F) Akten und Hintergründe

Einen ersten oberflächlichen Eindruck vom „Schauangeln“ an der Saale vermitteln schon die einleitenden Fotos und die Erinnerungen bzw. damaligen erzwungenen Protokollaussagen von Johanna Kinzel (S. 7–17). Die wenigsten der frohgemut gegen Umweltverschmutzung Protestierenden an jenem sonnigen Montagnachmittag waren in die gesamte Planung dieser Aktionen eingeweiht. Ja, Johanna hatte recht und mußte bei dem Verhör nicht einmal lügen, die meisten wußten nicht, daß parallel zum öffentlich bekannt gemachten „Schauangeln“ an der Giebichensteinbrücke, das man ja fast noch als Scherz hätte abtun können, eine zweite Aktion im Gange war, und zwar eine viel öffentlichkeitswirksamere an einem anderen Ende der Stadt, in der Hoffnung, die Stasi würde sich auf Kröllwitz konzentrieren, und den Akteuren an der Mansfelder Brücke bliebe genug Zeit, ihr viel aufwendigeres Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Apropos „Scherz“ und „frohgemut“: Allen Beteiligten beim „Schauangeln“ war durch die Diskussionen in der ÖAG klar, daß mit polizeilicher Konfrontation zu rechnen war. Wolfgang Kupke wollte die Teilnehmer ja sogar überzeugen, sich vom Anglerverband Angelscheine zu besorgen. Er vermutete, die Polizei könnte allein wegen Angelns ohne Angelschein einschreiten und Ordnungsstrafen verhängen. Allerdings hat niemand diesen Rat befolgt, sondern lieber Angeln ohne Haken mitgebracht, soweit sie nicht ohnehin einen Angelschein hatten. Frank Eigenfeld löste das Problem mit einem großen Fleischerhaken an signalfarbiger Stange; Badeentchen und Plasteflaschen wurden daran fleißig ins schmutzig schwarze Saalewasser geditscht, und die erste Viertelstunde sah es doch aus wie ein Familienfest oder Picknick. Die Stimmung war fast danach, zumal die Staatsmacht, mit deren Auftritt nach den wochenlangen hitzigen Diskussionen fest gerechnet wurde, auf sich warten ließ. Oder hatten wir die Stasi und ihre in der Gruppe vermuteten Spitzel überschätzt?

Wahrscheinlich. Der erste IM-Bericht dazu stammt erst vom Tag danach (s. S. 85). Offensichtlich war – trotz aller Werbung und Aufforderung zum Mitmachen – kein einziger IM zum „Schauangeln“ erschienen. Erst am nächsten Tag erfuhr ein ganz Außenstehender gesprächsweise von den gelungenen Aktionen und konnte seinem Führungsoffizier nur noch berichten, daß die Aktion „sehr geschickt gemacht“ war.*

Für den Fotografen gab es eigentlich nichts Richtiges mehr zu tun. Er schaute schon gelangweilt durchs Objektiv ans andere Ufer, um nicht alle Filme fürs Familienalbum zu verschießen. Übrigens hatten die Organisatoren zwei gebeten, einer spazierte offen unter den Anglern, wie fürs Familienalbum, der zweite hatte sich am gegenüberliegenden Ufer im Gebüsch versteckt, sozusagen als Sicherheitsfotograf, bewaffnet mit Teleskopoptik, um für den Fall aller Fälle wenigstens das Geschehen von Ferne beweisen zu können (vgl. Abb. 5).

Nach allem, was wir heute wissen – in den Stasi-Akten findet sich kein Hinweis auf die Vorbereitungen – hätten wir möglicherweise noch den ganzen Nachmittag leere Blechbüchsen, Stiefel und anderen Kram in der Saale baden können und nicht viel mehr als unseren Spaß dabei gehabt, wenn nicht am anderen Ufer, genau gegenüber, in der Sindermann-Villa auch gerade eine Fete gelaufen wäre, mit einer feschen Jagdhorncombo im Freien, adrett im Waidmannskostüm, die uns immerhin was zu lachen gab. Vielleicht haben wenigstens die uns bemerkt und schnell mal ihre Genossen angerufen. Denn Spaziergänger waren kaum unterwegs; eigentlich hatten wir damit gerechnet, daß die Polizei schon am Einsatzort auf uns lauerte.

Das klingt heute vielleicht kaum überzeugend. Aber Willi Kupke hat das sicher auch so gesehen, denn er zog es vor, der Aktion fern zu bleiben. „Als ich von der Arbeit mit dem Trabi nach Hause fuhr, kam ich im Amselgrund an den Anglern vorbei; ich sah eine größere Gruppe und hatte

* Mündlicher Bericht des IMS „Anders“ (damaliger Arbeitskollege von Andreas Baumgartner) vom 6. 6. 1989; in BStU, BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 11f.

Angst vor der eigenen Courage bekommen, habe nicht angehalten und bin auch nicht später hingegangen“, gesteht er heute tapfer ein. Jedenfalls wollte er nicht wegen so einer Sache Knast riskieren. Damals hat vielleicht niemand richtig mitbekommen, daß er gar nicht dabei war. Zumal einige andere der zuverlässig gestandenen Aktiven der ÖAG, die bei den Vorbereitungen eifrig mitmischten, auch erst eine Viertelstunde nach 17 Uhr am Ort des Geschehens eintrafen. Doch das hatte einen anderen Grund.

— — —

Moment mal. Da die Filme auf wundersame Weise doch nicht im Polizeigewahrsam landeten, können wir für einen Augenblick zu einer Art Live-Berichterstattung übergehen.

Ob es Zufall war, daß der Fotograf sich gerade in gebührender Entfernung befand, um noch ein letztes Gruppenbild zu schießen, oder ob einer der Nachzügler ihm bereits etwas gesteckt hatte, Mattjes zum Beispiel, weiß er heute nicht mehr. Es wäre zu kühn zu behaupten, er hätte eine anrückende grüne Minna rechtzeitig gesehen, um ihr entgegen zu gehen. Ein vernünftiger Fotograf hätte sich dann ja in die entgegengesetzte Richtung abgesetzt. Bleibt nur die Feststellung, er stand genau dort, wo die beiden Einsatzwagen stoppten, mitten auf dem grünen Rasen.

Ein beherzter Fotograf hätte vielleicht die Kamera herumgerissen und so noch ein brillantes Foto von den energisch aussteigenden Volkspolizisten bekommen, wie sie, mit strengem Blick auf das offensichtliche Vorkommnis, ihre Koppel richten und entschlossen losmarschieren. Nein, das tut er nicht. Dazu ist er zu feige. Als könnte er hoffen, daß der Kelch an ihm vorübergeht, bleibt er wie angewurzelt und wartet ab. Er wagt nicht einmal, den Finger vom Auslöser zu nehmen. Nicht bewegen, Totstellen, Mimikry oder so was Ähnliches. Das Denken ist ihm sowieso erstarrt in dem Moment. Es gibt keinen Ausweg. Nur der Finger bewegt sich ab und zu, weil – soweit kennt er das kleine japanische Gerät an seiner Seite – dadurch nur so bescheidene Geräusche ausgelöst werden, daß sie schon in ein, zwei Meter Entfernung nicht mehr wahrzunehmen sind, schon gar nicht von den auf die Gruppe losgehenden Polizisten, die die sichtbare Provokation und das vermaledeite Transparent ins Visier genommen haben.



Abb. 7

Nur einer bleibt bei den Wagen. Das weiß der Fotograf, ohne sich umzudrehen. – (Nach geringer Weile die Aufforderung:) „Machen Sie den Apparat zu.“ (Aha, gehört hat er nichts, aber endlich gesehen.) Der Fotograf folgt dem Wunsch. „Natürlich.“ (Fast, als möchte er ein Versehen entschuldigen.) – (Pause. War schon bemerkenswert. Die Luftröhre wird eng.) – „Geben Sie mir bitte den Fotoapparat.“ „Tut mir leid, das geht nicht, es ist ein japanisches Modell, das läßt sich nicht normal öffnen.“ „Nachher kommen Spezialisten, die können das schon.“ (Der Polizist gewinnt offensichtlich Oberwasser.) „Ja, sicher, aber ich muß schon dabei sein, wenn der Apparat geöffnet wird, sonst geht er kaputt.“ – (Pause. Lange Pause. Unklar, wie man einen solchen Dialog führen kann, ohne das Gesicht dem anderen zuzuwenden.) – „Sie haben Recht, ist ja Ihr Eigentum.“

(Die Erinnerung ist authentisch, versichert der Fotograf heute; die Worte können in Nuancen andere gewesen sein.)

Abb. 7 – 9: Die Volkspolizei rückt an und kontrolliert die Ausweise. Nur den einige Meter abseits stehenden Fotograf vergaß die Polizei zu kontrollieren. Möglich, daß der Polizist, der neben ihm stehen geblieben war, glaubte, er wäre der Reporter von der „Firma“. An den



Abb. 8



Abb. 9

folgenden Tagen wurden alle – nur die Kinder wurden ausgelassen – zur „Befragung“ ins Revier bestellt. Auf die Frage: „Wer war das eigentlich, der da fotografiert hat?“ sagte Thea Ilse schlagfertig: „Ich dachte, der war von Ihnen.“ Haben wir gelacht!

Durch! begreift er. Unglaublich. Äußerlich unverändert, gewinnt in ihm ein Gefühl die Oberhand, als hätte er sich eben minutenlang durch eine Sandlawine gefressen. Und ist durch! Der Fotograf ahnt seine Erregung, bewegt sich nicht, tut so, als könnte er es sich nicht anmerken lassen.

Irgendwas wird der Polizist anschließend gemacht haben, vielleicht ist er zu einem der Wagen gegangen. Der Fotograf weiß es nicht mehr. Vielleicht hatte er, ohne es zu wissen, irgendein Codewort benutzt, mit dem als Zivilisten getarnte Stasi-Leute sich der VP gegenüber zu erkennen geben? Alles egal. Nur noch die Gruppe im Visier und im weit gespannten Augenwinkel den Polizisten, alle Polizisten, die fast fertig sind mit der Ausweiskontrolle am Tatort, und nur noch einen Gedanken im Kopf: einen Weg suchen. Langsam schlendert er an den letzten Ausweiskontrollen vorbei, ganz so, als wäre er bereits kontrolliert, zu denen, die es längst hinter sich hatten, also Mattjes, der schon wieder fröhlich auf die Saale blickt. Wahrscheinlich weiß der Fotograf noch gar nicht, warum der frohlockt bzw. woher er kam. Er hat nur eine fixe Idee: Film wechseln! Mattjes kapiert; in der Deckung seines Rückens zurückspulen; Film raus – zum ersten Mal in seinem Leben fällt ihm vor Aufregung die Dose aus der Hand. Mattjes lächelt. Der Film verschwindet im kleinen Rucksack seines dreijährigen Töchterchens. Die stapft unbeschwert davon. Ist ja Familienfest.

Schlagartig verläßt den Fotografen das Zittern aus den plötzlich sehr weichen Knien. Mit einem unbelichteten Film in der Kamera lebt sich unbeschwert. Er mischt sich – aufatmend – unter die Gruppe. Dort sind die Ausweise alle kontrolliert, nun gehts ans Eingemachte. Der Aufforderung der Polizei, das Plakat einzurollen, folgt nichts. Schweigen. Nicht einmal Proteste. Die Bullen müssen es selber machen. Da der kleine japanische Begleiter immer noch unkonfisziert an der Hüfte hängt, bewegt sich der Finger einfach mit. Ganz ohne Aufregung, denn nun kann sowieso nichts mehr passieren. Die sind beschäftigt.

Aber wieso hat Mattjes gelächelt?

Abb. 10 – 12 (S. 55f.): Der Aufforderung, das Transparent „Wir wollen nicht mehr im Trüben Fischen!“ einzurollen, folgte niemand. Die Polizisten mußten es wohl oder übel selber machen.



Abb. 10



Abb. 11



Die meisten wußten inzwischen, was am anderen Ort gelungen war. Ziel erreicht (s. Abb. 13). Das Alibi für die Aktion an der Mansfelder Brücke war perfekt. Die vier, die dort das 30 Meter lange Transparent angebracht haben, sind hier in Kröllwitz an der Saale von der Polizei selbst aktenkundig festgestellt worden. Im Vordergrund von Foto 9 steckt sich Karsten Reuter seelenruhig eine Zigarette an, schnell genug zur Saale geradelt, um sich beim Schauangeln fürs Alibi den Ausweis kontrollieren zu lassen, wie die anderen. Wie sollten sie gleichzeitig für die Ordnungswidrigkeit an der Mansfelder Brücke verantwortlich gemacht werden können? – Watschel riet zur Vorsicht: Nun bloß nicht aus lauter Neugier zur Mansfelder Straße fahren und dort doch noch erwischt oder in der Nähe registriert werden!

Einer, der dabei war, hat die ganze Story aufgeschrieben und dabei etwas weiter ausgeholt. Zeitzeugenbericht, mehr ist das Ganze nicht – aber auch nicht weniger.



Abb. 13

„In Vorbereitung des Weltumwelttages am 5. 6.1989 wollte die ÖAG eine öffentlichkeitswirksame Aktion durchführen.

Ca. 1 bis 2 Monate vorher wurde die Idee von Wolfgang Kupke geboren und in ÖAG-Sitzungen offen geplant. Die Intentionen in der Gruppe reichten von echter Angelfreude bis zur bloßen Provokation der Macht. Es galt als sicher, daß sich die ÖAG und Sympathisanten in Gruppenstärke (10 bis 20 Personen) zur Rush-hour an der Kröllwitzer Brücke einfinden würden. Ebenso gingen wir von einem Auftritt der Staatsmacht in unserer Angelshow aus.

Weil das Rollenspiel so zu simpel seinen Lauf nehmen würde, planten einige Freunde von Matthias Augustin eine zusätzliche Aktion. Ziel war es, möglichst zeitgleich zur Angelaktion an einer stark frequentierten Brücke in der Innenstadt ein Spruchband anlässlich des weltweiten Tages der Umwelt anzubringen. In der Ahnung, daß die ÖAG von der Stasi mit Spitzeln durchsetzt war, sollte diese Aktion geheim gehalten werden und unbedingt gelingen, um Horch und Guck auszutricksen.

Die Herstellung des Spruchbandes war aufgrund der Größe von ca. 35 m schwierig. Noch am Vorabend wurde in der Klausbergstr. 1 genäht, beschriftet und getrocknet.



Da mein Beitrag mir zu wenig erschien, malte ich zusätzlich zum Spruchband auf Stoff einen 2 x 3 m großen blauen Umweltengel.

Die Durchführung, der Transport, das benötigte Werkzeug etc. wurden exakt geplant.

Die Abfahrt erfolgte mit meinen VW Käfer und einer Babybadewanne voll Spruchband ca. 15.30 Uhr in der Klausbergstraße zum Parkplatz des Centrumkaufhauses am Holzplatz. Am Holzplatz warteten Matthias Augustin, Karsten Reuter und Karsten Waschitschka.

Einer hatte Bauarbeiterhelme mitgebracht. Als „Brückenreparaturbrigade“ getarnt, konnten Spruchband und Engel unbehelligt ca. 20 min lang aufgehängt werden. Die öffentlichkeitswirksame Aktion hatte einen Hauch von Greenpeace ...

Für Verwirrung sorgte ein in unmittelbarer Nähe haltender 600er Trabi. Der Trabi hatte offensichtlich auf der stark befahrenen Auffahrt zur Magistrale eine Panne und ganz sicher nichts mit unserer Aktion zu tun. Als das Transparent angebracht war, kam ein junger Polizist auf die Brücke. Ich rief sofort in Richtung Pannen-Trabi: „Haut ab“! Der



ohnehin unsicher wirkende Polizist schritt zum Trabi. Als er in meiner Nähe war, sprach ich ein paar englische Vokabeln, wie z. B. „ready“. Das verwirrte ihn noch mehr. So gingen wir in aller Ruhe an den Polizisten (3 bis 4) vorbei zum Parkplatz. Laut Stasi-Akten hatte ich offenbar den gleichen Parkplatz wie ein Polizei-LKW gewählt. Dabei wurden wir nicht angesprochen oder aufgehalten. Die Darstellung der von der Stasi befragten Polizisten, daß wir ‚flüchteten‘ ist falsch. [Man betrachte zu dieser Selbstrechtfertigung der Polizei in Ruhe die Abb. 25–28; d. Red.] In Freude über die gelungene Aktion fuhr ich mit Mattjes Augustin über den Glauchaer Platz nochmal zum Ort des Geschehens. Die Polizei war noch mit dem Pannen-Trabi beschäftigt, und es hatte sich ein kleiner Stau aufgrund des Ereignisses gebildet. Unerkannt fuhren wir direkt an der Polizei vorbei zum Kreuzvorwerk. Höchstens 15 min später saßen wir bei den Anglern an der Kröllwitzer Brücke.“

(Erinnerungsbericht Wolfgang Schuster)



Abb. 17



Abb. 18

Der harte Kern der ÖAG hatte insgesamt drei Fotografen bestellt, zwei für das „Schauangeln“ an der Kröllwitzer Brücke und einen in einem Abrißhaus mit guter Optik zur Mansfelder Brücke, unentdeckbar für Polizei und jedwede Spitzel. Es sollte einfach einmal nicht umsonst sein.

Das ca. 30 Meter lange Transparent herzustellen, war keine Kleinigkeit. Das ging alles andere als professionell. Im winzigen Häuschen von Marion und Mattjes Augustin Buchstabe für Buchstabe auf zusammengestoppelte Sackleinen gesetzt, denn so klein der Hof war, er war wenigstens von Fremden nicht einzusehen. Dann regnete es auch noch, und das Zeug konnte nicht mal trocknen. Also schleppten sie es auf den Boden, aber wer den kennt und weiß, wie winzig der ist und welche Wendeltreppe da hinaufführt, begreift, was das für ein Chaos war.

Und dann die Logistik. Wie lange würden sie brauchen, um das ganze Transparent an der Brücke ordentlich mit Draht zu befestigen? Es wurde im Probelauf zu Hause geübt, vielleicht am Treppengeländer. Ganz schön



Abb. 19



Abb. 20

ne Arbeit, ihr Mitstreiter, und die andern dachten, es geht nur ums Schaulaufen! Und wie könnte es gelingen, fünf oder zehn Minuten lang am Tatort inmitten öffentlichen Straßenverkehrs zu arbeiten, ohne gleich erwischt zu werden? Getarnt als Bauarbeiter. Okay. Aber woher Bauarbeiterhelme nehmen?

Abb. 13 – 20 (S. 57–61): Vier Mitglieder der ÖAG bringen ein Transparent mit dem Spruch „Wir haben diese Erde nicht geerbt, sondern von unseren Kindern geliehen“ und ein Plakat mit dem blauen Umweltengel an der Hochstraßenbrücke nach Halle-Neustadt an, weithin sichtbar von der vielbegangenen Mansfelder Straße aus (geheimgehaltene Aktion der ÖAG zum Weltumwelttag, 5. Juni 1989). – Die Akteure hatten sich als Bauarbeiter verkleidet, um möglichst lange ungestört im Straßenverkehr agieren zu können. Was auch gelang! Vgl. dazu die Beschreibung der Aktion aus der Erinnerung von Wolfgang Schuster S. 57–59. – Im chronologischen „Filmablauf“ gehört Abb. 13 nach Abb. 21. – Auf Abb. 20 sieht man den zufällig am Ereignisort stehen gebliebenen Trabant, dessen Insassen von der Polizei als „Verdächtige“ kontrolliert und später vergeblich auszuquetscht wurden (s. S. 63 und 85); hier öffnen sie gerade ihren Kofferraum wegen einer Panne, während die „Bauarbeiter“ schon fast fertig sind mit ihrer Aktion.



Abb. 21, 22: Als Transparent und Umweltengel fast vollständig angeknüppert und weithin sichtbar sind, erklimmt der erste von drei etwas unschlüssigen Polizisten doch mal die Böschung.



Abb. 23, 24: Die Polizisten knöpfen sich erst mal die Trabantfahrer vor, während die Richtigen, also die falschen Bauarbeiter, ihr glücklich vollbrachtes Werk verlassen (vgl. dazu den Zeitzeugenbericht S. 59).



Abb. 25



Abb. 26

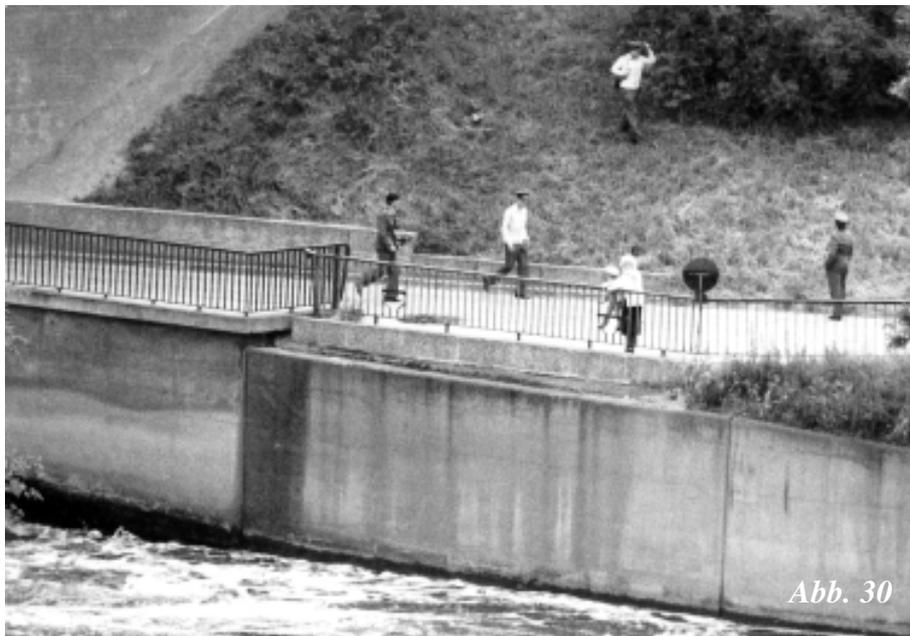
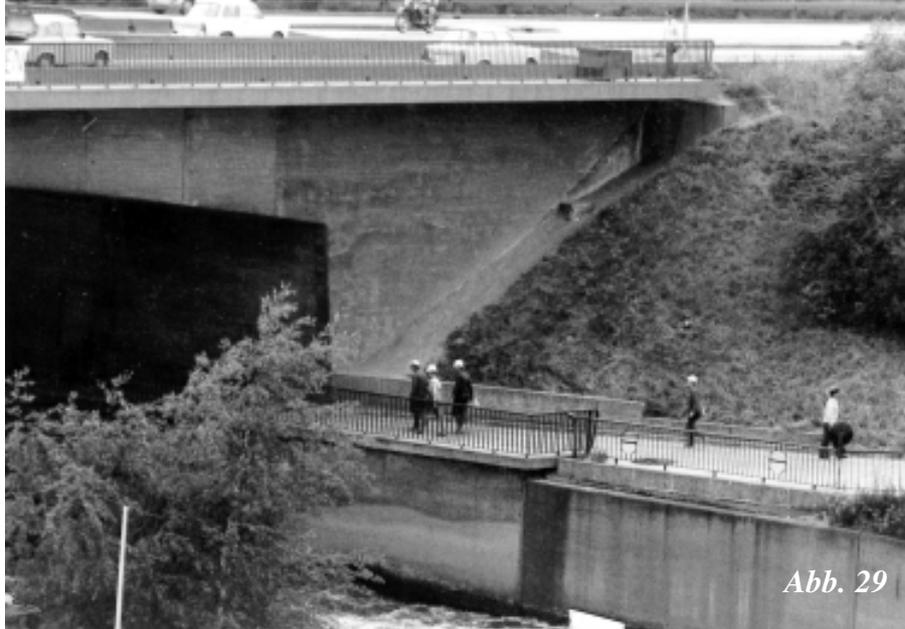


Abb. 27



Abb. 28

Abb. 25–30: Die Täter „flüchteten“, gab ein Polizist später zu Protokoll. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Beide Parteien sind anscheinend zufrieden, Polizei wie „Bauarbeiter“: Die



Polizisten hatten ihre Verdächtigen (die Trabi-Besatzung) – und das Spruchband prangte an der Brücke, weithin zu sehen vom CENTRUM-Warenhaus (heute Karstadt) (Abb. 13).

Die Ermittlungen der Stasi („Untersuchungsorgan des MfS“)

Zuführungen

Die „Befragungsprotokolle“ der Stasi, aufgenommen an den folgenden Tagen, geben auch Aufschluß über Details zu den eben aufgeworfenen Fragen der raffinierten Vorbereitung, denn es wurde schließlich – obwohl wegen des wunderbaren Alibis, zum Tatzeitpunkt an der Kröllwitzer Brücke polizeilich registriert zu sein, eigentlich nichts beweisbar war – alles gestanden. Aber nicht *wegen* der Stasiermittlungen, sondern *trotzdem*. Feige waren die „Täter“ nicht.

Muß man alle diese Protokolle lesen, begreift man, daß dieser angeblich „beste Geheimdienst der Welt“ (wie oft aus der „Vogelperspektive“ beweihräuchert) inzwischen, also 1989, nur noch ein sehr durchschnittliches Ermittlungsinstrument gewesen ist, das allerdings die Betroffenen stunden- und tagelang genervt hat. Selbstbeschäftigung einer Firma, die ihre Überflüssigkeit nur noch nicht zur Kenntnis nahm. Verfilmt als „Tator“ oder eine andere beliebige Fernsehserie, würden die Einschaltquoten auf Null sinken. Deshalb folgen hier nur die Auszüge und Erinnerungen, soweit sie das bereits Geschilderte bebildern.

„Zugeführt“ wurde an den folgenden Tagen, sowohl demonstrativ „mit harter Hand“ als auch butterweich. Matthias Waschitschka, von zu Hause abgeholt, durfte nicht einmal mehr bei seiner Arbeitsstelle Bescheid sagen, Wofgang Schuster dagegen konnte die Beamten am 8. Juni – tags zuvor hatten sie ihn nicht erwischt – noch eine halbe Stunde hinhalten:

„Gegen 8.00 Uhr erschienen zwei 35- bis 40jährige Männer in meinem Betrieb. Sie gaben sich als Polizei aus und baten mich zur Klärung eines Sachverhaltes mitzukommen. Da das Betriebsgelände des VEB Tierzucht in verschiedene Seuchenschutz-zonen geteilt war, verwies ich sie als erstes hinter die Schranke zwischen Zone I und II. An dieser Schranke versuchte ich zu verhandeln und Fragen über Grund und Ziel des ‚... mal Mitkommen‘ zu klären. Diesbezüglich wurde von den beiden nichts Konkretes gesagt und sie beharrten auf ihrem Auftrag, mich

mitzunehmen. Mein Verhandlungserfolg bestand lediglich darin, etwas Zeit geschunden zu haben. Ich diktierte förmlich die weitere Verfahrensweise wie folgt:

- erstens werde ich wegen der Seuchengefahr duschen und die Kleidung wechseln,
- zweitens muß ich auf Toilette,
- drittens sind noch meine Tiere zu Hause zu versorgen.

Dieses wurde akzeptiert, und wir vereinbarten, uns an meiner Wohnung nach einer halben Stunde wiederzutreffen. In dieser Phase ging ich entsprechend dem mehrfach in der Theorie besprochenen Verhaltensmuster vor. So informierte ich Pfarrer Orland. Ich erzählte allen Arbeitskollegen, daß die Stasi mich abholt. Vorsorglich hatte ich den Gesetzestext über Zuführung § 12 bei mir. Meine Gefühle in diesen Minuten reichten von Angst bis zu dem Bedürfnis, denen endlich mal meine Meinung sagen zu können. Der Gedanke/Mut, die Stasileute zu ignorieren und mich nicht zur vereinbarten Zeit einzufinden, war nie vorhanden. Pünktlich traf ich an meiner Wohnungstür auf die beiden namen- und ausdruckslosen Typen. Unter deren argwöhnischen Augen fütterte ich noch in aller Ruhe Kaninchen, Meerschweinchen und Hühner. Mit keiner Silbe forderten sie mich auf, das provokant langsame Tempo meiner Verrichtungen zu ändern. Seltsamerweise beunruhigte mich dieses Verhalten der Stasischergen. So kam es, daß ich nichts mehr zu tun hatte und die Herren fragte, wie es denn nun weiter geht? Sie geleiteten mich zu einem Trabant (Limousine), wo ich auf der Rückbank Platz nehmen mußte. Während der Fahrt stellte ich die Frage, ob das eine Zuführung ist. Als ein klares JA kam, kramte ich sofort mein zusammengefaltetes Gesetzblatt heraus. Mit meinem Personalausweis in der Hand wedelnd, las ich aus dem Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 11. Juni 1968 den § 12 Abs. 2 vor. Hier hieß es wörtlich:

„Können Personalien nicht an Ort und Stelle zweifelsfrei festgestellt werden, ist eine Zuführung zulässig. Sie ist auch zulässig, wenn es zur Klärung eines die öffentliche Ordnung und Sicherheit erheblich gefährdenden Sachverhaltes unumgänglich ist.“

Meinen Rückfragen, ob Zweifel an meiner Identität bestehen oder von mir Gefahr ausgehe, wurde vehement mit SELBSTVERSTÄNDLICH NEIN begegnet.

Mein innerer Aufschrei nach Rechtsstaatlichkeit endete in der kläglich verbal formulierten Feststellung, daß eigentlich kein Grund zum ‚mal Mitkommen‘ mehr besteht?! Die zwei Herren mit den besseren Plätzen im Zuführungstrabant beschwichtigten mich, doch weiter mitzufahren, um im VPKA ein paar Fragen zu beantworten. So saß ich nun ... und konnte nicht anders.

Im Volkspolizeikreisamt am Hallmarkt ging es in die 1. Etage. Hier schien eine unübliche Unruhe zu herrschen. Ich hatte den Eindruck, daß Volkspolizisten ihre Büros für die Stasi hergeben mußten und dies nicht auf Zustimmung stieß.

Mitten in der Hektik lief der junge Polizist von der Brücke mir entgegen. Ich wurde in einen heruntergekommenen Raum geführt und sollte hier warten. Im Raum befanden sich ein leerer Schreibtisch mit zwei Telefonapparaten und zwei Stühlen. Das Fenster war vergittert.

Nach ungefähr 1 Stunde des Alleingelassenseins kam ein aalglatter unangenehmer 40jähriger Mann ohne Begrüßung in das Zimmer. Noch im Laufen sagte er eher beiläufig: ‚In der Stadt wurden Naziparolen an Wände geschmiert! Ihre Frau arbeitet doch in der Werbung! Was sagen sie eigentlich dazu?‘ Ich war sprachlos, da ich mein Lebtag noch nie eine derartige Parole in der DDR gesehen hatte.

Dann begann er mit der eigentlichen Befragung (Verhör). Als erstes mußte ich alles, was ich bei mir hatte, wie z. B. Hausschlüssel, Brieftasche und Armbanduhr, auf den Schreibtisch ablegen und mich zwei Meter entfernt, mitten in den Raum setzen. Er fragte meine Personalien ab. Auf meine Gegenfrage nach seinem Namen antwortete er: ‚Müller oder Meier oder Offizier des MfS!‘ Der weitere Verlauf des Verhöres wird im 9-seitigen Befragungsprotokoll in etwa wiedergegeben. Allerdings dauerte die Befragung 5 lange Stunden. Da ich keine Erfahrung mit derartigen Stasibefragungen hatte, ging mir das Ganze ziemlich auf die Nerven. Insbesondere weil ich meine ‚Tat‘ von der ersten Minute an weder leugnete noch bereute.“ (Erinnerungsbericht Wolfgang Schuster)

Es war damals alles nicht so leicht zu nehmen – angesichts zu erwartender Ordnungsstrafverfahren. Außer den bereits Genannten betraf das Andreas Baumgartner („Baumi“), Matthias („Mattjes“) Augustin, Karsten Wachsitschka, Thea Ilse, Bert Rähmer sowie Karsten Reuter. – Ach nein,

der wurde zwar gesucht, öffnete aber einfach nicht beim Klingeln, guckte nur hinter den Gardinen und ließ die Stasileute stehen, die resigniert protokollierten: „bis 29. 6. war Befragung Reuter nicht möglich, da keine Zuführung d. Abt. XX erfolgte: am 29. 6. wurde d. Abt. XX bekannt, daß sich R. seit 25. 6. im Krankenhaus befindet; auf Grund der vergangenen Zeit wird auf Befragung R. verzichtet.“* Peter Winzer war ebenfalls an der Kröllwitzer Brücke festgestellt worden und sollte „zugeführt“ werden, aber entweder war er gleich danach mit einer Band unterwegs oder er hat sich der Zuführung ähnlich wie Karsten Reuter entzogen, vielleicht auch verweigert; er weiß das heute nicht mehr genau.**

Verhöre (genannt „Befragungen“) – Protokolle und Erinnerungen

Matthias und Karsten Waschitschka schwiegen sich hartnäckig aus, wie vorher vielfach abgesprochen. Mattjes hatte eine eigene Meinung dazu, gab zwar keine Namen oder Sonstiges preis, dafür ganz unzimperlich zu, daß er das Transparent an der Mansfelder Brücke angebracht hatte. Baumi hielt sich auch strikt an die vorherigen Absprachen, bis ihm Mattjes' Bekenntnis unterschriftlich vorgelegt wurde; dann sagte er ihnen, wie sie ausgetrickst wurden, wahrscheinlich nicht ohne Stolz.

Als lehrreiches Beispiel folgt hier zuerst das Protokoll der Befragung von Karsten Waschitschka im Faksimile – durch die Prägnanz ist es auf ganzen drei Seiten unterzubringen.

* BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 4

** Von zwei weiteren zugeführten Personen konnten heute von uns die Adressen nicht mehr ermittelt werden, wir ihre Protokolle demzufolge auch nicht einsehen. Sie selber können natürlich noch einmal Akteneinsicht beantragen und – mit Hinweis auf ihre Teilnahme am „Schauangeln“ der ÖAG und den hier zitierten Sachakten – leicht Einsicht nehmen, s. S. 18f.

Sie sollen am heutigen Tag gemäß § 12 Absatz 2 i. V. m. § 20 Abs. 2 des VP-Gesetzes zur Klärung eines Sachverhaltes im Zusammenhang mit Ihrer Teilnahme an Handlungsvorfällen des Weltumwelttages 1989 befragt werden.

Frage: Welche Aktivitäten haben Sie am 5.6.1989 im Zusammenhang mit dem Weltumwelttag unternommen?

Antwort: Ich sage Ihnen nicht, daß ich nicht gewillt bin, mit dem MfS über den Weltumwelttag oder irgendwelche anderen, mich betreffende Sachen zu reden. Ich würde hier absolut nichts sagen.

Frage: Was haben Sie am Montag, dem 5.6.89 gemacht?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

Frage: Was haben Sie an den Wodensende vom 3. zum 4.6.89 gemacht?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

Frage: Was hat der Herr Augustin am 5.6.89 gemacht?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

Frage: Geht es Ihnen nicht gut?

Antwort: Mir geht es nicht schlecht.

Befragungsprotokoll Karsten Waschitschka vom 7. 6. 1989 [im Original irrtümlich 8. 6. vermerkt]; BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 83-85

Aber wohl fühlen tue ich mich hier auch nicht.
Ich möchte jetzt was essen.

Protokollvermerk: Dem Befragten wurde gestattet, von ihm mitgebrachte Nahrungsmittel zu verzehren.

Frage: Was ist Umrucelt?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

Frage: Wo haben Sie sich am 5.6.89 aufgehalten?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

Frage: Haben Ihnen die selben Leute Sie verzehrten Nahrungsmittel gegeben?

Antwort:

Protokollvermerk: Der Befragte antwortet nicht.

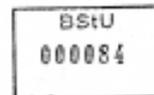
Frage: Weshalb beantworten Sie die Ihnen gestellten Fragen nicht?

Antwort: Darauf antworte ich nicht.

Protokollvermerk:

Frage: Dem Untersuchungsorgan ist bekannt, daß Sie sich am Abend des 5.6.1989 gemeinsam mit anderen Personen an der Befestigung eines Transparenten auf der Saalebrücke nahe des Centrum-Wohnhauses in Halle und darüberhinaus an einer Ansammlung mehrerer Personen am Saaleufer an der Giebelssteinbrücke beteiligt haben. Nehmen Sie dazu Stellung!

Antwort: Ich habe bereits gesagt,



KOPIE
BSU

- 4 -

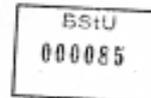
daß ich mit Ihnen nicht spreche. Dabei bleibe ich.

Protokollvermerk: Im weiteren Verlauf dieser Befragung lehnte es der Befragte stets ab, an ihm gerichtete, dem Sachverhalt betreffende Fragen zu beantworten. Während einer Befragungspause wurden ihm Banette und Brötchen angeboten, welche er angenommen hat. Darüber hinaus machte er von der Möglichkeit Gebrauch, käufliche Getränke und Nahrungsmittel zu erwerben.

Das Befragungsprotokoll habe ich selbst gelesen. Der Inhalt entspricht dem von mir gemachten Aussage. Das bestätige ich mit meiner Unterschrift.

Der Befragte Werschitschka, Karsten versweigerte nach Durchlesen des Protokolls seine Unterschrift.

Klausell, Hptm.



Die „Befragung“, die dieses dürftige Ergebnis zeitigte, zog sich allerdings über den ganzen Tag hin, nach MfS-Eintrag im Vorblatt (wie bei Protokoll Kinzel, s. S. 13) von 8.25–11.20, 13.00–13.20, 14.40–15.00 Uhr und nochmal 17.00 Uhr (Bl. 82 derselben Sachakte). Die „Belehrung“ über die Möglichkeit einer Ordnungsstrafe unterschrieb er ebenso wenig wie dieses Protokoll.

Daß in einer der Pausen Karsten ganz seelenruhig in die Betriebskantine spazierte und sich ein Käsebrötchen kaufte, was eigentlich nicht für Delinquenten bestimmt war (weder der unbeaufsichtigte Gang noch das Brötchen), ist nicht im Protokoll vermerkt, aber sein Bruder erfuhr bei der Auflösung des MfS Anfang 1990, daß dieses Vorkommnis ernstere Folgen hatte, diesmal für den verantwortlichen Vernehmer; dessen Vorgesetzten war das bei einer folgenden Dienstbesprechung einen Verweis oder eine Verwarnung wert.

Die eigentümliche Diskrepanz zwischen stundenlangem Verhör und dreiseitigem Protokoll mindert sich bei Hinzuziehung des Hinzuzuziehenden: Karsten hatte unmittelbar danach ein Gedächtnisprotokoll angefertigt. Das muß hier nicht vollständig abgedruckt werden, aber es zeigt doch exemplarisch, wie so etwas Erfolgloses über einen ganzen Tag lang gedehnt werden konnte.

Er wurde 7.30 Uhr von zwei Mitarbeitern der Kriminalpolizei von der Arbeit (als Hausmeister im Kindergarten) abgeholt, im Polizeipräsidium auf einen Stuhl gesetzt und von einem Herrn in Zivil begrüßt. „Kurze Zeit später kam ein Mitarbeiter der VoPo [Volkspolizei], derselbe wie auf der Brücke, den Flur entlang, zündete sich in meiner Höhe eine Zigarette an und ging wieder, nicht ohne einem entgegenkommenden Vorgesetzten mit einem Nicken Guten Morgen zu sagen.“ – [Derselbe VoPo „begegnete“ auch Willi Schuster am folgenden Tag, s. S. 68] – Etwa 8.15 Uhr wurde er in die 2. Etage zur Befragung geführt. „Frage: Wissen Sie, warum Sie hier sind? – Nein. Frage: Wissen Sie, welchen Tag wir am Montag hatten? – Weltumweltag, das müßte eigentlich jeder wissen. Frage (in etwa): Was haben Sie an diesem Tag gemacht? – Mit Ihnen unterhalte ich mich nicht. Frage: Warum nicht? – Das brauche ich Ihnen nicht zu begründen.“

Und nun ging die Leier los. Karsten W. hat von da an jede Aussage verweigert, mal gelächelt, mal gelacht, aber einfach nichts mehr ausgesagt. Das Ganze war vielleicht mehr eine Tortur für den Befrager als den Befragten, denn der hat es sowieso nicht mehr ernst genommen. Aber der Befrager stand ja im Beruf und mußte alle seine Fähigkeiten aufwenden, doch noch etwas aus seinem „Zugeführten“ herauszubekommen. Oder eben nur die Zeit rumzukriegen? Weiß man nicht. Jedenfalls stehen die meisten seiner Fragen nicht im Protokoll, wie z. B.: „Haben Sie Angst?“ „Können Sie mich nicht leiden?“ „Wollen Sie lieber mit jemand anderem sprechen?“ „Fühlen Sie sich als Verbrecher?“ (Diese Fragen wurden nicht hintereinander gestellt, sondern gemischt mit jenen im Protokoll festgehaltenen und vielfach wiederholt bei passenden Gelegenheiten – wie sie der Vernehmer sah.) „Was haben Sie gestern gemacht?“ (Später dann: „Was am 1. 5.?“ „am Wochenende?“ „am 3. 6.?“ „am 4. 6.?“ „am 12. 3.?“) Plötzlich: „Wo wohnt Ihr Bruder?“ „Was haben Sie auf Ihren Broten?“ „Haben Ihnen die Brote geschmeckt?“ – Was soll einem normalen Menschen [und hier sind mal ausnahmsweise alle wirklich gleich gemeint!] denn noch einfallen? – [Anmerkung des Redakteurs: Wenn der Vernehmer stundenlang wie bei Hitchcock geschwiegen hätte, wäre es Karsten möglicherweise mulmig geworden (seine Sturheit, die der Vernehmer aber nicht von vornherein kennen konnte, mal außer acht gelassen). Aber bei dem dauernden Gequatsche konnte er sich so sicher fühlen, wie er war. Zwischendurch scheint dem Vernehmer selbst so ein Gedanke gekommen zu sein; das Gedächtnisprotokoll vermerkt:] „Er raucht alte Juwel. Schreibt Protokoll [das, welches wir schon kennen], läßt sich dabei viel Zeit, guckt oft zum Fenster ... [Aber dann verläßt ihn doch wieder der Anflug von Einsicht und Geduld:] „Warum wollen Sie uns nichts sagen? Ihre Freunde haben uns doch auch gesagt,

was sie wußten. Oder wollen Sie erst noch mal mit Ihren Freunden sprechen?“ – „Sie benehmen sich wie ein Kind aus Ihrem Kindergarten!“ [Ganz schön starker Tobak, oder?] „Sie sollten ein paar Eingänge weiter vorn in der Julius-Kühn-Straße wohnen.“ [Für Nicht-eingeweihte: die Nervenklinik.] „Mich beeindrucken Sie mit ihrem Schweigen nicht.“ [Endlich mal eine Antwort:] „Das habe ich auch gar nicht vor.“ [Aber statt einer Frage nun der – längst zu erwartende – Gemütsausbruch des Vernehmers:] „So blöd wie Sie sind; mit anderen, mit denen kann man sich wenigstens unterhalten.“ [! ... unterhalten!] „Ihr Bruder, mit dem kann man sprechen, aber Sie ...“ [Es ist wirklich möglich, daß der Vernehmer mehr gelitten hat als der Delinquent. Wir wollen nicht vorgreifen, aber in der Folge scheint er einigermaßen nervös, mindestens sehr hilflos ungehalten geworden zu sein:] „Herr Waschitschka, hören Sie mich?“ (Und das sehr oft, mit aufdringlicher Stimme, das Gesicht des Vernehmers dabei oft ganz nahe dicht vor Karstens.) „Gucken Sie mich doch wenigstens einmal an!“ „Funken Sie mal! Oder wollen Sie morsen? [,Ich habe öfter lächeln müssen“, steht im Gedächtnisprotokoll, „bei dieser Frage mußte ich lachen!“] Oder wollen wir uns durchs Telefon unterhalten? Oder schriftlich?“ [Der Vernehmer war wirklich nicht *ganz* einfalllos. Aber das war’s wohl auch schon.] „Haben Sie einen Angelschein?“ (Zwischendurch immer wieder:) „Was ist Umwelt?“ „Gucken Sie nicht immer die Decke an.“ „Lachen Sie über mich oder lachen Sie mich aus?“

Nun scheint der Vernehmer Hitchcock-reif gewesen zu sein, nicht der Delinquent. Der Frager muß erst mal Mittag machen.

Das war aber nur der erste Teil der „Befragung“, siehe oben. Gegen 13.20 Uhr fragt Karsten nach etwas zu Trinken und bekommt eine Tasse Wasser vorgesetzt. Nimmt sie nicht an. 13.30 Uhr Kaffetrinken. Er verlangt nach Essen („Sonst geht bei mir nichts mehr, sage ich!“ [Als wäre bisher etwas gegangen.]) Und dann steigt er aus, d. h. wörtlich, er geht aus dem leeren Zimmer, fragt einfach jemand, wo die Kantine ist und holt sich seine Flasche Tonic und drei Käsebrötchen. Die Folgen siehe oben.

Gegen 14.30 Uhr die nächste Runde, diesmal mit einer zweiten Person, einem jungen Mann vom MfS als Beisitzer. „Ist Ihnen noch etwas eingefallen?“ – „Wo haben Sie Essen und Trinken her?“ – „Den Ordnungskräften ist bekannt, daß Sie am Montag an der Brücke am Kaufhaus und an der Saale zum Angeln waren. Haben Sie dazu etwas zu sagen?“ (Der andere Typ hatte zwei Bouletten und Brötchen mit, die man Karsten eigentlich nicht geben wollte. Nach erneuter Forderung kriegt er sie. [Kann *dieser* Mensch bei solcher Tortur Appetit entwickeln! Als hätte es ihm Spaß gemacht.] Ab 17 Uhr dann die letzte Runde. Protokoll vorgelegt und natürlich nicht unterschrieben. Aber das wissen wir schon. 17.20 Uhr ist Karsten wieder draußen.

Wenn man bedenkt, daß jede Gesellschaft auch Folterknechte parat hat, kann man froh sein, daß Karsten Glück gehabt hat. Oder eben wir alle.

Die Aussagen von Matthias Waschitschka („Beginn der Befragung: 8.40“, „Ende der Befragung: 16.35“) gaben genauso wenig her wie die seines Bruders, allerdings begründete er seine Aussageverweigerung ausgiebiger, gleich auf die erste Frage „Welche Personen beteiligten sich an diesem sogenannten Angeln?“ z. B.: „Ich habe zur Kenntnis genommen, daß ich einer Befragung durch das MfS unterzogen werde, kann aber gleich dazu sagen, daß ich keine Veranlassung sehe, mich mit der Staatssicherheit darüber zu unterhalten. Persönlich finde ich es lächerlich, mit welchen Dingen sich die Staatssicherheit alles beschäftigt. Da ich die Meinung verrete, daß für ökologische Probleme solche Institutionen wie der Rat der Stadt, Referat Umweltschutz und die diesem Referat unter- und übergeordneten Institutionen verantwortlich sind, sehe ich keine Notwendigkeit, mich mit dem Untersuchungsorgan zu unterhalten. Ich möchte kein Kuriergespräch führen, sondern diese Umweltprobleme in der Öffentlichkeit diskutieren. Ich lade den Vertreter des Untersuchungsorgans gern zu einer Veranstaltung im größeren Kreis dazu ein, derartige Probleme durchzusprechen. Hier an dieser Stelle werde ich keinerlei weitere Aussagen, egal zu welchem Sachverhalten, machen. [...] Wenn mir strafrechtliche oder ordnungsrechtliche Handlungen unterstellt werden, verlange ich eine entsprechende Mitteilung und eine konkrete Beweisführung. Selbst werde ich dazu nichts sagen.“ Und so weiter. Sogar die falsche Unterstellung, dem MfS sei bekannt, daß er mit anderen Personen das Transparent an der Mansfelder Brücke angebracht habe, konnte kein Dementi herauslocken oder sonst etwas: „Ich betone noch einmal, daß ich keinerlei Aussagen machen werde. [...] Ich habe in der zurückliegenden Zeit Aktivitäten für den Umweltschutz durchgeführt, die dem MfS auch sicher bekannt sind, und werde auch in Zukunft derartige Aktivitäten unternehmen. Aber Gespräche darüber werde ich mit dem MfS nicht führen. [...]“ Der Frage, warum er nicht bereit sei, dem MfS etwas über diese Aktivitäten zu sagen, folgt lakonisch: „Ich kann es einfach nicht verstehen, daß sich die Staatssicherheit damit beschäftigt, wenn Personen an einem Umweltschutztag für den Umweltschutz öffentlich in Erscheinung treten. Die Staatssicherheit sollte sich doch um die wirklichen Sicherheitsfragen kümmern und nicht harmlose Personen so einfach wie Kriminelle zuführen. [...]“

(Aus: Befragungsprotokoll Matthias Waschitschka. BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 87–91)

Ein ähnliches Manöver von Wolfgang Schuster brachte diesem beinahe eine Werbung zum Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) ein: „Was beschäftigen Sie sich eigentlich wegen so einem kleinen Plakat so lange mit mir, wo doch Ihre Genossen täglich für Wirtschaftsverbrechen verantwortlich sind!“ warf er, offenbar genervt, den Stasileuten vor. Der Blick des Offiziers wurde dabei mit einem Mal freundlich und verständnisvoll. Er meinte, eigentlich sind wir fertig, aber die Sache mit den Wirtschaftsverbrechen sei sehr interessant.

„Darauf wechselte die Stasibesetzung. Zwei erfrischend wirkende Herren gaben an, sich ernsthaft um die Probleme in der Volkswirtschaft Sorgen zu machen. Sie erwarteten meine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen. Obwohl ich den Ernst der Annäherungsversuche wahrnahm, war es mit nicht unlogisch, daß bei der Stasi auch Mitbürger mit ehrlichem Engagement für Land und Volkswirtschaft arbeiteten. So nahm ich im Angesicht des Gitterfensters vor mir und der Tür zur Freiheit hinter mir kein Blatt bei der Beschreibung meiner Erfahrungen in sozialistischen Betrieben vor den Mund. Ich hatte kein schlechtes Gewissen, mich mit dem politischen Gegner in diesem Punkt auszutauschen, zumal die beiden über gute Kenntnisse meines Berufslebens verfügten.“

Kurz: Einen Augenblick lang hat er tatsächlich mit dem Gedanken gespielt, mit Hilfe der Stasi etwas Positives zu erreichen, andererseits wollte er sich nicht mit der Stasi einlassen. Aber ein paar Mißstände in seinem Betrieb hatte er bereits, wenn auch widerstrebend, den so kooperativ gewordenen Stasileuten aufgeschrieben. Abends erzählte er das Karsten Reuter und Wolfgang Kupke, die ihm dringend davon abrieten, so daß er am nächsten Tag bei dem vereinbarten Telefontermin nur zu sagen brauchte, er habe mit seinem Pfarrer gesprochen. Ohne ein Wort zu sagen, knallte der Stasimann den Telefonhörer auf. So nah kann ein Kelch an einem vorübergehen.

Bei Matthias Waschitschka, der wie sein Bruder weder Protokoll noch „Belehrung“ unterschrieb, waren aber für die Stasi an diesem Punkt längst Hopfen und Malz verloren.

„Protokollvermerk: Bis 11.30 Uhr wurde der Befragte mehrfach dazu aufgefordert, detaillierte Aussagen zu seinen Umweltschutzaktivitäten am 5. 06. 89 in Halle zu machen. Er brachte daraufhin immer wieder zum Ausdruck, daß er sich in keiner Weise veranlaßt sieht, vor dem Untersuchungsorgan Aussagen zu tätigen. Da der Befragte gegen 11.30 Uhr das Dienstzimmer selbständig verließ und mehreren Aufforderungen des Vertreters des Untersuchungsorgans, sich wieder in das Dienstzimmer zu begeben, nicht nachkam, wurde die Befragung bis 16.00 Uhr unterbrochen. [...] Der Befragte erklärte, nachdem er das Protokoll gelesen hat, daß er sich auch nicht veranlaßt sieht, dieses zu unterschreiben.“

Offensichtlich zu seiner eigenen Absicherung, machte der hilflose Stasi-Leutnant über die Verselbständigung seines Delinquenten extra noch einen schriftlichen Vermerk für die Akten. Watschel wollte eine Zigarette rauchen und tat das auch. Draußen kam es zu einer Rangelei, im „Vermerk“ pikiert umschrieben:

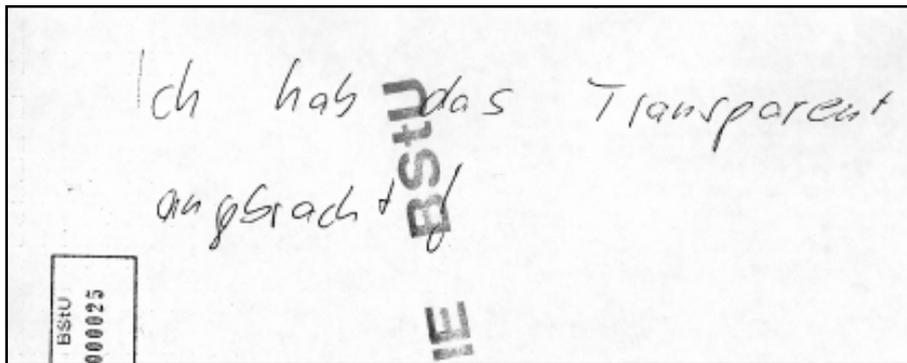
„Unterzeichner folgte diesem [Waschitschka] und forderte ihn weitere zwei oder drei Mal deutlich verständlich auf, sich wieder in das Dienstzimmer zu begeben. Da er auch dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er durch Unterzeichner am rechten Oberarm angefaßt [...] Zu diesem Zeitpunkt erschien ein Obermeister der DVP, welcher durch Unterzeichner aufgefordert wurde, an einer nochmaligen Erteilung einer Weisung teilzunehmen. Im Beisein dieses Obermeisters der DVP forderte Unterzeichner den WASCHITSCHKA weitere zwei Mal auf, die Weisung des Untersuchungsorgans zu befolgen. Dieser begegnete [so im Orig.] darauf, ob die Sicherheitsorgane ihn schlagen wollen, damit er in das Dienstzimmer geht, und er weigerte sich im Anschluß erneut, dieser Weisung nachzukommen. Der Obermeister der DVP sagte daraufhin zu Unterzeichner, daß er einen Sicherungsposten zum Unterzeichner schickt. Unterzeichner begab sich alleine in das Dienstzimmer. Nach ca. 10 Minuten erschien der WASCHITSCHKA wieder bei Unterzeichner mit der Bemerkung, daß es überall so bei den Sicherheitsorganen sei. [...]“

(BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 93f.)

Ob er damit Recht hatte, müssen diese in ihren eigenen Protokollen nachlesen. Tatsache ist, daß der zu Hilfe gerufene Polizist sich höflich und korrekt aus der Affäre zog. Über das Verhältnis von Stasi zur normalen Polizei wissen wir aus der Froschperspektive wenig. Aus diesen Ereignissen können wir etwas ahnen. Die Verhöre fanden im Volkpolizei-Kreisamt statt, das dafür der Stasi offenbar eine ganze Etage räumen mußte. Die Beteiligten hatten den Eindruck, daß die VP darüber eher sauer war. Die „Vorkommnisse“ Schauangeln und Transparent an der Brücke und wie sich das „Untersuchungsorgan des MfS“ damit breit machte, waren wahrscheinlich Gesprächsthema im ganzen Haus. Als Matthias Waschitschka stundenlang auf dem Flur saß und ab und zu normale Polizisten in Uniform vorbeikamen, raunten zwei davon ihm sogar zu: „Nicht aufgeben“ oder „Nicht unterkriegen lassen“ – ob sie nur stinkig auf die Stasi waren, weil sie ihre Zimmer räumen mußten, oder bereits etwas mehr von „Ermessensfragen“ wußten?

Mattjes Augustin hatte sein eigenes Ermessen. Lächelnd strich er sogar den vom Stasi-Protokollanten automatisch eingefügten Spruch des Transparents „Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen“ aus dem Protokoll und sagte dazu: „Es war eine Aktion zum Umwelttag in meinem Sinne und [ich] fand es gut, daß sich in der Hinsicht Umweltschutz etwas tut. Mehr Angaben mache ich hierzu nicht. [...] Die anwesenden Personen kenne ich zwar, aber ich wüßte nicht, wie ich sie in eine bestimmte Gruppe oder ähnliches einordnen sollte. Auch hierzu kann ich nichts mehr sagen. [...] Frage: Was war der Ausgangspunkt dieser Aktion? Antwort: Diese Aktion fand am 5. 6. 1989 zum Umwelttag statt, da ergibt sich der Rest von selbst. Vielleicht hat sich jemand dazu Gedanken gemacht, daß man noch was tun müßte. Außerdem möchte ich hier grundsätzlich erklären, daß ich zur Problematik Weltumwelttag keine weiteren Aussagen machen werde. [...] Ich bezweifle grundsätzlich die Kompetenz des Ministeriums für Staatssicherheit für Geschehnisse, die im Zusammenhang mit dem Umwelttag am 5. 6. 1989 stehen. Auf einem entsprechenden Podium, das sie schaffen könnten, oder bei entsprechenden staatlichen Stellen wäre ich bereit, zu allen diesbezüglichen Fragen, die meine Motivation betreffen, Stellung zu nehmen. Ich kann keinen Zusammenhang zwischen der staatlichen Sicherheit und den Geschehnissen am Umwelttag erkennen. Ich

werde auf weitere diesbezügliche Fragen nicht mehr antworten. Frage: Ist Ihnen bekannt, daß am 5. 6. 1989 ein weiteres Transparent entrollt wurde? Antwort: Ja, es ist mir bekannt. Ich selbst habe am 5. 6. 1989 an einer Brücke über die Saale ein Transparent befestigt.“ Unterschrift: Matthias Augustin! Da staunten die Genossen. Und hatten endlich ihren mühsam gesuchten Knüller in der Tasche. Mehr aber auch nicht. Der Knüller wurde einfach nicht zum Knaller. „Das ist alles, was ich dazu sagen werde und mehr nicht. Wenn Sie wollen, schreibe ich es noch auf.“ Der dazugehörige Protokollvermerk erweckt den Eindruck, als wollte die Stasi auch mal gegen sich selbst ermitteln: „Dem Befragten wurde ein Blatt A4, kariert und ein Kugelschreiber mit blauer Mine übergeben. Auf diesem Blatt schrieb er im Querformat und Druckschrift: ‚Ich habe [so im MfS-Protokoll] das Transparent angebracht!‘“ Ach ihr Ermittler! Den eigenen Kugelschreiber akribisch beschreiben, aber nicht mal Mattjes’ Worte richtig ins Protokoll kriegen, vgl. Faksimile!



(Aus: BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 20–26, Faks.: Ausschn. Bl. 25)

Einschaltquote Null. Es sei denn, „Tatort“ würde als Komödie inszeniert. „Frage: Unter welchen Umständen brachten Sie ein Transparent an einer Brücke über die Saale an? Antwort: Ich werde keine weiteren Aussagen dazu machen. Frage: Woher stammt das an der Brücke angebrachte Transparent? Antwort: Ich sage nur soweit dazu aus, als daß ich es mitbrachte. Weitere Fragen sind für mich uninteressant und nicht von Interesse. Ich möchte nochmal wiederholen, daß ich die Beantwortung derartiger Fragen als für das Ministerium für Staatssicherheit nicht kompetenten Ge-

sprächspartner ansehe.“ Unterschrift bis hierhin. Dann: „Der Befragte verweigert die Unterschriftsleistung unter diese Belehrung [wie vorher einige der anderen], mit der Begründung, daß damit vom Untersuchungsorgan der Versuch unternommen wurde, seine Handlungen hinsichtlich des Anbringens von Transparenten am 5. 6. 89 zu kriminalisieren.“

„Baumi“ (Andreas Baumgartner) war im Grunde genau so konsequent. Wir müßten aus dem Protokoll überhaupt nicht zitieren, wenn ihm nicht eiligst das unterschriebene Geständnis von Mattjes vorgehalten worden wäre. Er begann mit der vereinbarten Taktik: „Ich nenne Ihnen die Namen der beteiligten Personen nicht, weil ich dies für unlogisch halte. Sie haben die Namen von all diesen Leuten, da sie ja von der Polizei aufgeschrieben wurden. [...] In diesem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, daß auf der anderen Seite des Saaleufers auch noch Leute standen, welche ebenfalls wie ich und andere eine Angel bei sich hatten. Wer diese Leute waren, weiß ich namentlich nicht, weil ich kurzsichtig bin. [Baumi hatte allen Vorabsprachen zum Trotz wie immer und im Spektrum normaler Menschen ganz selbstverständlich auch *eigene* Vorstellungen für sein Verhalten gegenüber der Staatsmacht. Wenn ein Haufen Individualisten zusammengeschweißt ist, kommt noch lange kein homogenes Bündel heraus.] „Frage: Welche Vorbereitungsaktionen wurden für dieses Treffen getätigt? Antw.: Ich werde ihnen nichts über die Vorbereitungsaktionen sagen, soweit das andere Personen und deren Namen betrifft. Wenn die anderen Personen selbst dazu etwas sagen, ist das deren Sache und auch richtig. Ich spreche nur über Dinge, die mich selbst betreffen. Sie können mit mir machen, was sie wollen, ich werde aber nicht mehr sagen. Ich habe schon in der Vergangenheit zu viele schlechte Erfahrungen gemacht. Diese kann ich nicht vergessen, und deshalb verhalte ich mich so. Ich habe auf meinem Fahrrad ein Spruchband mitgebracht. Dieses hatte ich zusammengerollt mit Draht an meinem Fahrrad befestigt mitgenommen. Woher ich dieses Spruchband habe und wer es hergestellt hat, werde ich ihnen nicht sagen. [Es war das Transparent „Wir wollen nicht mehr im Trüben fischen“; er durfte es differentialdiagnostisch beschreiben; dann die] Frage: Wer war der Organisator für dieses Zusammentreffen? Antw.: Also als Organisator möchte ich es nicht bezeichnen. Am 2. Juni 1989 gegen 20.00 Uhr war ich in den Räumen der Georgengemeinde in Halle.

Dort fand die Eröffnung einer Ausstellung zur Partnerstadt Karlsruhe statt. Während der Veranstaltung sagte der Herr WASCHITSCHKA, Matthias zu den dort anwesenden 100, 150 oder 200 Leuten, daß wer Lust hat, am Montag zum ‚Angeln‘ an die Kröllwitzer Brücke kommen kann. In der Tat sind ja dann auch am Montag, dem 5. 6. 1989 zirka 20 Personen dort erschienen. Frage: Welche Absprachen gab es hinsichtlich einer zu erwartenden Konfrontation mit der DVP? Antw.: Ohne daß dies nun extra verkündet werden mußte, war uns klar und dies wurde nochmal unter uns geäußert, sollte sich jeder so verhalten, daß die Polizei nicht provoziert wird, wenn sie erscheinen sollte. Frage: Wer waren die Hersteller des von Ihnen mitgeführten und aufgestellten Spruchbandes? Antw.: Wie ich bereits sagte, das werde ich ihnen nicht sagen. Ich werde auch nicht sagen, woher ich es geholt habe. Frage: Welche Zielstellung sollte mit dieser demonstrativen Handlung ‚angeln‘ und Entrollen eines Plakates verfolgt werden? Antw.: Wir wollten mit dieser Handlung die Leute zum Nachdenken veranlassen, dazu veranlassen, daß sie sich mehr für die Umwelt einsetzen. Viele wissen noch gar nicht, was der 5. 6. 1989 für ein Tag war. Aus diesem Grund wollten wir die Leute darauf aufmerksam machen. Wir wollten in keiner Weise provozieren oder protestieren. Wir wollten lediglich erreichen, daß sich die Leute mehr für die Umwelt engagieren. Frage: Hatten Sie oder andere Personen weitere derartige oder ähnliche Handlungen geplant oder durchgeführt? Antw.: Nein. Mir ist diesbezüglich nichts bekannt. Am Abend des 5. 6. 1989 ging ich mit der Frau Vonhoff, Katrin [...] in das ‚Neue Theater‘. Auf dem Weg dorthin erzählte sie mir, daß sie am Nachmittag des gleichen Tages aus dem CENTRUM Warenhaus in der Mansfelder Straße gekommen ist. Dabei stellte sie an der dortigen Brücke über der Saale ein Spruchband fest. Auf dieses wurde sie erst aufmerksam, weil darunter der Umweltengel der UNO angebracht war. Was auf diesem Plakat stand, weiß ich zwischenzeitlich nicht mehr. Ich habe es vergessen. Andere Dinge weiß ich nicht. [Baumi sei dank: wenigstens *ein* schriftlich festgehaltener Beweis, daß die aufwendigste aller Aktionen der ÖAG wirklich öffentlichkeitswirksam war!] Frage: Möchten Sie Ihren bisherigen Aussagen etwas hinzufügen? [Er erzählte noch einiges Drumherum, soweit es ihn betraf, von den „symbolischen Angeln“, die er extra fürs Schauangeln angefertigt hatte, und von der Fahrradtour am Sonntag davor, „Mobil ohne Auto“.] Nach dieser

Tour besuchte ich noch Freunde, deren Namen ich nicht nennen werde. Bei diesem Besuch habe ich dann erfahren, daß an der Brücke zum CENTRUM Warenhaus ein weiteres Plakat aufgehängt werden soll. Man sagte mir auch den Spruch. Ich kann mich aber wirklich nicht daran erinnern. Ich glaube, dieser Spruch begann mit den Worten: ‚Wir haben diese Welt nicht geerbt ...‘. Ich möchte dazu aber nichts weiter sagen, weil ich mir als Verräter vorkommen würde. Wenn Sie mir die Aussagen derjenigen Leute zeigen, ich demzufolge weiß, daß sie selbst darüber gesprochen haben, werde ich auch sprechen.“

Was leichter, als ihm nun „des Bürgers Augustin“ unterschriebenes Bekenntnis vorzuhalten und wenigstens im Nachhinein den ganzen Vorgang zu verstehen. Nachdem er die vorgelegten Seiten genau durchgelesen und Mattjes’ Unterschrift eindeutig wiedererkannt hatte, gab Baumi nun zu Protokoll: „Nach der bereits genannten Fahrradtour suchte ich den Matthias AUGUSTIN in seiner Wohnung [...] auf. In dieser Wohnung befand sich lediglich noch der Karsten REUTER [...]. Beide waren damit beschäftigt, eine größere Menge Baumwollstoff in gräulicher Farbe zusammenzunähen. Auf meine Frage hin, was das werden soll, sagten sie, daß dies ein Plakat wird, welches anlässlich des Weltumwelttages an einer Brücke in der Nähe des CENTRUM Warenhauses angebracht werden soll. Wer dies nun im einzelnen von beiden sagte, das ist mir tatsächlich nicht mehr erinnerlich, weil ich dem keine Bedeutung beigemessen habe. Weil ich noch eine Menge Bier (10 Flaschen) von meinem Geburtstag übrig hatte, fuhr ich nochmals in meine Wohnung und holte dieses Bier in die Wohnung von Matthias AUGUSTIN. Als ich wieder in die Wohnung von Matthias kam – es war zu diesem Zeitpunkt noch hell – konnte ich gerade noch sehen, wie Karsten Reuter die letzten Buchstaben – grün – mit Plakatfarbe malte. Da auf Grund der Länge das Plakat nicht völlig ausgebreitet war, konnte ich den Text nicht lesen. Ich glaube, ich konnte noch das letzte Wort: ‚geliehen‘ lesen. Wir haben dann noch ein wenig Bier getrunken. Im Laufe unseres Gespräches sagten mir dann noch Karsten und Matthias – wer im einzelnen, weiß ich nicht genau – daß der Wolfgang Schuster [...] sich ebenfalls an der Herstellung des Plakats beteiligt, indem er einen Umweltengel malt, welcher dann unter dem von Karsten und Matthias hergestellten Plakat angebracht werden soll. Außerdem sag-

ten mir beide noch, daß sich Wolfgang SCHUSTER mit an der Anbringung dieses Plakats beteiligen wird. Ich hatte in meiner Wohnung noch drei gelbe Arbeitsschutzhelme. Aus diesem Grund machte ich den Vorschlag, daß die drei, also Karsten, Matthias und Wolfgang, neben Arbeitsbekleidung noch diese Helme tragen, damit sie nicht so auffallen. Ich ging also davon aus, daß eine Sache sehr unauffällig ist, wenn man wie bei dieser Sache mit Arbeitsbekleidung und dem entsprechenden Helm bekleidet ist. [...]

(Aus: BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 27–35)

Nun wußten sie es endlich. Das war's aber auch schon. Durch diese Schilderung erfahren wir wenigstens noch etwas über die Hintergünde. – Die Stasi hätte sich die kriminaltechnische Untersuchung der diversen Transparente ersparen können (vgl. folgende Seite). Welch Aufwand für nichts! Und da soll ein Staat nicht untergehen? Die Eröffnung von Strafverfahren haben sie sich angesichts der Entschlossenheit der Täter offensichtlich nicht einmal mehr gewagt. Ein Prozeß wäre noch mal Wasser auf die Mühlen gewesen, aber auf unsere! Alle diese Aussagen und gewiß einiges mehr in einem richtigen Prozeß, wenn's geht, öffentlich! Einige, wenn auch nicht alle, hätten das in dieser dynamischen Zeit eher gewünscht als gescheut.

Trotz solch hartnäckiger Standhaftigkeit konnte die Staatssicherheit zwar noch eine ganze Menge Menschen quälen – unter anderem die beiden völlig unbeteiligten Insassen des Pannen-Trabis, die einen Tag lang ausgequetscht wurden, mit dem niederschmetternden Ergebnis, daß sie „zufällig in der unmittelbaren Nähe des Ereignisortes waren, die Unbekannten nicht kennen und keine relevante Personenbeschreibung abgeben können“* – aber das MfS war längst in der Defensive. „Schild und Schwert der Partei“ waren – anders als 1953 – stumpf geworden, nur hatten es die Getreuen nicht gemerkt und (wahrscheinlich) bis heute nicht begriffen, wieso. Sie hatten die außenpolitische Lage immer zu ihren Gunsten interpretiert und sich gegenseitig eingeredet, die innenpolitische im Griff zu haben – aber mit solcher Renitenz ansonsten ganz durchschnittlich normaler Men-

* BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 19

000009

Kreisdienststelle Halle

Halle, den 05. 06. 1989

Ausgehend von den Sofortmeldungen zu den Vorkommnissen vom 05.06.1989 ist im Ergebnis des Standes der Aufklärung folgende Einschätzung zu treffen:

1. Vorkommnis Spruchband Fritz-Weineck-Ufer

Die in der Sofortmeldung genannten Personen sind bekannt als Mitglieder bzw. Anhänger sogenannter kirchlicher Basisgruppen. Der an der Demonstrativhandlung beteiligte WASCHITSCHKA, Matthias wurde bereits wegen Organisation einer Unterschriftensammlung, die sich gegen die Verleihung des Karl-Marx-Ordens an Nicolai Ceausescu 1988 richtete.

WASCHITSCHKA, Karsten und BAUMGÄRTNER, Matthias sind bereits im Zusammenhang mit "Mobil ohne Auto" am 04.06.1989 in Erscheinung getreten.

WASCHITSCHKA, Karsten trat dabei als Wortführer und BAUMGÄRTNER als Plakatträger ("Wir schreien nach sauberer Luft") in Erscheinung.

Im Ergebnis der ersten kriminaltechnischen Untersuchung wurde festgestellt, daß das Bettlaken

- 1,40 x 2,00 m groß ist
- die Farben grün, blau und rot verwendet wurden
- die Buchstaben mit roter Farbe vorgezeichnet wurden
- die Initialen "EZ" trägt
- nach erster Begutachtung mittels Nähmaschine ausgebessert wurde (Nähgarn Farbe hellblau)

2. Vorkommnis Autobrücke

Wie beim Vorkommnis Frätz-Weineck-Ufer wurden die Buchstaben mit roter Farbe vorgeschrieben und grün nachgezeichnet. Das Spruchband aus Sackleinen wurde zusammengenäht, wobei die Besäumung des Spruchbandes sowie die Naht farblich gleiches Nähgarn wie das für das Bettlaken verwendete aufweist. Bei dem darüberhinaus unter dem Spruchband angebrachte Leinentuch handelt es sich um ein aufgetrennten Bettbezug der Größe 1,45 m (breite) x 1,85 m (Höhe) mit eingestickten Initialen "EL", Verzeichnung des UNO-Umweltzeichens und der Schrift "5.6. Weltumwelt-Tag" gleichfalls wie unter Punkt 1 mit blauer Farbe.

An Hand der zerschlossenen Stellen und Rostspuren an Nägeln und Bettbezug kann geschlossen werden, daß das Spruchband älteren Ursprungs ist.

Die kriminaltechnische Analyse (BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 9) und auf der folgenden Seite ein IM-Bericht, allerdings zu spät!

Kreisdienststelle Halle

Halle, den 07. 06. 1989
hir-schu



Mündlicher Bericht IMS "Anders" vom 06.06.1989
=====

"Anders" informierte über ein heute mit der Person BAUMGARTNER, Andreas geführtes Gespräch. Dabei erzählte B. dem IM, daß sie gestern an der Saale waren und dort symbolisch geangelt hätten. Dabei haben sie auch ein Plakat mitgeführt mit der Aufschrift

**"Wir wollen nicht mehr im trüben
fischen"**

Diese Aktion fand anlässlich des Weltumwelttages statt und sollte jedoch als Ablenkungsmanöver für eine Aktion an der Mansfelder Brücke dienen. Dort sei ein Transparent angebracht worden mit der sinngemäßen Aufschrift "Wir haben die Welt nicht geerbt..." sowie dazu den blauen Umweltengel. Dieses Transparent sei von mehreren Personen mit "Bauarbeiteruniform" und Helm angebracht worden. Diese Personen sind auch von einem Trappo-Angehörigen angesprochen wurden.

Frage: "Was macht ihr hier?"

Antwort: "Wir wollten das hier anbringen!"

Wie Baumgartner weiter berichtete, sei das Anbringen des Transparentes auch von anderen VP-Angehörigen beobachtet worden, aber offensichtlich wußten sie mit dem Text nichts anzufangen.

Die gesamte Aktion bezeichnete B. als sehr geschickt gemacht, denn jetzt haben alle Personen ein Alibi und bezog sich darauf, daß sie beim Angeln an der Saale einer Ausweiskontrolle durch die DVP unterzogen worden.

Aus diesen Worten des B. entnahm der IM, daß die Personen, welche das Transparent an der Mansfelder Brücke anbrachten zum Zeitpunkt der Ausweiskontrolle durch die DVP an der Saale bereits ebenfalls dort anwesend waren.

Weiter äußerte B., daß er heute noch die Fotos von gestern abholen wollte. Er ließ dabei jedoch offen, um welche es sich dabei handelt.

Die Aktion an der Mansfelder Brücke sei auch nur einem kleinen Kreis, so Baumgartner, bekannt gewesen, während das Angeln an der Saale einem größeren Kreis bekannt gewesen sei.

Nähere Hinweise zum vorgenannten Sachverhalt liegen dem IM zur Zeit nicht vor.

Baumis Arbeitskollege berichtete brav, was der ihm von den Ereignissen des Vortags – sichtlich mit Stolz – erzählt hat (ebd., Bl. 11f. montiert).

schen hatten sie nicht gerechnet. Watschel hatte nebenbei mitbekommen, wie der wütende Vernehmer im Nachbarzimmer Mattjes angebrüllt hatte und wollte daraufhin mal aufs Klo. Monsieur Leutnant verwehrte ihm das nicht, begleitete ihn brav, aber der Delinquent blieb eben nicht brav, er riß kurzerhand die Tür vom Nachbarzimmer auf und rief, woran ihn der überraschte Begleiter nicht mehr hindern konnte, hinein: „Mattjes, ich bin auch hier!“ Zwar mußte er dann, zur Strafe sozusagen, stundenlang auf dem Gang sitzen. Aber Oberwasser konnten sie damit auch nicht mehr kriegen. Ähnlich aufmüpfig benahmen sich wenige Tage später die Leipziger mit ihrem ungenehmigten Straßenmusikfestival. Das ging durchs ganze Land, und ähnliches fand allerorten statt.

Oder die ganz normale Reaktion vieler engagierter Menschen, wie Thea Ilse auf die allen „Zugeführten“ gestellte Frage, welche „Vorbereitungshandlungen wurden für den Fall einer Konfrontation mit staatlichen Organen getroffen?“ antwortete: „Es gab keinen Anlaß für eine derartige Konfrontation. Es wurde nichts vereinbart. Dabei muß ich erwähnen, daß es, auch ohne es immer zu wiederholen, ganz selbsterständlich für uns ist, diszipliniert und höflich aufzutreten. Frage: Durch wen wurde das Plakat angefertigt und mitgebracht? Antwort: Dazu kann ich keine Angaben machen. Ich habe bewußt nicht danach gefragt.“*

Bert Rähmer, der mit Bettina beim „Schauangeln“ war, reagierte auf die stereotype „Frage: Aus welchem Grund wollten Sie sich daran beteiligen? Antwort: Ich persönlich identifiziere mich mit dem Ziel der Aktion, möglichst viele Leute auf den Weltumweltag aufmerksam zu machen. Deshalb habe ich mich dann am 5. 6. 89 auch daran beteiligt. Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß wir solche Aktionen machen müssen, weil der Staat dies nicht tut. Er hätte nach meiner Meinung am 5. 6. 89 mal einen ‚autofreien Tag‘ ausrufen können. Zudem müßten die Publikationen publikumsnäher sein.“**

* BStU, MfS BV Halle, Abt. IX, Sachakte 589, Bl. 48

** Ebd., Bl. 61f.

Wenn schon die Stereotypie der Fragen auf den Geist geht – vielleicht wurden sie durch die Potsdamer psychologische Hochschule des MfS den Stasigehirnen eingebläut, vielleicht hat sie ihnen auch einfach einer der Vorgesetzten aufgeschrieben – dann zeigen doch die Antworten, die aus der gesamten Bevölkerung herausgegriffen sein könnten, daß die Bürger der damaligen DDR längst differenzierter mit den Problemen umgehen konnten als die Stasi und die gesamte Obrigkeit.

Daß dieser Obrigkeit aber sehr wohl die Umweltbelastung durch Industrie und Landwirtschaft bewußt war, zeigen nicht nur die strikte Geheimhaltung aller einschlägigen Daten, die sehr wohl erhoben und auch von der Stasi statistisch verfolgt wurden, sondern ganz besonders ins Auge fallend die allergischen Überreaktionen auf jedwede öffentliche Äußerung zum Thema Umweltschutz, die ausschließlich politisch gewertet wurden, als Angriff auf diese manische Geheimhaltungspraxis und auf die „staatliche Ordnung“. Da waren öffentliche Mahnungen wie die zum Weltumwelttag oder jene zum Laternenfest Stiche ins Wespennest, Nadelstiche zwar, aber nicht einmal die konnten mehr verhindert werden.

Einer der halleschen Chefs der Bezirksverwaltung des MfS, heute Steuer- oder Immobilienberater, glänzte kürzlich im „Spiegel“ mit der süffisanten Bemerkung: „Ich habe damals im Hintergrund gearbeitet, und ich arbeite heute im Hintergrund – und beides erfolgreich“* – welch brillantes Eigentor! Er versucht immer noch, den Leuten Sand in die Augen zu streuen. Wenn er Recht hätte, würde ich ihm erst recht nichts anvertrauen, denn damals haben sie – zu unserem Glück – gründlich versagt.

* Peter Romanowsky gegenüber dem Redakteur Matthias Matussek im Artikel: „Keine Opfer – keine Täter“, Spiegel 10/1999, S. 139–142

Zeitgefühl

Der Sommer war heiß, die Filme blieben in unserer Hand, genau so wie jene der Leipziger Fotopiraten, die das brutale Einschreiten der Polizei gegen das „Straßenmusikfestival“ am 10. Juni festgehalten und in alle Welt verbreitet hatten. Die Bilder vom Weltumweltag in Halle, natürlich selber entwickelt – die Stasi hätte eben auch jedes private Fotolabor verhindern müssen! – wurden öffentlichkeitswirksam präsentiert. Ein paar Tage später waren sie – wenn schon nicht in aller Welt – so doch in der Umweltbibliothek der ÖAG in der Georgengemeinde, später auch in der Marktkirche, stolz als Poster ausgehängt. Die Organisatoren sind bis heute überrascht, daß gegen diese öffentliche Zurschaustellung obrigkeitlicher Blamage seitens der staatlichen Organe nichts mehr unternommen wurde. Abb. 31 und 32 zeigen die nach zehn Jahren etwas beschädigt erhaltenen Reste der Poster, damals taufersch auf einem Stück Tapete aufgeklebt.

Die Stasileute hatten, wie ihre Obrigkeit bis zum Zentralkomitee der SED, offenbar kein Zeitgefühl mehr. Wie schwerfällig war ihre Maschine! Nachdem Wolfgang Kupke mit Hilfe eines frisch eingeschleusten IM – *das* konnte er natürlich nicht wissen – die neueste Nummer vom „Blattwerk“ am 8. Juli 1989 auf dem Leipziger Kirchentag für „eine Spende von 4 Mark“ (IM-Bericht) wie warme Semmeln loswurde, kam der Apparat wieder einmal in Bewegung. Die Vorschläge „zur strafrechtlichen Bewertung“ vom 27. Juli schreien zum Himmel, aber der hatte, trotz Kirchentag, kein Ohr mehr dafür: „[...] 1. Offizialisierung des vorliegenden Exemplares des ‚Informationsblattes‘ bzw. offizielle Beschaffung bei gleichzeitiger Dokumentation der Verbreitung während des Kirchentages. 2. Dokumentierung, daß für das Druck- bzw. Vervielfältigungserzeugnis keine Druckgenehmigung bei der Abteilung Kultur des Rates der Stadt eingeholt wurde. [*Natürlich* nicht!] 3. Feststellung der personellen Verantwortlichkeit

Abb. 31 (S. 89): Das damals umgehend angefertigte Poster, ausgehängt in der Umweltbibliothek der ÖAG in St. Georgen und später in der Marktkirche – eine filmische Rekonstruktion vom Anbringen des Transparents an der Saalebrücke bis zum Verschwinden der Akteure, von dem auch die meisten der vorstehenden Fotos stammen, aus einem Versteck heraus aufgenommen (Repro des Posters: Fa. Ziegler, Halle)



Abb. 31



Abb. 32

Abb. 32: Das zweite, kleinere Poster mit einigen Schlaglichtern vom „Schauangeln“ an der Giebichensteinbrücke, ebenfalls in Umweltbibliothek und später Marktkirche öffentlich gezeigt (Repro des Posters: Fa. Ziegler, Halle)

Fußnote von Wolfgang Kupke nach Abb. 31: Das etwa 30 Meter lange Spruchband wurde im Winter 1989/1990 von der Polizei zurückgegeben. So konnte es noch einmal seine Wirkung entfalten, anlässlich der Gründung der „Grünen Liga“ im Klubhaus Buna Anfang 1990, angebracht an einer Brücke über die Fernverkehrsstraße. „Der starke Wind hat es aber in der Nacht abgerissen und verweht, es wurde nicht wiedergefunden.“ (Zeitzeugenbericht W. Kupke). [Ein ähnlicher Spruch kommt auch in einem anderen Märchen vor: „Der Wind, der Wind, das himmlische Kind ...“ Vielleicht war diesmal die Hexe draußen?]



Fußnoten-Abb. zur Fußnote

[...] Feststellung [...] Durchführung [...]“ und „Unterstützungsersuchen“ an die Bezirksverwaltung Leipzig.*

Lassen wir die Vervielfältigung der unsäglichen Dokumente. Nachdem der Stasi endlich alles klar schien und Wolfgang Kupke sowie Superintendent Buchenau vorsichtig in die Mangel genommen werden sollten, entschied der Leiter der Bezirksverwaltung Halle wise: „Den in Ihrem Schreiben vom 10. August 1989 vorgeschlagenen Maßnahmen wird zugestimmt. [...] Es ist jedoch erst in Abhängigkeit vom Ergebnis dieser Maßnahmen auf die Einleitung von Ordnungsstrafverfahren [gegen Kupke und Buchenau] zu entscheiden und diese dann nach dem 07. Oktober 1989 auszusprechen. [gez.] Kienberg / Generalleutnant“ Ach ja, vor dem heiligen Feiertag keine Unruhe provozieren. Es war ja der vierzigste – und sie hätten sich so gewünscht, daß es nicht der letzte sein sollte.

Der nette junge Mann, der vor dem Kirchentag vielleicht ein- oder zweimal bei Treffen der ÖAG erschienen, aber niemandem auffällig geworden war, und sich sogleich erbot, beim aufwendigen Transport und Vertrieb der „Blattwerke“ und selbstgenähter Leinenbeutel mit Umweltaufdruck in Leipzig behilflich zu sein, hat sich das wohl auch gewünscht. Armer Kerl. Er paßte äußerlich so gut in die aufmüpfige Gesellschaft, wurde, obgleich an der Sektion Staats- und Rechtswissenschaft immatrikuliert, „als Mitglied der genannten Personenzusammenschlüsse akzeptiert“, so daß die Stasi ihn sogar für höhere Aufgaben vorsah: Er „verfügt über keine Möglichkeiten und Voraussetzungen, im und nach dem Operationsgebiet zu arbeiten. Er soll nach Beendigung seines Studiums an der Martin-Luther-Universität Halle, Sektion Staats- und Rechtswissenschaften, als Berufsoffizier im MfS eingestellt werden.“** Aber mit 24 Jahren hätte er Mitte 1989 vielleicht doch schon etwas weiter sein können, als ausgerechnet eine Karriere als Hauptamtlicher beim MfS anzustreben, denn ganz unintelligent sind seine Berichte nicht (Ausrisse auf der folgenden Seite). Oder zeigt dies nur, daß Intelligenz vor Torheit nicht schützt, genauso wenig wie Alter?

* BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 490, Bl. 19–22 bzw. Bl. 17, 24

** BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 36

Abteilung XX/4

000004

Halle, 19.06.89
Brö./

Tonbandbericht

Quelle: IMS "Detlef Scheffler"
entgegenommen: Olm.Brömel

Bericht
zur Zusammenkunft der "Ökologischen Arbeitsgruppe" in der Georgen-
kirchgemeinde am 16.06.89

Am 16.06.89 besuchte ich in der Zeit von 19.45 - 21.50 Uhr die
Zusammenkunft der "ÖAG" in der Georgenkirchgemeinde.

Teilnehmer: 25 Personen in den Räumen der "ÖAG"
5 Personen in der Umweltbibliothek

Die Versammlungsleitung haben sich [REDACTED] und [REDACTED] geteilt.
Die Versammlung hatte diesmal kein spezifisches Thema und war nur
als Informationsveranstaltung gedacht. Es gab auch kein Referat.

Durch den [REDACTED] ... wurde bekannt gegeben, daß der Kröllwitzer
Park aufgeräumt wurde, es jetzt aber an Transportmittel zum Abtrans-
port des Schuttes fehle. Er wolle sich mit der "Gala" in Verbindung
setzen, um das Problem zu lösen.

Eine mir namentlich nicht bekannte Person machte auf ein Rad-Stern-
fahrt nach Templin aufmerksam. Diese soll am 14.-16-07.89 statt-
finden die Anmeldefristen sind aber schon verstrichen. Weitere
Angaben zu dem Personenkreis, genauer Ablauf und Ort des Starts,
wurden nicht gegeben.

[REDACTED] berichtete über eine "Demonstration" in der Dahlemer
Heide / bei Leipzig gegen die dort geplante Errichtung eines Kern-
kraftwerkes. Er war dort anwesend, die Sell, Heike und eine weitere
Person. [REDACTED] erzählte, daß ca. 600-800 Personen dort anwesend
waren. Darunter allein mindestens 150 Sicherheitskräfte in Uniform.
Es soll zu zahlreichen Zuführungen gekommen sein. Er schilderte
dann noch die Reaktionen der dort wohnenden Bevölkerung. Der größte
Teil zeigt keinerlei Interesse an diesen Plänen. [REDACTED] meinte, daß
sie sich absolut keine Gedanken machen, was mit dem Bau des KKW für
Gefahren auf sie zukommen könnten.

Nach einer Anfrage an Schramm, ob der Bau und der Standort des KKW
denn schon von den entsprechenden staatlichen Instanzen festgelegt
und beschlossen wurde, teilte er mit, daß die Volkskammer im Juli/
August 89 einen entsprechenden Beschluß fassen wird.

Bericht IMS „Detlef Scheffler“ über eine ÖAG-Versammlung am 16. Juni 1989
(BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 4f., nur Ausschnitte)

Schuster, Wolfgang berichtete dann kurz zu der gelaufenen Aktion zum Weltumwelttag "Angeln an der Kröllwitzer Brücke". Da dort

Schuster erzählte dann, daß das Spruchband von der Feuerwehr entfernt wurden sei. Er erzählte dann noch von seiner Zuführung, welche aber erst am nächsten Tag erfolgte. Genossen der K wollten ihn von der Arbeit (Rinderstall) wegholen, da hätte er gesagt, daß er mitkommt aber erst wenn er seine Arbeit erledigt hätte, da sonst der Ablauf durcheinander geraten würde, und ein hoher Schaden entstehen könnte. Die Leute von der K sind dann noch einmal zu Schichtbeginn 8.00 Uhr des Schuster wiedergekommen und haben ihn dann in die Halle zu geführt. Die Vernehmung hat dann aber ein Untersuchungsleiter des MfS durchgeführt. Sch. fand sich sehr gerecht und zuvorkommend behandelt. Ihm wurde zu Anfang eröffnet, daß er mit keinerlei Sanktionen zu rechnen habe. Sie wollen lediglich die Zielstellung und weitere Pläne und Absichten derartiger Aktionen in Erfahrung bringen, und ihn belehren solche Aktionen in der Zukunft zu unterlassen. Er hat nach seinen Aussagen acht Seiten Protokoll unterschrieben.

Er hat dann noch erzählt, daß Waschitschka ebenfalls zu geführt wurden wäre, er aber auf jede Frage geantwortet hätte, daß er keine Aussage machen möchte. Personen die noch mit an der Aktion beteiligt waren wurden nicht genannt. Mir ist noch eingefallen das der Baumgärtner zu geführt wurde.

Die Darstellung /Schilderung der Zuführungen waren deshalb ausgewertet wurden, weil man sich Gedanken macht wie weit die DVP und das MfS gehen können; bei solchen Aktionen- es wurde letztlich darüber nachgedacht die Sicherheitsorgane zu testen.

3

2 | Dort soll dann die "Arche-Nova" Nr. 4 und Plakate Thema Tschernobyl durch [redacted] verkauft werden. Der Erlös aus dem Verkauf der Plakate ist für die Errichtung eines Denkmals für die Opfer von Tschernobyl in Berlin gedacht. Die männliche Person, welche auch das "Erfurter Luftseminar" besucht hatte, ich glaube er heißt [redacted] o.K., erzählt das er einen Linschnitt angefertigt hätte- das Atomzeichen- das sind drei schwarzen Dreiecke mit einem Punkt in der Mitte oben über steht Nuclear und unten drunter Mein- Danke. Er forderte auf, wenn jemand ein einfarbiges T-Shirt bedrucken lassen möchte sollte er es mitbringen.

KOPIE

gez. IM der Abteilung

00006

Das individuelle Spektrum in der DDR-Bevölkerung, das Gefühl für die Zeit und wofür sie reif war, blieb bis zum Ende so breit gestreut wie – vermutlich – heute. Der IMS „Detlef Scheffler“ „verfügt über solche subjektiven Voraussetzungen, wie Intelligenz, Redegewandtheit, Kontaktfreudigkeit und Menschenkenntnis. Darüber hinaus ist er in der Lage, sich konspirativ zu verhalten, festgelegte Legenden umzusetzen und entsprechend der Situation anzuwenden.“*

Er lieferte zu den ihm inzwischen bekannt gewordenen ÖAG-Mitgliedern richtige Charakterprofile. Alle Achtung. Sie sind nicht einmal völlig daneben. Jürgen Brockmeier war mit großen Erwartungen an die Zukunft in die ÖAG eingetreten. Aber den Puls der Zeit spürte er nicht.**

Die Details aus seiner verschollen geglaubten IM-Akte können nun von den Betroffenen wieder durch Antrag auf Einsichtnahme beim Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen oder – soweit die Einwilligungen vorliegen – auch in den Kopien der ÖAG gelesen werden.

Sein vorstehender Bericht über eine ÖAG-Versammlung mit ca. 30 Personen erinnert stichpunktartig an das Engagement zahlreicher Menschen in jener Zeit. Neben lokalen Problemen stehen überregionale Aktivitäten wie die Ankündigung einer Rad-Sternfahrt nach Templin im Juli. Es wurde ein Bericht gegeben über eine Demonstration in der Dahleener Heide „gegen die dort geplante Errichtung eines Kernkraftwerkes“: „Es soll zu zahlreichen Zuführungen gekommen sein.“ Ein anderer Teilnehmer dieser ÖAG-Versammlung konnte etwas über das „Erfurter Luftseminar“ sagen, und natürlich ging es um die Pläne zum Leipziger Kirchentag, wofür der IM seine Hilfe anbot. Es war *überall* viel los in der Umweltszene.

* BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 36

** Seine IM-Akte wurde beim Ende des MfS „vorvernichtet“; nicht vernichtet, wie ihm vielleicht ein wohlwollender Stasi-Mentor seinerzeit schulterklopfend versichert hat. Sie existiert nun wieder, nach den mühseligen Erschließungsarbeiten der Behörde des Bundesbeauftragten (s. S. 19), und enthält als Originale auch die beiden Einladungen von Wolfgang Kupke, adressiert an das Studentenwohnheim in Halle-Neustadt, die seinen Umzug innerhalb des Wohnheims genau so belegen wie die Adressenlisten der ÖAG und seine Erläuterungen dazu gegenüber dem Führungsoffizier der Stasi.

Zu den Aktionen am Weltumweltag in Halle zieht der IM völlig richtig die Schlußfolgerung: „[...] es wurde letztlich darüber nachgedacht, die Sicherheitsorgane zu testen.“*

Der „40. DDR-Geburtstag“ hatte dem tüchtigen Jurastudenten aus Halle dann sogar noch einmal richtigen Auftrieb gegeben für „eine tägliche telefonische Verbindungsaufnahme zur kurzfristigen Auftragserfüllung und Realisierung“** – wie die meisten Mitmenschen konnte er nicht wissen, daß es der letzte Geburtstag dieser „Republik“ war, aber sein Elan stand doch in bemerkenswertem Gegensatz zu jenem sehr vieler anderer Teile der Bevölkerung. Gemerkt hat er das schon, geschlußfolgert, wenn überhaupt, dann zu spät. Über die Mahnwache in der Georgengemeinde hat er fast liebevoll – verliert ins Detail – berichtet. Davon später.

So lange gedachten die Aktiven der Ökologischen Arbeitsgruppe und andere Bürgerinnen und Bürger keineswegs zu warten.

* BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 5 (vgl. Faks. S. 89)

** Ebd., Bl. 44

Laternenfest 26. August 1989

Bereits im Vorjahr, 1988 zum traditionellen Laternenfest, hatte Wollli Schuster einen einsamen Aufruf für den Umweltschutz versucht. Man kann es im „Blattwerk“ nachlesen:

Umweltschutz – Kein Thema beim Laternenfest 1988

„Dem Aufruf in den Tageszeitungen zur Teilnahme am Kleinbootkorso folgend, meldete ich mich bei dem Veranstalter VEB Naherholung. Mir wurde die Startnummer 175 reserviert, mit dem Hinweis, daß ich mich am Samstag, dem 27. August 1988, um 14 Uhr mit dem Boot an der Peißnitzbrücke vorstelle. Ich schmückte mein Faltboot liebevoll mit Girlanden und Lichterketten unter Mithilfe begeisterter Kinder. Es bereitete schon etwas Mühe, trotz z. Zt. nicht im Handel erhältlichlicher Kleinteile (6V-Glühlampen) das Boot niveauvoll herzurichten.

Von den Laternenfesten vergangener Jahre war mir noch in Erinnerung, daß die Boote unter einem bestimmten Thema antraten. So wählte ich das Motto ‚Luft und Wasser‘. Auf ein Bettuch schrieb ich: ‚Luft zum Atmen, Wasser zum Leben‘ und umseitig ‚Umweltschutz tut not – wir sitzen alle in einem Boot‘.

So setzte ich am 27. August 1988 13.30 Uhr neben dem Org[anisations]büro im Amselgrund in die Saale ein. Die noch relativ wenigen Passanten am Ufer der Saale unterstützten durch Beifall und Zurufe mein Thema. Auch Polizeibooten begegnete ich, ohne daß eine Reaktion erfolgte.

An der Peißnitzbrücke wurden gerade zahlreiche Kleinboote geschmückt. Es waren Losungen zu lesen wie ‚Freiheit für Nelson Mandela‘, ‚Ein Herz für unsere Stadt‘, ‚Kunst ist Waffe‘ u. v. a.

Ich ging an Land, um einen Verantwortlichen für den Bootskorso zu suchen. Dabei hatte ich Einblick, mit welchen materiellen Möglichkeiten die größtenteils Jugendlichen die Ruderboote des VEB Naherholung für ihren Betrieb oder ihre Institution rüsteten. Für mich, als privatem Teilnehmer, war hier kein Anschluß möglich.

Ein Motorboot auf der gegenüberliegenden Seite steuerte ich in der Hoffnung an, vielleicht doch noch einen Hinweis zu bekommen. Ich

hatte Glück; dieses Boot war vom Veranstalter. Nach den notwendigen Formalitäten wurde mir eine Startprämie von 50 Mark überreicht. Da die Saale 19.30 Uhr auf Grund verschiedener Veranstaltungen gesperrt wurde, sollte ich mich bis zu diesem Zeitpunkt am Stellplatz einfinden. Also paddelte ich 18.30 Uhr mit einem Freund und 2 Kindern stromaufwärts. Ein Polizeiboot fuhr an uns vorüber, während wir am Ufer anlegten. Freundlich erhielten wir die Anweisung, die andere Seite zu benutzen, und befolgten dies. Das Polizeiboot wartete auf uns. Nach der Bitte, etwas näher heranzukommen, folgte die Aufforderung, unsere Leine herüberzureichen. Was dann geschah, kann man nicht als besonnenen Polizeieinsatz bezeichnen.

Unser faltboot wurde von dem großen Polizeiboot mit hohem Tempo saaleaufwärts geschleppt. Aus Angst um die Kinder und das Boot mußten wir mehrmals protestieren, ehe man auf ein sinnvolles Tempo drosselte.

Unterhalb der Peißnitzbrücke mußten wir in das Polizeiboot umsteigen. Dort ging es nicht mehr so freundlich zu. Meinen Anfragen nach dem Warum entgegnete Oberleutnant Z.: wir sollen friedlich sein, man könne auch anders. Dann sollte ich das Plakat abnehmen. Widerwillig tat ich es. Bei der anschließenden kurzen Diskussion entgegnete meinen Argumenten Herr Z.: ,Wer und wann man etwas für den Umweltschutz tut, bestimmen immer noch wir.‘ Weiterhin stellte ich in Aussicht, alles Erlebte mir gut zu merken und nicht für mich zu behalten.

Von den Kindern getrennt mußten wir unter Deck des Bootes. Unseren Protesten entgegnete Herr Z. lakonisch, daß die Möglichkeit der Beschwerde beim VPKA Halle bestehe. Auf meinen Wunsch, den Bürgermeister oder einen anderen Verantwortlichen zu sprechen, wurde nicht reagiert.

Es gab während unseres Verbleibens an Bord einige komische, aber prägende Momente. So flehte uns ein Polizist an, ihm doch keinen Ärger zu machen. Bei 3 jungen Polizisten achtete Herr Z. darauf, daß sie analog der indischen Weisheit nichts hörten und nichts redeten. Für mich entstand der Eindruck, daß die Antipathie Herrn Z.s mir gegenüber von den anderen Genossen nicht mitgetragen wurde.

Inzwischen fuhr das Polizeiboot mit dem seitlich angebundenen faltboot vorbei an Tausenden Menschen saaleabwärts. Viele bemerkten,

was vor sich ging, und blickten entrüstet zu dem leeren faltboot oder unterstützten uns durch gezielte Zurufe. Ich gab den Sicherheitskräften zu verstehen, welchen ideologischen Schaden sie gerade bei der Bevölkerung und meinen Kindern anrichteten. Unsere Fahrt endete am Org[anisations]büro. Während der ganzen Zeit wurden wir in Unge-
wißheit darüber gelassen, was und warum dies geschehe. Man nahm unsere Personalien auf. Die Losung wurde zusammengeknüllt in ein Zelt gebracht. Mein Boot legte man aufs Trockene, aber ich bestand darauf, am Bootskorso teilzunehmen. Nach Rückfragen wurde dies genehmigt. Mein Freund verließ enttäuscht das Boot. Durch die entstandene Verzögerung forderte ich, an den Start zurückgezogen zu werden.

Mit sichtlich inhaltloser Lücke fuhr so Nr. 175 namenlos an der Haupttribüne vorbei. [...]

Wolfgang Schuster rief am folgenden Tag bei der Lokalredaktion der Tageszeitung LDZ an.

„Nach kurzer Schilderung des Geschehenen wußte man von dem Vorfall und meinte, dieses müßte in die Zeitung. Beim persönlichen Gespräch mit einem jungen Mitarbeiter wurde mein Optimismus gedämpft. Mein Leserbrief wurde bisher nicht veröffentlicht.

Am gleichen Tag wollte ich mich beschweren. Aber das von Herrn Z. empfohlene VPKA Halle war nicht zuständig. Der dortige Pförtner erkundigte sich telefonisch nach der für diesen Fall zuständigen Abteilung.

So saß mir am nächsten Tag Leutnant Frühauf, ein sympathisch wirkender Leutnant der Volkspolizei (in der Ludwig-Stur-Straße) gegenüber. Ich brauchte nicht viel Worte, [auch] er wußte schon Bescheid. Mit Bedauern stellte er fest, daß die Verantwortung für diesen Fall nicht bei der Polizei läge. Die Polizei ist bei Großveranstaltungen dem Veranstalter unterstellt und somit nur ausführendes Organ. Erstaunt entgegnete ich, vom Veranstalter eine Prämie erhalten zu haben. Er gab

auch seinem Unverständnis Ausdruck. [Über die Prämie oder daß trotz Prämie vom Veranstalter das diesem angeblich unterstellte „ausführende Organ“ eingegriffen hat?] Meiner Meinung zum Thema Umweltschutz schloß er sich an. Herr Frühauf konnte an meinem Plakat nichts Negatives finden. Außerdem äußerte er Vermutungen zu eventuellen Gründen, die den Veranstalter bewogen haben, die Polizei anzufordern. „Es wäre möglich, daß mein Boot nicht zum Charakter des Heimatfestes gepaßt habe, und vielleicht hängt es auch mit den Fernsehaufnahmen zusammen.“

Bevor er sich verabschiedete, beschwerte ich mich über das Verhalten des Polizisten Z. Er schrieb meine Kritiken auf und versicherte mir eine Auswertung. Dann entschuldigte er sich im Namen der VP.

Ich bat noch um die Rückgabe meines Bettbezuges. Er soll mir zugesandt werden.“

(Blattwerk 6/88, S. 17–22)

Die Diplomatiefähigkeit des Leutnant Frühauf in allen Ehren, aber geschehen ist daraufhin nichts. Den Bettbezug hat Wolli Schuster jedenfalls nie wiedergesehen, um so selbstverständlicher im nächsten Jahr einen neuen geopfert – mit dem gleichen Spruch auf der einen Seite: „Umweltschutz tut not – wir sitzen alle in einem Boot“.

Erstaunliche Wirkungen kleiner Nadelstiche

Vaclav Havel sagte im Frühjahr 1989, als er erneut zu einer Haftstrafe verurteilt wurde: „Es geschah nämlich etwas, was mir nicht im Traum eingefallen wäre: Ein völlig überflüssiges Eingreifen der Sicherheitskräfte gegen jene, die in aller Stille und ohne jegliches Aufsehen Blumen am Denkmal niederlegen wollten, machte aus den gänzlich unbeteiligten Passanten eine protestierende Menge. Es wurde mir plötzlich klar, wie tief die Unzufriedenheit in der Bevölkerung sein muß, wenn es zu so etwas kommen kann.“

(Zit. nach Hollitzer 1999, S. 37)

Ohne die geschilderten Erlebnisse des Vorjahres – und für Außenstehende sowieso – wäre es in Halle zum Laternenfest 1989 eigentlich nur um etwas ähnliches wie Blumen für ein Denkmal gegangen: zwei mit Girlanden und Umweltlosungen geschmückte Faltboote zwischen all den großen Prachtkähnen im Bootskorso. Nichts weiter. Sie hätten – wage ich zu behaupten – kein übermäßiges Aufsehen erregt, wenn da nicht wieder die wachsame Wasserschutzpolizei gewesen wäre.

Die Teilnahme am Bootskorso 1988 von Wolli Schuster mit einem Freund aus Weimar war wirklich nur vom Umweltschutzgedanken getragen. Sie hatten vielleicht mit Problemen bei der Anmeldung gerechnet, aber nicht mit dem martialischen Eingreifen der Polizei. Da waren sie naiv hineingeschlittert. Der Frust war noch gut in Erinnerung. Etwas gelernt daraus? Ja, aber nicht, was sich Polizei oder sonstige Obrigkeit gewünscht hätten. Die zur Abschreckung gedachte Maßnahme bewirkte das Gegenteil. Klar, daß Wolli da nicht alleine blieb. Nun wollten sie es wissen! Durchkommen, also bis zum Schluß am Bootskorso teilnehmen, war die Devise. Nach allem, was 1989 schon gelaufen war – möglich, daß die Sicherheitskräfte gar nicht mehr allergisch reagieren würden. Dann täte man eben etwas für den Umweltschutz, ganz normal. Und für den anderen, zu erwartenden Fall – aus Erfahrung wird man klug, ein bißchen wenigstens. Zwei Faltboote haben mehr Chancen durchzukommen als eines. Und Fotografen, um im dümmsten anzunehmenden Fall wenigstens etwas davon im Bild zu haben, würde es beim Laternenfest genug geben. Es mußte nur

gelingen, ohne vorher aufzufallen, sich bis zum Publikum durchzupaddeln, das am Ufer den festlichen Ereignissen entgegenwartete. (Wenn zusätzlich einer etwas versteckt seine Linse in Anschlag brachte, konnte das nicht schaden. Der fand sich auch noch.)

Eigentlich hätte die Polizei ja auch mal was lernen können. Aber was heißt „die Polizei“? Schon im Vorjahr schienen die im Einsatz befindlichen Polizisten nicht alle derselben fanatischen Meinung zu sein wie besagter Oberleutnant Z. „Ihr seid ja frech“, meinte diesmal einer bei der wie gehabt absolvierten Anmeldung des Bootes mit demselben Spruch, der damals konfisziert wurde. Das klang eher anerkennend als feindselig. Allerdings läßt das auch ahnen, wie wenige derartige Vorkommnisse es in Halle gegeben haben mag, daß Einzelfälle wie diese so nachhaltig in Erinnerung blieben. Oder spricht das mehr für heimliche Sympathie?

Aber die, die was zu sagen hatten, haben wirklich nichts gelernt. Es geht allerdings aus den spärlichen Aktenfunden nicht genau hervor, wer das war, da Polizei wie Stasi in den „Informationen“ usw. doch an einem Strang ziehen mußten. Und ob Herr Frühauf sein diplomatisches Geschick beweisen würde, im nachhinein, oder seinen Dienst wie später als Chef der Zuführungsbaracken am 9. Oktober im Sinne seiner Obrigkeit schieben würde, konnte den Akteuren erst einmal egal sein.

Im Garten von Wolfgang Kupke bemalten sie Bettlaken, zogen Girlanden über die aufgedockten Faltboote und schmückten auf Teufel komm raus – fast als wäre das wörtlich gemeint – gemeinsam im Kreis der Familien und Freunde, die gern vorbeikamen und bewunderten. Den Kindern hat das am meisten Spaß gemacht. Was die Freunde bewunderten, wird verschieden gewesen sein, das Engagement, die Sprüche, den Eifer oder den Mut, nach der Schlappe beim letzten Mal es trotzdem wieder zu versuchen, oder was auch immer – aber ernsthaft bedenklich konnte das Vorhaben wohl niemand finden. Die Sprüche, die zwischen den Masten flattern sollten, waren wirklich nicht gerade aggressiv.

Oder? Da fällt mir ein Zeitungsausschnitt in die Hand. „Aufruf zum Bootskorso“ von OB Pratsch. Die „sehr schöne und bewährte Tradition“, das



HALLE/S.

Aufruf zum Bootskorso

Liebe Freunde des Wassersports! Eine sehr schöne und bewährte Tradition ist das alljährliche Laternenfest, das Heimatfest unserer Bezirksstadt. Das Laternenfest 1989 steht unter der Losung „Halle im 40. Jahr der Gründung der DDR – die DDR mein Vaterland – für den Frieden der Welt“.

Eine Vielzahl kultureller und sportlicher Veranstaltungen auf der Peißnitz, rund um das Pionierhaus und auf dem Vergnügungsplatz vor der Eissporthalle sowie im Amselgrund wird zur Freude und Unterhaltung der Bürger und Gäste unserer Stadt gestaltet.

Ein besonderer Höhepunkt des Volksfestes soll auch in diesem Jahr wieder der Bootskorso auf der Saale werden. Ich wende mich an alle Freunde des Wassersportes mit der Bitte, sich mit einem gestalteten Boot daran zu beteiligen, und bin zugleich überzeugt, daß Sie mit großem Ideenreichtum die Verbundenheit zu Ihrer sozialistischen Heimat und besonders zu Ihrer Stadt zum Ausdruck bringen werden. Die gelungensten Darstellungen werden prämiert.

Rückfragen werden beim VEB Naherholung Halle telefonisch unter der Rufnummer 3 73 76 oder persönlich im Säunahaus Säline, Mansfelder Straße 52, werktags – außer mittwochs – ab sofort bis 18. August von 7 bis 18 Uhr entgegengenommen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Gestalten Ihres Bootes und guten Erfolg bei der Teilnahme am Bootskorso.

**Pratsch,
Oberbürgermeister**

„alljährliche Laternenfest, das Heimatfest unserer Bezirksstadt. Das Laternenfest 1989 steht unter der Losung ‚Halle im 40. Jahr der Gründung der DDR – die DDR mein Vaterland – für den Frieden der Welt‘.“ ... „Ich wende mich an alle Freunde des Wassersportes mit der Bitte, sich mit einem gestalteten Boot daran zu beteiligen, und bin zugleich überzeugt, daß Sie mit großem Ideenreichtum die Verbundenheit zu Ihrer sozialistischen Heimat und besonders zu Ihrer Stadt zum Ausdruck bringen werden. Die gelungensten Darstellungen werden prämiert.“

Der schon bekannte Spruch „Umweltschutz tut not – wir sitzen alle in einem Boot“ wurde auf der anderen Seite des Lakens sinnig ergänzt mit einem Brückenschlag zur ausgegebenen Losung: „Die Saale nach 40ig Jahr – die Fische sind noch rar.“ Vielleicht nicht der gelungenste Reim, aber die Aufmerksamkeit, weniger der Juroren als des Publikums, sollte nicht ausbleiben.

Und die der Sicherheitskräfte natürlich auch nicht. Doch der Reihe nach.

Ausschnitt aus einer halleschen Tageszeitung (LDZ?) 1989 vor dem Laternenfest, „mit der Bitte, sich mit einem gestalteten Boot daran zu beteiligen“. (Quelle: Wolfgang Schuster. [Es gibt Leute, die anscheinend jeden Kram aufheben. Danke!])



Abb. 33

Abb. 33: Andreas Baumgartner bei der liebevollen Gestaltung seines Faltbootes mit den Losungen: „Umweltschutz geht alle an“ und „Gerechtigkeit, Frieden – Bewahrung der Schöpfung“, angemeldet zum Laternenfest von ihm und Wolfgang Kupke (fot. Kupke)

„Mit dem so gestalteten Boot [s. auch Abb. 36] sind wir gegen 16.30 vom Amselgrund zur Meldestelle für die Teilnehmer des Bootskorsos oberhalb der Peißnitzbrücke gepaddelt, wo wir gegen Quittung 35,- M erhielten. Danach sind wir zum Amselgrund zurückgefahren und haben das Boot dort am Ufer festgemacht.“ (Gedächtnisprotokoll Wolfgang Kupke vom Tag danach)



Abb. 34, 35: Wolfgang Schuster bei den Vorbereitungen am anderen Boot, das er schließlich gemeinsam mit seinen Kindern und Matthias Waschitschka bestieg (fot. Kupke)

Die Insassen des zweiten Bootes steckten, nachdem dieses zu Wasser gelassen war, noch eins oben auf, ein Transparent mit einem dicken Fisch und dem anzüglichen Spruch: „Neues Fischen braucht klares Wasser“, hoch über dem Bug an einer Angel befestigt. Anfangs passierte gar nichts, beide Boote haben ihre Teilnehmerprämie kassiert und paddelten eine Weile, bis die Saale wegen der Wasserskivorfürungen für alle Boote gesperrt wurde.



Abb. 36

Daß *nichts* passierte, ist aus der Retrospektive allerdings verkürzt wiedergegeben. Sie waren ja beileibe nicht allein. Das Volksfest zog wie immer viele Menschen an die Ufer der Saale, und zwischen den anderen mit diversen Transparenten behangenen Kleinbooten stach der „Umweltschutz geht alle an“ zwar nicht sonderlich hervor (Abb. 37–39), nur daß er nicht so professionell wie die Friedenstauben mit dem allgegenwärtigen SED-Händedruck hergestellt war. Die Leute schauten schon nach den Paddlern und verhehlten auch ihre Zustimmung nicht.



Abb. 37



Abb. 38



Abb. 39

Aber es *passierte* eben nichts. Sollte der zusätzliche Fotograf umsonst bestellt worden sein? – So viel wie an diesem Nachmittag war er lange nicht mehr gerannt. Am Amselgrund, wo die Boote eingesetzt wurden, konnte er nicht unauffällig fotografieren. Während die Paddler es sich in den Booten bequem machten, hieß es also für ihn, über die Giebichen-

steinbrücke ans andere Ufer laufen. Von hier aus hätte er eine Kanone von Teleobjektiv gebraucht. Weiter traben, über die Ziegelwiese zur Peißnitz, im Laufschrift bis zur Spitze der Insel, nah genug am Amselgrund. Dort wäre gut rasten gewesen, kaum noch Spaziergänger, nur ein paar Boote hatten von der Saale her festgemacht, die sich leicht umgehen ließen. Weil aber die Umweltboote gerade lospaddelten, rasch noch mal zurück ans gegenüberliegende Riveufer. Wer weiß, wo die hin wollten. Er hatte nicht mal nach der Anmeldestelle gefragt, fiel ihm ein, sie hatten überhaupt keinen Plan besprochen. Während sich die Uferpromenaden langsam füllten, verlor der Fotograf den Überblick, beschloß zurückzulaufen ans ruhige Plätzchen auf der Peißnitzspitze. Ist ja egal, vielleicht konnte er doch noch etwas mitbekommen vom Fest. In den Bäumen, die malerisch über das Wasser ragten, fand er endlich einen sicheren Ast und konnte verschnaufen. Denn es geschah ja nichts weiter.

Von dem, was Wolfgang Kupke hinterher berichtete, hat er gar nichts mitbekommen:

„Als die Saale nach den Wasserskivorfürungen gegen 19.00 Uhr wieder freigegeben war, sind wir flußabwärts zur Kröllwitzer Brücke und zurück gepaddelt. In Höhe des Veranstaltungsbüros kam ein Boot längsseits und forderte uns auf zu drehen und wieder flußabwärts zu fahren. Wir kamen dieser Aufforderung sofort nach. Auf Weisung der Wasserschutzpolizei mußten wir flußabwärts bis hinter die Saalebiegung fahren und an einem Privatsteg am Kröllwitzer Ufer festmachen. Ein Hauptmann der VP forderte uns zum Aussteigen auf und verlangte danach unsere Ausweise. Ich bat ihn daraufhin unter Hinweis auf das Polizeigesetz, sich zunächst auszuweisen. Er tat dies mit den Worten: ‚Wenn es unbedingt sein muß‘; im Ausweis stand Hauptmann Schmidt. Gegenüber Herrn Baumgartner [‚Baumi‘] verweigerte er das Zeigen seines Ausweises mit dem Hinweis, daß er das bereits getan hätte. Ich sagte daraufhin Herrn Baumgartner, daß dies Hauptmann Schmidt sei. Hauptmann Schmidt teilte uns nach Einsichtnahme in unsere Ausweise mit, daß der Veranstalter uns die Teilnahme am Bootskorso mit diesen Losungen untersagt, da sie nicht dem Thema entsprechen, und verwies auf einen nebenstehenden Mitarbeiter des VEB Naherholung.

Ich bat daraufhin diesen Herrn, sich ebenfalls vorzustellen und die Weisung des Veranstalters uns direkt mitzuteilen. Er sagte, daß er Herr Werner vom VEB Naherholung sei und bestätigte das Teilnahmeverbot.

Unser Versuch zu erläutern, daß u. E. diese Losungen durchaus in das Thema einzuordnen sind, wurde vom Hauptmann Schmidt sofort unterbrochen mit den Worten: ‚Diskutieren Sie hier nicht.‘

Der daraufhin erfolgten Weisung, das Spruchband zu entfernen, kamen wir umgehend nach. Danach wurde ich von der Wasserschutzpolizei aufgefordert, das Spruchband zu übergeben. Ich sagte daraufhin, daß ich das unter der Bedingung tue, wenn mir eine Quittung über die Einziehung gegeben wird. Diese Forderung meinerseits sagte der Wasserschutzpolizist an Hauptmann Schmidt weiter, der daraufhin zu mir kam und die sofortige Übergabe des Spruchbandes verlangte.

Als ich ihm meine Bedingung wiederholte, zerrte er mich vom Bootsteg und entriß mir das Spruchband. Ich bat ihn daraufhin, sich korrekt zu verhalten und machte ihn darauf aufmerksam, daß uns eine Quittung über die Einziehung zusteht. Er sagte, wir hätten seinen Namen und das genüge. Herr Werner vom VEB Naherholung sagte, wir könnten uns das Spruchband am Montag vom Veranstalter abholen.

Als wir weiter eine Quittung verlangten, sagte Hauptmann Schmidt: ‚Treiben Sie es nicht zu weit, noch haben wir die Macht.‘

Die Teilnahme am Bootskorso ohne dieses Spruchband wurde uns auf Nachfrage gestattet. Die Ausweise erhielten wir zurück.

Außer den bereits genannten Personen war eine weitere zivil gekleidete männliche Person anwesend. Das Vorgehen der Polizei wurde trotz der abgelegenen Stelle von mehreren Personen beobachtet.“*

Leider nicht vom Fotografen. Der sah nur das, was sich direkt vor seinem Objektiv abspielte und im Blattwerk vom September 1989 ausführlich berichtet steht unter dem Titel „Bleibet im Lande und wehret euch redlich“:

* Gedächtnisprotokoll Wolfgang Kupke vom Tag danach wie oben; Nachtrag heute dazu: „Nach dem Laternenfest wurde ich in meinem Betrieb zum Techn. Direktor gerufen. Mit sorgenvoller Mine sagte er wörtlich: ‚Wolfgang, was hast du denn nun schon wieder gemacht!? Du bist doch ein erwachsener Mensch. Ab sofort meldest du dich immer bei mir ab, wenn du das Haus verläßt. Dein Telefon lasse ich überwachen.‘“



Abb. 40

„Laternenfest 1989 in Halle. Bootskorso. Gewaltames Vorgehen der Wasserschutzpolizei gegen zwei ordentlich angemeldete Faltboote mit Losungen zum Umweltschutz. Sie bemächtigten sich im einen Fall des Transparentes, erwischten bei der Jagd auf das andere Boot aber nur ein Stück Angel. Wer hätte nach solcher Kampfeslust erwartet, daß dieselbe Polizei zwei Wochen später die Angel ganz friedlich wieder herausgibt, unversehrt und mit doppelt ausgefertigtem Protokoll? Erfreulich schon, auch wenn sich nur erst mal die Einsicht durchgesetzt haben sollte, daß ohne das Eingreifen der Polizei die beiden Boote nicht solchen Beifall Hunderter von Zuschauern bekommen hätten, die die Ufer säumten.

Wir waren ja nur zwei von vielen 100 Teilnehmern, die meisten mit größeren Booten, die dem Aufruf von Halles neuem Oberbürgermeister zum Mitmachen beim Bootskorso gefolgt waren und nach Erhalt der Startnummern ihre Boote mit Laternen und bunten Girlanden geschmückt hatten. Zwischen den Masten trug unser Boot 79 die Aufschrift: ‚Umweltschutz geht alle an‘ und ‚Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung‘, Boot 80: ‚Die Saale nach 40 Jahr, die Fische sind noch rar‘ und ‚Umweltschutz tut not, wir sitzen alle in einem



Boot‘. Unter freundlichen Beifallsbekundungen vieler Laternenfestbesucher am Ufer fuhren wir – Erwachsene und 3 Kinder – zur Anmeldung an der Peißnitzbrücke und erhielten in Gegenwart der DVP vom Veranstalter je 35 Mark Startprämie und gute Wünsche für unsere weitere Fahrt. Schon im vorigen Jahr war ein Faltboot mit der Aufschrift ‚Umweltschutz tut not, wir sitzen alle in eine Boot‘ bis zu dieser Stelle gelangt und hatte dort 50 Mark Startprämie bekommen. Trotzdem wurde es später gewaltsam an der Weiterfahrt gehindert und das Plakat ohne nähere Begründung beschlagnahmt. Alle Eingaben und Gespräche bis hin zu dem Versuch, das Plakat wiederzubekommen und die 50 Mark zurückzuerstatten, blieben im vorigen Jahr erfolglos. Das hat uns aber den Optimismus, den jeder bleibewillige Bürger braucht, nicht nehmen können, weder dies noch das folgende.

Während die Boote am Nachmittag ankerten, rief man mich bzw. Boot Nr. 80 aus; ich sollte mich beim Veranstalter melden. Ein Herr in Zivil, ausgerüstet mit einem Sprechfunkgerät, wies mich im Organisationsbüro darauf hin, daß die Wasserschutzpolizei bei ihm, dem Veranstalter (!) vorgesprochen hatte, um mir auf diesem Wege mitzuteilen, daß



Abb. 42

mein Boot, so ausgestattet, nicht am Korso teilnehmen kann. Alles Reden war umsonst. Nicht er, der Veranstalter, sondern die Wasserschutzpolizei habe das angewiesen. Mir blieb nichts weiter übrig, als den Genossen sagen zu lassen, daß sie mich bzw. unser ordentlich angemeldetes, schön ausgestattetes und mit einer Startprämie von 35 M gewürdigtes Boot nur mit Gewalt von der Teilnahme am Korso abhalten könnten.

Mit einem zusätzlich auf Boot 80 aufgezogenen Segel ,NEUES FISCHEN braucht klares Wasser‘ ging es dann auf die Saale, beklatscht von zahlreichen Zuschauern. Während wir (Boot 80) die Saale abwärts paddelten, merkten wir bald, daß sich ein Polizeiboot mit Nr. 79 zu beschäftigen begann und fuhren ihnen entgegen. Soweit wir es verfolgen konnten, wurde Boot 79 angewiesen bzw. gezwungen, am Ufer anzulegen. Alles weitere erfuhren wir später, denn inzwischen bedrängten uns die Bugwellen eines anderen Polizeibootes, das uns nötigen wollte, an einer bestimmten Stelle anzulegen.

Trotz der beiden deutlich als Nichtschwimmer gekennzeichneten Kinder wurden die Manöver der Polizei um unser Boot herum immer bedrohlicher. Mit ihrem Heck dicht an unserer Seite gaben sie Vollgas und rissen



Abb. 43

das Steuer herum – eine Methode, mit der man faltboote versenken könnte.* Mittlerweile hatten wir einige hundert Zuschauer links und rechts der Saale. Ihr Protest wurde lauter und verunsicherte zusehends die zivile und uniformierte Besatzung des Polizeibootes. Bei dem plötzlichen Wassereintritt ins Boot bekam es unser kleiner Junge mit der Angst. Leute von den am Ufer liegenden Großbooten halfen uns, die Kinder an Land zu setzen. Ihre Sympathiebekundungen bestärkten uns durchzuhalten. Lautstarke Diskussionen zwischen mir und der Polizeibesatzung bzw. die exzellenten Ausweichmanöver des Paddelbootführers hielten uns eine Weile auf Distanz. Die Angriffe wurden noch aggressiver, als die Kinder von Bord waren. Immer wieder versuchten sie, unser Boot einzukeilen oder zu greifen, erwischten aber nur eine der beiden Angeln, die unser Boot zierten. Einen Teil davon behielt der Polizist in der Hand. Inzwischen hatte sich ein zweites Polizeiboot zum Katz-und-Maus-Spiel eingefunden, bei dem wir nur dank unseres geringen Tiefganges immer

* „Nein, Papi, ich hab denen in die Augen geguckt, das hat denen Spaß gemacht“, sagte Sarah, die mit ihrem Bruder Tobias zusammen mit im Boot war, später.



wieder aus der Falle entkamen. Die Anteilnahme des Publikums wuchs, und wenn noch ein Zweifel gewesen wäre, auf wessen Seite die Sympathien lagen, so wurde das vollends klar, als eines der Polizeiboote direkt auf uns zuhielt und unser Boot in die Seite rammte. Mit hunderten von Buh-Rufen und Schimpfkanonaden gab die Menge lautstark kund, daß sie nicht gewillt war, ein Spiel wie Schiffeversenken als Bereicherung des Laternenfestes hinzunehmen. Sichtlich beeindruckt von der Woge der Solidarität gaben die Ordnungskräfte auf und machten sich davon. Unser 15 Jahre alter ‚Kolibri‘ hatte die Attacke erstaunlich gut überstanden. Klatschen und Bravorufe ließen uns wieder ruhiger werden. Boot 79 war auch wieder da, allerdings ohne Takelage. Man hatte sie an eine entfernte Uferstelle dirigiert. Dort mußten sie die Transparente entfernen, und weil sie eine Quittung wünschten, riß es ein Ordnungshüter mit Gewalt an sich. Mit kahlen Masten durften sie ihre Fahrt fortsetzen. ‚Noch haben wir die Macht!‘ scholl es ihnen hinterher. War das das Ziel der Übung? ging es uns durch den Kopf, während wir auf den Beginn des abendlichen Bootskorsos warteten. Mannschaften größerer Boote wollten uns gegebenenfalls zum Schutz zwischen sich



nehmen, doch wider Erwarten verlief dann alles reibungslos. Man ließ uns am Abend ohne jeden Versuch der Behinderung mitfahren. Aufsehen hatte es ja genug gegeben, und viele freundliche Zurufe und Glückwünsche bestätigten uns das, als wir dicht unterm Ufer die Saale auf und ab fuhren: ‚Bravo, Jungs, daß ihr das ja nun doch noch geschafft habt!‘

Als ich in der folgenden Woche beim Leiter der Schutzpolizei Halle mündlich den Antrag auf Rückgabe meiner Angel stellte, hörte der mir aufmerksam und freundlich zu und versicherte mir, sich kundig zu machen. Wieder eine Woche später erhielt ich eine Vorladung zur Klärung eines Sachverhaltes. Mit gemischten Gefühlen, eher in Erwartung eines Ordnungsstrafverfahrens, sprach ich im Polizeirevier vor. Ein junger Polizist erschien im Warteraum und bemerkte, er wisse zwar nicht, um was es hier gehe, er solle irgendeine Angel übergeben ... Vor mir auf dem Tisch lag das gute Stück, dazu ein doppelt ausgefertigtes ‚Übergabeprotokoll‘ des Inhaltes, daß die dem Bürger gehörende Angel am 26. 8. 89 ‚in Verwahrung genommen‘ wurde und mit dem heutigen Tag übergeben wird. Unterschrift, Angel zurück, auf Wiedersehen!

Nur ein Widerspruch trübte meine Freude über solche noch möglichen Lichtblicke in meiner persönlichen Erfahrung mit unserer Volkspolizei: Wie schon im vorigen Jahr, so erklärte auch diesmal die Polizei, sie wäre nur den Anweisungen des Veranstalters nachgekommen, als sie versuchte, unsere Sprüche von der Wasser- bzw. Bildfläche verschwinden zu lassen, und umgekehrt behaupteten die Vertreter des Veranstalters (allerdings nicht jene bei der Anmeldung!), die Wasserschutzpolizei habe angewiesen, uns nicht am Korso teilnehmen zu lassen. Gibt es da vielleicht noch eine dritte große Unbekannte? grübelte ich auf dem Nachhauseweg und denke seitdem über meine Teilnahme am nächsten Laternenfest nach.

Die Sumpfhühner“

(Blattwerk Sept. 1989)

Die „große Unbekannte“ war in ihrem zeitgenössischen Bericht nicht mehr so auskunftsfreudig wie früher. Die folgenden beiden Seiten sind auffällig knapp. „Im Rahmen des Einsatzes zum Laternenfest 1989 wurden [...] Sicherungsmaßnahmen durch die KD [Kreisdienststelle] Halle im pol.-op. Zusammenwirken mit Kräften der DVP und der Wasserschutzpolizei [...] durchgeführt.“ Selbst mit den Bootsnummern sind sie nicht zurechtgekommen, denn die Bootsnummer 72, angeblich „durch genannte Inhaber zur Irreführung verwendet“, kam bei den ordentlich angemeldeten Teilnehmern gar nicht vor. Aber wahrscheinlich mußte es ein bißchen schwierig aussehen, was sich so klar vor Augen vieler Menschen abgespielt hatte. Wie sehr sich die Genossen geprellt gefühlt haben und wie sie es mit sichtlich sparsamen Worten verstanden, in ihren Protokollen bzw. ihren Vorgesetzten die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen, springt durch die letzten Absätze heute förmlich in aller Augen: „[...] es wurden sofortige Maßnahmen zur Blockierung und damit Nichtteilnahme des Bootes am Bootskorso erfolgreich eingeleitet.“ Eingeleitet schon, aber nicht abgeschlossen! „Die angeführten volkspolizeilichen Maßnahmen waren nicht öffentlichkeitswirksam.“ Die VP-Maßnahmen sicher nicht (im üblichen Propagandasinn), aber der Widerstand dagegen!

Dem Fotografen klingt es heute noch in den Ohren, wie die Jagd von beiden Ufern aus mit lautstarken Buhrufen der dichtgedrängten Massen wie in einem Olympiastadion begleitet wurde. So viel Beifall hatten wir noch nie!

568

Kreisdienststelle
- H a l l e -

Halle, 27. 8. 1989

BStU

000371

Operative Information Nr. 174/89

In Rahmen des Einsatzes zum Internenfest 1989 wurden entsprechend des Maßnahmenplanes Sicherungsmaßnahmen durch die KD Halle in pol.-op. Zusammenwirken mit Kräften der DVP und der Wasserschutzpolizei am 26. 8. 1989 durchgeführt.

Gegen 18.00 Uhr wurden während der Abnahme der beteiligten Schiffe und Boote in Vorbereitung des Bootskorso folgende Feststellungen getroffen:

An einem Faltboot mit der Nr. 79, Inhaber

~~Wolfgang Kupke, geb. am 15. 12. 1938 in Breslau, Dipl.-Ing. o. VEB Gebäudewirtschaft
Abt. XII - EK KD Halle~~

Kupke, Wolfgang
160939 4 15388 Breslau
Halle, Kreuzvorwerk 10
Energiekombinat Halle
Dipl.-Ing.
Abt. XII - OV "Mühle" KD Halle

war die Losung angebracht

"Umweltschutz geht alle an"

"Gerechtigkeit, Frieden - Bewahrung der Schöpfung".

An einem weiteren Faltboot mit der Nr. 72, Inhaber

~~Wolfgang Kupke, geb. am 15. 12. 1938 in Breslau, Dipl.-Ing. o. Akademie der Naturforscher Leopoldina
Abt. XII - BV Halle, Abt. XX~~

MfS, KD [Kreisdienststelle] Halle, Operative Information Nr. 174/89 v. 27. 8. 1989. Aus: BStU, OV „Mühle“ (d. i. Operativer Vorgang zu Wolfgang Kupke), Bl. 371f. – Die Schwärzungen sind hier unwesentlich; es waren keine neuen Kopien nötig, auch wenn heute die

BStU

000372

2

369

~~Veranstalter, [unleserlich]~~
~~[unleserlich]~~
~~[unleserlich]~~
Abt. XII - erf. KD Halle

waren die Losungen

"Umweltschutz tut Not, wir sitzen alle
in einem Boot"

"Die Saale im 40-sten Jahr, die Fische sind noch rar"

angebracht.

Durch sofort eingeleitete volkspolizeiliche Maßnahmen in Koordination mit dem Veranstalter des Laternenfestes wurden genannte Inhaber aufgefordert, diese Losungen zu entfernen, da diese nicht dem ausgeschriebenen Charakter der Veranstaltung entsprechen. Dabei wurde infolge bekannt, daß die Bootnr. 72 durch genannte Inhaber zur Irreführung verwendet wurde und gegen 18.35 Uhr die gemeldete Bootnr. 80 sichtbar wurde.

Den Aufforderungen zur Entfernung der Losungen durch den Veranstalter kamen beide Boote nicht nach, so daß sofortige volkspolizeiliche Maßnahmen erneut eingeleitet wurden. Erst durch Aufforderung durch Kräfte der Volkspolizei in Koordination mit der KD Halle entfernten die Inhaber des Faltbootes Nr. 79 die entsprechende Losung, welche durch die KD Halle eingezogen wurde.

Das Boot Nr. 80 kam auch dieser Aufforderung nicht nach und es wurden sofortige Maßnahmen zur Blockierung und damit Nichtteilnahme des Bootes am Bootskorso erfolgreich eingeleitet.

In Entscheidung des ersten Sekretärs der Stadtleitung der SED, des Oberbürgermeisters, des Leiters der Kreisdienststelle und des Leiters VPKA wurde festgelegt, infolge die sofortige Prüfung strafrechtlicher Maßnahmen im Rahmen des VP-Gesetzes zu den Personen ~~[unleserlich]~~ und ~~[unleserlich]~~ in Anwendung zu bringen.

Der sonstige generelle Verlauf des Laternenfestes verlief ohne Vorkommnisse. Die angeführten volkspolizeilichen Maßnahmen waren nicht öffentlichkeitswirksam.


Thomas
Oberstleutnant

Verteiler
AKG/Lageoffizier
Abt. XX
KD Halle

schriftlichen Einwilligungen zur Nichtschwärzung vorliegen; die Akteure sind im Text benannt. Der Irrtum mit der angeblichen Nr. 72 des Faltbootes, das später die Nr. 80 trug (auf die es angemeldet war), geht ausschließlich auf die Stasi-Protokollanten zurück.

dachte er im schwankenden Geäst und drückte, angefeuert davon, auf den Auslöser, sooft er etwas von der rasanten Boots Jagd im Sucher hatte.

Das beste Foto gelang allerdings nicht, weil in dem Moment, als das Polizeiboot volle Breitseite in Wollis und Watschels Faltboot stieß, ein Stasi-typ von einem Überwachungsboot ihn im Gebüsch entdeckt hatte – er ahnte doch nicht, daß die einen ganzen Saalekahn im Einsatz hatten, just neben der Stelle, wo er den besten Schußwinkel gefunden hatte. Daß er ein ganz gewöhnlicher Hobbyfotograf sei, würde der ihm natürlich nicht lange abnehmen. Er folgte widerstrebend der Aufforderung, mit zum Schiff zu kommen. Dort war sofort ein Bewacher zur Stelle, den anderen hörte er drinnen schon telefonieren. Scheiße, dachte er, hatte eine Sekunde Zeit zu begreifen, daß jetzt gleich der Film weg ist, und ist halt losgerannt, wie ein Besengter durchs Unterholz. Wider Erwarten hat sich das Gebrüll hinter ihm, das Abhauen mache alles nur schlimmer, nicht bewahrheitet.

Denn gerechnet hat er noch mit allem. Ob er schon bei den Vorbereitungen an so etwas gedacht hat? Er hatte tatsächlich ein dünnes Oberhemd in seinem grünen Umhängebeutel verstaut, als hätte er die Möglichkeit geahnt. Im Gebüsch, außer Reichweite des Bewächters, der sowieso zu dick zum Rennen war, rasch das Hemd gewechselt, im neuen Outfit vorsichtig unter die Spaziergänger auf den Wegen gemischt, jeden Anschein von Hast vermieden, nur in den Augenwinkeln Ausschau gehalten nach Anzeichen irgendwelcher Suche. Vielleicht haben sie die Fußgängerbrücke bereits gesperrt? Trotzdem hin, erst recht, so schnell wie möglich, ohne aufzufallen, es ist der einzige Weg, den Film von der Insel zu retten. Der Dicke vom anderen Ende der Insel kann noch nicht dort sein, um ihn zu identifizieren. Außerdem werden sie erst mal beraten und die Personenbeschreibung per Funk durchgeben. Und die stimmt schon nicht mehr.

Die Verblüffung ist noch größer als die Erleichterung, als er die Brücke betritt. Keine Uniform, keine spähenden Blicke (außer seinen eigenen, die leicht im Strom der Spaziergänger untergehen). Genug des Spiels, begreift er. Das sind alles bloß Potemkinsche Dörfer, sogar die Stasi.

Wer aber waren „die Sumpfhühner“?

„Zerronnen ist die Angst“

Über Offenheit und Versteckspiel in der Opposition

Im Blattwerk-Redaktionskreis galt bis ungefähr 1988 der Konsens, alle Beiträge namentlich zu unterzeichnen, keine Pseudonyme, man wollte offen zu dem stehen, was man tat. Dieses weitverbreitete Prinzip und die basisdemokratischen Entscheidungen waren eine nicht zu unterschätzende Waffe (im Sinne offensiver Verteidigung) der Opposition in der damaligen DDR. Man trat dem Gegner offen gegenüber, wollte keine Handhabe zur Kriminalisierung geben, immer die Möglichkeit im Auge behaltend, daß auch bei politisch Andersdenkenden Überzeugungen sich ändern konnten. „Vertrauen wagen“ war nicht nur Floskel. Viele der standhaftesten Aktiven jener Zeit hielten das bis zum Ende durch und für richtig, natürlich auch später. Daneben und ganz eng verflochten damit entwickelte sich aber zunehmend *auch* eine Untergrundmentalität; das gilt sicherlich für andere Orte und oppositionelle Gruppen in der DDR ebenso.

Nur wenige wußten das. Die Stasi schon gar nicht. Selbst wenn sie versuchte, die zu den Namen gehörigen Personen zu identifizieren, war sie auf inoffizielle Mitarbeiter angewiesen oder Telefonbücher und was weiß ich, was sie noch hatten. Aber wie eine Gretel Bauer identifizieren, ihr armen Irren, wenn die niemals in Versammlungen der ÖAG auftauchte, gewissermaßen nur korrespondierendes Mitglied war, als sie z. B. über die Ausstellung in der Georgengemeinde zur Städtepartnerschaft Karlsruhe berichtete – es war jene Versammlung, wo das Schauangeln öffentlich angekündigt wurde.

„Von oben nach unten wächst fast gar nichts

Mit dieser simplen Wahrheit lud ein Fotoplakat zur 1. halleschen Ausstellung über Karlsruhe ein, eröffnet am 2. 6. 89 im Georgengemeindehaus. Dort konnte sich jeder überzeugen, daß der Städtepartnerschaftsvertrag zwischen Halle und Karlsruhe unten auf fruchtbaren Boden gefallen ist und etwas zu wachsen begonnen hat. Gab es eine entsprechende Ausstellung oder Dokumentation, wie im Artikel 1 des Städtepartnerschaftsvertrages

gefordert, eigentlich schon in Karlsruhe? Die halleschen Tageszeitungen haben es noch nicht gemeldet. In Halle jedenfalls hatten sich an diesem Abend an die 100 Leute versammelt. Von der Ökologischen Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle war eine lockere Caféhausatmosphäre improvisiert, die engagierten Gesprächen und Entspannung am Freitagabend gleichermaßen Raum bot. Die Gruppe „Petite fleur“ lieferte die richtige Musik, ausgehängte Zeitungen waren dicht umlagert, vor allem viele neue sowjetische Presseprodukte, die sonst nicht so leicht zu haben sind. * Auf 18 Informationstafeln wurden den Hallensern Karlsruhe und Umgebung sowie etliche Kultur- und Umweltprobleme veranschaulicht. Nicht alles von dem reichhaltigen Bild- und Textmaterial, das Karlsruher Bürger beige-steuert hatten, war – vielleicht nur nicht rechtzeitig? – angekommen, ** aber immer noch genug, um während der Ausstellungseröffnung Karlsruher Plakate auch versteigern zu können. [...] Die Ausstellung mußte sich mit dem – bis heute vom Rat der Stadt Halle offiziell nicht veröffentlichten – Jahresplan 1988 zum Städtepartnerschaftsvertrag begnügen. Für 1989 existiert offenbar noch keiner, soweit auf Anfrage beim Rat der Stadt Halle zu erfahren war. Um so erfreulicher, daß von unten schon mal was wächst, vielleicht sogar nach oben – man sollte nicht aufgeben, wenn auch die Resonanz nicht überall so überschwänglich ist, wie bei dieser 1. Ausstellung. Die Umweltbibliothek der ökologischen Arbeitsgruppe wird sich weiter um Öffentlichkeit bemühen, damit die Städtepartnerschaft wächst und grünt und nicht als dürres Blatt am Baum verdorrt und im warmen Regen, wenn er einmal kommt, leblos vom Stamm fällt.

(Blattwerk 3/89, S. 34)

Wen scherte es schon, *wer* da berichtet hat. Es dachten und empfanden viele so. Es scheint damals wirklich weniger um „Köpfe“ oder „Leitfiguren“ gegangen zu sein als in „normalen“ Zeiten, weil die *Menschen* im Aufbegehren waren, nicht bloß ein paar Revolutionäre. Niemand wollte wissen, von wem die Bilder der Polizeiaktionen gegen die Umweltschüt-

* Für heute nicht mehr Eingeweihte: es war die Zeit des „Sputnik-Verbots“; diese populäre deutschsprachige Zeitschrift aus der Sowjetunion ging den Hardlinern in der DDR in Sachen „Glasnost“ bereits zu weit.

** Jeder wußte, daß die Stasi abfing, was abzufangen war – aber eben nicht genug!

zer stammten auf den Postern zum Weltumwelttag. Oder zum Laternenfest, wovon natürlich auch wieder eines in Text und Bild gestaltet und in der Umweltbibliothek der ÖAG ausgehängt wurde. Diese Schritte in die Öffentlichkeit, fotografisch dokumentierte Polizeiaktionen und authentische Berichte im Blattwerk, waren für viele Menschen ermutigende Zeichen, genau wie jene vom Leipziger Straßenmusikfestival zur selben Zeit. Wen hätte daran interessiert, *wer* das war. *Daß* es so war, empörte und stachelte dazu auf, es nicht dabei bewenden zu lassen.

„Zerronnen ist die Angst“ – so ein Beitrag aus der Frankfurter Rundschau vom März 1988, der sofort begeistert aufgenommen im Blattwerk (Nr. 3/88, erschienen April 1988!) stand – wurde langsam, aber sicher auch in Halle vom Wunschtraum zur Wirklichkeit.

Montagsdemos und Mahnwache

Das ist natürlich wieder eine Verkürzung aus der Retrospektive. Die Erinnerung an den 9. Oktober 1989 spült beim Berichtersteller ganz unterschiedliche Gefühlsregungen zutage. Selbstverständlich – seinem eigenen Selbstverständnis nach – mußte er dem ausgestreuten Gerücht folgen und 17 Uhr auf dem Markt erscheinen, koste es, was es wolle. Andererseits waren sie, er und sein Freund, ja gleichsam ein Gespann, der eine stabil in der Öffentlichkeit, der andere besser an der Schreibmaschine. Vielleicht wäre es wegen zu erwartender Kollisionen richtiger, nur einer ginge hin, um sich gegebenenfalls zusammenknüpfeln zu lassen, und der andere könnte wenigstens darüber rasch berichten. Kurier im Etappendienst sozusagen. Wir kannten die Fernsehbilder von Wasserwerfern und knüpfelnden Polizisten und hatten gerade von Henning aus Dresden den authentischen Bericht über die Polizeieinsätze vom 3./4. Oktober gegen den Aufruhr in Erwartung der durchfahrenden Flüchtlingszüge aus der Prager Botschaft bekommen.

Es ist schrecklich aber wahr, er grübelte an diesem Montag, der zum ersten, wenn auch bescheidenen, Demo-Montag in Halle werden sollte, schon den ganzen Tag nach einer wenigstens einigermaßen passenden Er-

klärung, um sich – ähnlich wie Wolli Kupke am Umwelttag – drücken zu können. Bis eine Stunde vor dem Termin ein „Zuführungsorgan“ auf ihrer Arbeitsstelle erschien und Watschel aus dem Gefecht zog. Rums! schlug es wie eine Bombe in sein Gehirn, jetzt bist du dran! – Wie immer ließ er sich nichts anmerken, aber gewirkt hat das gewaltig. Den nun unausweichlichen Gang zum Markt empfand er, als ginge es zur Urteilstvollstreckung.

Wie es den anderen paar Leuten ging, die sich mit dem Transparent „Gewaltlos widerstehen – Schweigen für Leipzig – Schweigen für Reformen – Schweigen fürs Hierbleiben“ unter das Luthermedaillon vor der Marktkirche getraut hatten, weiß ich bis heute nicht. Aber eigentümlich, als ich, mißtrauisch äugende Polizisten oder Bereitschaftspolizei im Augenwinkel, endlich bei dem Grüppchen stand, war die Angst weg. Nicht nur gespielt, sondern echt. Ein natürliches Widerstandsgefühl regte sich, genauso natürlich wie vorher die Angst, als man glaubte, noch weglaufen zu können.

Zuerst waren es wirklich nur 20 oder 30 Leute mit dem handgemalten Transparent, nicht etwa „Hunderte“, wie aus größerer Distanz oder zeitlichem Abstand seitdem kolportiert. Es waren fast dieselben, wie immer in Halle. Die dazugehörigen Pfarrer nicht zu vergessen. Das Transparent hatte diesmal „Robbe“ (Roberto Ender) gemalt, dank der guten konspirativen Gelegenheit als Hausmeister in der Paulusgemeinde. Das machte dann auch anderen Menschen Mut, sich mit in die engere Gefahrenzone zu begeben. Das „Neue Forum“, dessen Septemberruf „Aufbruch 89“ mancher mit der eigenen Schreibmaschine vervielfältigt hatte, war natürlich auch dabei.

Daß die eingekreiste Gruppe schließlich auf „Verhandlungsbasis“ zwischen Polizei und Pfarrern in die Kirche genötigt wurde und später am eigentlichen Vorkommnis viel weniger Beteiligte geprügelt und „zugeführt“ wurden in die vorbereiteten Baracken der Bahnpolizei in der Freimfelder Straße, merkte in der Kirche vorerst niemand. Hier war die Angst wieder zerronnen.

Die Angst hat ganz verschiedene Gesichter. Was der eifrige IM „Detlef Scheffler“, der schon einmal zitierte anpassungsfähige Jurastudent aus Halle, an diesem Tage gemacht hat, weiß nur er. Unter den polizeilich Eingekreisten war er nicht. Aber bereits ein paar Tage früher schlotterten *ihm* die Knie.

Zur Versammlung der ÖAG am 29. September 1989 forschte er in der Umweltbibliothek Matthias Waschitschka nach dem „Neuen Forum“ aus, „konспектиerte“ dessen persönliches Exemplar vom Aufruf und erfuhr, daß nebenan „eine Unterschriftensammlung ausliegt. Ich habe das so verstanden, daß sich die ÖAG wieder mal solidarisch erklären will, wie so oft in der Vergangenheit. / Als ich dann im Versammlungsraum der ÖAG war, [...] habe dann gefragt, wo denn die Unterschriftensammlung ausliegt, eine mir unbekannte Person (weibl.) las gerade in dieser Liste und gab sie mir, als ich dann die Liste in der Hand hatte, konnte ich mich nicht mehr zurückziehen, weil nun alle geguckt haben, habe ich mit meiner Unterschrift meine Mitgliedschaft im ‚Neuen Forum‘ besiegelt. Ich stehe jetzt mit meinem Namen und meiner Halle-Neustädter Adresse (Wohnheim) drauf. Ich muß sagen, daß ich in meiner Aufregung nicht weiter nachgesehen habe, wer sich bereits eingetragen hatte, auf der Liste, die mir vorlag, standen etwa 5 Namen.“* Armer Kerl, kann man da nur wieder sagen.

Wolfgang Kupke beruhigte ihn aber; weil es doch eine an sich gesetzlich verbotene Unterschriftensammlung sei, würden die, die draufstehen, nicht bekannt gemacht. „Nach seinen Aussagen dürfte nichts passieren, die Namen würden [...], da sie nur [...] und der EIGENFELD bekommt, auch sicher nicht bestimmten Organen“ bekannt. Statt dessen bekam eine Nichtstrukturelle Arbeitsgruppe des MfS, wahrscheinlich eigens für Ermittlungen gegen das Neue Forum eingesetzt, durch seinen Führungsoffizier vorab eine Information über den falschen Kandidaten.**

„Kupke fragte dann, wer unter den anwesenden Mitgliedern der ÖAG Student wäre, ich habe mich gemeldet und gesagt, daß ich Staat und Recht studiere. Er meinte daraufhin, daß auch solche Leute gebraucht werden könnten in Zukunft.“† Und dann testete er ihn gleich mal (siehe das folgende Faksimile††).

* BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 51

** BStU, MfS BV Halle, Abt. XX, Sachakten 4426, Bl. 50

† Ebd., Bl. 53

†† Ebd., Bl. 54

Abteilung XX/4

RSIU
000054

Halle, 5.10.89
Br8/

Aktenvermerk

Während der Tagung der ÖAG- Halle am 29.09.89 wurde der IMS "Detlef Schaffler" von KUPKE, Wlfgang aufgefordert, eine Aufstellung der öffentlichen Vorlesungen in der Sektion Theologie der MLU Halle (DIN A5 Blatt) am schwarzen Brett im Wohnheim des IM auszuhängen. IN Absprache mit dem IM-führenden Mitarbeiter wurde vereinbart, daß der IM diesen Zettel anbringt ohne gesehen zu werden, daß ist nach Aussagen des IM gefahrlos möglich, um eventuellen Überprüfungshandlungen durch KUPKE seine Zusammenarbeit mit dem MfS nicht zu gefährden.

Bromel, Oltz.

*sofort danach von
offiz. Personen entfernt lassen.*

Es ist nur ein Witz aus dieser abgebrochenen Karriere – was sicher nicht für sein 1991 abgeschlossenes Studium gilt – und steht hier nicht nur wegen seiner Zuverlässigkeit dem MfS gegenüber, sondern weil wir auch heute noch was zum Lachen haben wollen, wie damals.

Zum handschriftlichen Vermerk „sofort danach von offiz. Personen entfernen lassen“: Beim Hinterherlaufen war die Stasi manchmal ganz schön schnell – jedenfalls wenn sie es so gut wie hier im voraus planen konnte!

Der Bericht über seinen Besuch bei der Mahnwache in der Georgengemeinde ein paar Tage später ist auch heute noch aufschlußreich, weil er nicht der Voreingenommenheit zugunsten der Akteure verdächtigt werden kann. Und es ist alles gar nicht schlecht beobachtet. Gewiß war die Mahnwache ein wichtiges Moment dafür, daß immer mehr Menschen von den Wechselbädern der Angst befreit wurden; der IM-Bericht schließt, als wäre er für uns geschrieben: „Die Hoffnung, daß nun bei uns etwas passiert, war da.“* – Der Stasi ins Brevier geschrieben, von ihrem eigenen Spitzel.

* Ebd., Bl. 48

Quelle: IM der Abteilung
entgegengenommen: Oltin. Kiesche
Tonbandabschrift

000045

B e r i c h t
zu einem Besuch in der Georgen-Gemeinde Halle am 11.10.1989

Am 11.10.1989 suchte ich gegen 19.10 Uhr die Georgen-Gemeinde Halle auf. Das Gelände war durch Kerzen, die überall aufgestellt waren hell erleuchtet. Am Eingang befand sich ein Plakat mit der Aufschrift "Mahnwache". Im Hof befanden sich weitere Plakate mit der Aufschrift "Mahnwache für das Hierbleiben" und "Mahnwache für die Inhaftierten in Leipzig". Das eine davon war ca. 5 Meter hinter dem Tor zum Kirchhof und auch von außen gut lesbar. Es war durch Kerzen beleuchtet. Neben dem Eingang stand rechts eine Art Wandzeitung. Hier war aufgeführt, was man im Falle einer Verhaftung oder Zuführung tun soll. Es wurden Tips gegeben, wie daß man das Recht hat die Aussage zu verweigern, daß man nichts aufschreiben soll bzw. die Formulierung sehr genau beachten muß, bevor man unterschreibt. Weiterhin wurde dazu aufgefordert nichts über Verwandte, Bekannte und Freunde auszusagen. Es wurde darauf hingewiesen, daß man in diesem Fall einen Rechtsanwalt in Anspruch nehmen kann und ohne ihn keine Aussagen machen braucht. Das gelte auch, wenn nach 24 oder 48 Stunden ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wird. Weiterhin habe man das Recht die nächsten Angehörigen zu verständigen. Auf der Wandzeitung war auch die Nummer des Kontakttelefons, wo man sich in diesem Fall auch hinwenden kann, angegeben. Das war die Nummer 28 77 9, ein Anschluß der Georgenkirche. Es war weiter dargestellt, daß man im Falle einer Verhaftung laut seinen Namen rufen soll, damit das auch andere mitbekommen. Wenn dann die Möglichkeit besteht, soll man sofort die Georgenkirche anrufen, damit die Verhaftung oder Zuführung registriert werden kann.

Auf dem Kirchhof befand sich dann noch ein Zelt. Hier saßen einige Leute drin und verkauften Kerzen. Es wurden Spenden für die Inhaftierten in Leipzig gesammelt, damit diese ihre Ordnungsgestrafen bezahlen können. Die gekauften Kerzen konnte man dann angezündet auf der Mauer der Georgenkirche abstellen.

Links neben dem Zelt war eine weitere Wandzeitung angebracht. Hier befanden sich drei große Bilder von der Demonstration am 7. Oktober in Berlin. Dann waren mehrere Zeitungsausschnitte aus der "Freiheit" und aus der "Leipziger Volksstimme" angebracht, so wie auch aus BRD-Zeitschriften. In Erinnerung blieb mir ein Ausschnitt aus der "Osnabrücker Zeitung". Es wurde darin dargestellt, wie man sich die Umgestaltung in der DDR vorstelle.

An der Mauer, worauf die brennenden Kerzen abgestellt waren, was ein sehr eindrucksvolles Bild war, standen etwa 30 Personen. Mehr Personen passen dort auch nicht hin, einige standen sogar schon in Doppelreihe. Das waren ausschließlich junge Leute, auch auf dem gesamten Gelände.

Auf dem Hof befanden sich zu dieser Zeit nochmal ca. 70 Personen, so daß insgesamt etwa 100 Personen anwesend waren.

Ich begab mich dann in das Gemeindehaus durch den Eingang im Hof. Links befindet sich dort gleich eine Art Kapelle. Dort war ein weiteres Plakat angebracht, wo die Einteilung der Mahnwache verzeichnet war. Die Aufteilung erstreckte sich von Dienstag bis Dienstag, jeweils im 4-Stunden-Rhythmus, 00.00 Uhr bis 04.00 Uhr, 04.00 Uhr bis 08.00 Uhr usw. Aus der Liste war ersichtlich, daß die Zeiten 16.00 Uhr bis 20.00 Uhr, 20.00 Uhr bis 24.00 Uhr und 00.00 Uhr bis 04.00 Uhr bereits voll belegt waren. Für die Zeit von 08.00 Uhr bis 12.00 Uhr waren für die gesamte Zeit nur zwei Personen eingetragen. Wahrscheinlich gehen da doch viele arbeiten.

Im Flur befand sich eine weitere Wandzeitung. Hier wurden die Ereignisse am 09. Oktober in Halle beschrieben. Es war genau der chronologische Ablauf aufgeführt. Als Schlußfolgerung stand darunter, daß ab 10. Oktober dann die Mahnwache in der Georgenkirche stattfindet.

Im Schreiben wurden solche Sachen aufgeführt, wie daß Pfarrern, die im Talar da waren, Sicherheitskräfte gegenüber standen, Passanten mit verprügelt wurden, daß die Leute dann in die Kirche geflüchtet sind, daß Leute, die nach Hause wollten, nicht vom Markt weggelassen wurden, daß die Polizei die Personen über die Treppe zum Hallmarkt einzeln entließ usw. Eine ähnliche Veröffentlichung befand sich auch auf der bereits geschilderten Wandzeitung, wo die Bilder von Berlin dargestellt waren.

Ich begab mich dann in den Saal der Umweltbibliothek. Dort waren vier Personen anwesend. Das waren drei Bauarbeiter und eine ältere Person, die mir nicht bekannt war. Er war ca. 45 bis 50 Jahre alt, scharf geschnittene Gesichtszüge, gut rasiert, gut gekleidet, schwarzer Parker und Barett.

Auf der nächsten Viertelseite bemüht er sich immer noch vergeblich um einen Aufruf des „Neuen Forum“ (am 11. Oktober!). Das und andere Unwichtigkeiten sind hier ausgespart, weil viel wichtigere Bemerkungen folgen:

Mit der Älteren Person unterhielt ich mich dann noch weiter über die Ereignisse vom 10.10.89, also als die Mahnwachen losgingen. Er gab an, daß es in diesem Zusammenhang keine Festnahmen oder Zuführungen gegeben habe. Die 150 Polizisten seien bloß demonstrativ dagewesen. Sie wollten bloß provozieren, was aber nicht gelungen sei. Er wies mich darauf hin, daß man keine Angst zu haben brauche. Es würde nichts unternommen.

„daß man keine Angst zu haben brauche“ –

Ich stellte bei meinem Aufenthalt auf dem Gelände der Köpenicker-Gemeinde fest, daß viele vorbeifahrende Autofahrer, die die Kerzen sahen, grüßten und winkten.

Im Gespräch war unter den Personen, die an der Mauer die Mahnwache hielten, die Rede von Kurt Hager. Es wurde begrüßt, daß er darin die Umgestaltung im Proletariat fordert. Es kam zum Ausdruck, daß man aus schon etwas Optimismus schöpft, daß es nun doch etwas vorwärts geht. Die Rede wurde durchweg positiv aufgenommen, obwohl eine Abneigung an der Person Hagers doch zu spüren war. Die Hoffnung, daß nun bei uns etwas passiert, war da.

„Die Hoffnung, daß nun bei uns etwas passiert, war da.“

Epilog

Die Angst verflog, die Hoffnung wuchs. Die Ereignisse überstürzten sich in den drei Monaten Ende 1989 (vgl. „Ereignisse im Herbst 1989 in Halle (Saale)“ und die dort S. 16 angegebene Literatur dazu). Nicht Umweltschutz war mehr gefragt, sondern Umsturz. Oder „Wende“, wie empfindsamere Gemüter seitdem zu sagen pflegen. Alle nahmen daran teil, auch die Stasi, wenn sie auch nur noch mißmutig protokollierte, statt Veranstaltern vorzuschreiben, was sie anzuweisen hatten. Stasi und Staat waren am Ende.

Ganz am Ende dieses Jahres schien eine gewisse vorweihnachtliche Ruhe eingekehrt. Auch dagegen fiel einigen unserer pfiffigsten Akteure etwas ein: Sylvester wurde das rote Fahnenmonument am Hansering durch gezielte Eierwürfe bunt. Das Happening brachte die Einheitsfront der Medien

in Bewegung, weil alle, die nicht genau hinschauen wollten – wie immer – das fröhliche Farbeierwerfen um Mitternacht gegen das Fahnenmonument am Hansering lieber Rechtsradikalen unterschieben wollten als selber mitzudenken. Selbst das vielfach ausgestreute Flugblatt dazu brachte sie nicht auf neue Gedanken. „Das andere Blatt“ berichtete am 8. Januar 1990 exklusiv darüber – natürlich kannte die Redaktion die wirklichen Hintergründe, es war ja nicht ihre erste selbstgemachte PR-Aktion!





Die Nachkommen holen heute solche Karpfen aus der Saale.
Ohne das, was 1989 überall passiert ist, wäre so etwas nicht möglich.

Dank

Das Forschungsprojekt „Saaleaktionen der Ökologischen Arbeitsgruppe Halle (ÖAG) 1989 und die Reaktionen des MfS“ wurde gefördert durch die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Frau Edda Ahrberg. Herzlichen Dank! Der Außenstelle Halle des BStU, diesmal besonders Herrn Jung, danke ich für die umsichtigen Recherchen, desgleichen allen namentlich Genannten für die Einwilligung zur Akteneinsicht bzw. zur Veröffentlichung der betr. Dokumente sowie für die beigesteuerten Erinnerungsberichte, Karsten Reuter für die witzigen Hinweise auf gelegentlich stehen gebliebene Stilblüten, Thea Ilse, Gunnar Berg und Andreas Stark für die kritische Durchsicht des Manuskriptes und die Korrekturen sowie Frank Weber (Abb. 13–30) und Daniel Cyranka (Abb. 5) für das gelungene Fotografieren. Und Tobias natürlich für das Karpfenbild. Den Rest habe ich selber gemacht.

W. B.

Literaturverzeichnis

- Berg, Wieland; Cyranka, Daniel: Zur Aktenlage. MfS-Papiere und Öffentlichkeit. Hrsg. von Mitgliedern der Redaktion „Das andere Blatt“. Halle 1992
- Berg, Wieland: Das Phantom. Die Aktivitäten der Ökologischen Arbeitsgruppe (ÖAG) Halle gegen die Asphaltierung der Heidewege 1988 und die Reaktionen des MfS. Hrsg. Ökologische Arbeitsgruppe beim Ev. Kirchenkreis Halle e. V. Halle 1999
- Bevor wir unsere Akten sehen ... Beitr. v. Michael Beleites, Peter Bohley, Wieland Berg, Alfred Schellenberger. Hrsg. v. Mitgl. d. Redaktion „Das andere Blatt“. Halle 1992
- „Blattwerk“ [Informationsblatt der ÖAG Halle]. Nr. 1/1988 bis 7/1990 (22. März) (ab Nr. 1/1990 unter dem Namen „Das andere Blatt“) (kopiert v. d. Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt; durch Abschrift einschl. früherer Nummern per Diskette im Auftrag der ÖAG erneut zugänglich)
- Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik: Vierter Tätigkeitsbericht 1999
- Ereignisse im Herbst 1989 in Halle (Saale). Eine Dokumentation. Hrsg. Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle 1999
- Hallesches Tageblatt: „Schuld der Brauerei“? (23. 10. 1990); „Tödliches Freibier“ (25. 10. 1990); „Beim Freibier ging vielen Saalefischen die Luft aus“ (v. Michael Heise, 27./28. 10. 1990)
- Hollitzer, Tobias: „Wir leben jedenfalls von Montag zu Montag“. Zur Auflösung der Staatssicherheit in Leipzig. Erste Erkenntnisse und Schlußfolgerungen. (BStU, Reihe B: Analysen und Berichte 1/99) Berlin 1999
- Keine Überraschung zulassen! Berichte und Praktiken der Staatssicherheit in Halle bis Ende November 1989. Hrsg. v. Mitgliedern der Redaktion „Das andere Blatt“ (Ulrich Schlademann, Wieland Berg, Daniel Cyranka). Halle 1990
- Kuhn, Christoph: „Inoffiziell wurde bekannt ...“ Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Ökologische Arbeitsgruppe beim Kirchenkreis Halle. Gutachten zum Operativen Vorgang „Heide“. Hrsg.: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. (Sachbeiträge Nr. 3.) Magdeburg 1996
- Kuhn, Christoph: von einem der auszog die umwelt zu retten : gespräche mit IM gerhard alias walter alias rolf hansen alias henry schramm, der im november 1989 die gründung der grünen partei ost vorantrieb. Eine dokumentation. Hrsg. Zeit-Geschichte(n) e. V. Halle. Halle 1999
- Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt: Die Saale in Sachsen-Anhalt 1997/98. Dez. 1998
- Mitteldeutsche Zeitung (Halle): Angler holt 26 Pfund schweren Karpfen bei Rattmannsdorf aus der Saale. MZ v. 2. 10. 1999, S. 10
- Mitter, Arnim; Wollé, Stefan (Hrsg.) Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1909. Berlin: Basis-Druck, 1990
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989. Berlin: Chr. Links, 1997
- Wollé, Stefan: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971 – 1989. Berlin: Chr. Links, 1998